Die preußischen Altliberalen im Heeres-reform- und Verfassungskampf und die Entstehung der Nationalliberalen Partei.

*

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde der Philosophischen
Fakultät der Philipps-Universität Marburg

vorgelegt von

Erich Fülling
aus Herne i. Westfalen.

Marburg 1933

Bad Essen
Druck von Franz Schlüter
43333

Als Dissertation angenommen am 24. Dezember 1932
Berichterstatter: Herr Professor Dr. Mommsen
Tag der mündlichen Prüfung: 11. Januar 1933
Gedruckt mit Genehmigung der Fakultät

R. UNIV. BIBLIOTHEEK LEIDEN

Meiner Mutter

Inhaltsübersicht

Quellen- und Literaturverzeichnis

A. Quellen:

I. Zeitungen und Zeitschriften

Die Grenzboten, 1860–1867.

Jahrbücher, Preußische, 1860–1867.

Zeitung, Allgemeine Preußische (Sternzeitung), Oktober bis Dezember 1861.

Zeitung, Berliner Allgemeine, 1862/63.

Zeitung, Magdeburger, August–September 1866.

II. Andere Quellen

Auszug aus dem Bericht der Budgetkommission für das Jahr 1862.

Baumgarten, Der deutsche Liberalismus. Eine Selbstkritik. Hist. und polit. Reden und Aufsätze von Hermann Baumgarten, herausgegeben von Marcks, S. 76 ff., 1894.

– Partei und Vaterland, Flugschrift 1866.

Berichte, Stenographische des preußischen Abgeordnetenhauses, des Norddeutschen konstituierenden Reichstags.

Aus dem Leben Theodor von Bernhardis. Tagebuchblätter III–VII, herausgegeben von Fritz von Bernhardi, 1894–97.

Bernhardi, Die Reform der Heeresverfassung. Flugschrift 1860.

Droysen, II. Briefwechsel, herausgegeben von Hübner, 1929.

Duncker, Politischer Briefwechsel, herausgegeben von Schultze, 1923.

Freytag, Briefwechsel mit Heinr. v. Treitschke, herausgegeben von Dowe, 1900.

– Erinnerungen aus meinem Leben. 1. Band der Ges. Werke 1887.

Gneist, Die Lage der preußischen Heeresorganisation am 29. IX. 1862 nebst einem Zusatz über die Landwehr. Flugschrift 1862.

Haym, Aus meinem Leben, Erinnerungen, 1902.

– Das Leben Max Dunckers, 1891.

Haym, Ausgewählter Briefwechsel, herausgegeben von Rosenberg 1930.

Heyderhoff, Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks, I. Eine politische Briefsammlung, 1925.

– Rudolf Haym und Karl Twesten. Ein Briefwechsel über positive Philosophie und Fortschrittspolitik, Preußische Jahrbücher 161, S. 232 ff.

– Kritische Parlamentstage im alten Preußen, P. J. 198, S. 140 ff.

Kreyßig, Worauf es jetzt ankommt. Flugschrift 1866.

Aus Laskers Nachlaß. I, herausgegeben von Cahn, 1902.

Mommsen, Die Annexion Schleswig-Holsteins. Flugschrift 1865.
Parteiprogramme, die deutschen. Begründet von F. Salomon, Heft 1, 4. Auflage, herausgegeben von Mommsen und Franz.
Philippson, Max von Forckenbeck, 1898.
Rößler, Für die Heeresvorlage. Von einem Liberalen. Flugschrift 1860.
– Die liberale Partei seit der Regentschaft. Flugschrift 1860.
– Die Aufgaben der konstitutionellen Partei. Flugschrift 1862.
– Die liberalen Parteien angesichts der Zukunft Preußens. Flugschrift 1862.
– Die bevorstehende Krisis der preußischen Verfassung. Flugschrift 1862.
– Preußen und der Landtag, 1862. Flugschrift 1862.
– Die Lösung des Konflikts. Eine Mahnung zur Eintracht. Flugschrift 1863.
– Studien zur Fortbildung der preußischen Verfassung. 1863 u. 1864.
E. v. Simson, Erinnerungen aus seinem Leben, von B. v. Simson. 1900.
J. Schmidt, Die Notwendigkeit einer neuen Parteibildung. Flugschrift 1866.
Schmidt-Weißenfels, Preußische Landtagsmänner. 1862.
Treitschke, Briefe II u. III, herausgegeben von Cornicelius 1913, 1920.
– Die Gesellschaftswissenschaft. 1859.
– Historische und Politische Aufsätze, II^8 1921, III^7 1915, IV^2 1920.
– Zehn Jahre deutscher Kämpfe. 1874.
Twesten, Was uns noch retten kann. Ein Wort ohne Umschweife. Flugschrift 1861.
H. v. Unruh, Erinnerungen, herausgegeben von Poschinger. 1895.
Wehrenpfennig, Die äußere Politik des Abgeordnetenhauses und die Militärreform, Ansprache eines Wahlmannes an die liberale Majorität des Abgeordnetenhauses. Flugschrift 1860.

B. Literatur:

Bergsträßer, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. 1928^5.
– Kritische Studien zur Konfliktszeit, Hist. Vierteljahrschr. XIX. Jahrgang, S. 346 ff.
Brandenburg, Die Reichsgründung, II, 1922.
– 50 Jahre Nationalliberale Partei, 1917.
– Zum älteren deutschen Parteiwesen. H. Z. 119, S. 63 ff.
Dehio Ludwig, Die Taktik der Opposition während des Konflikts. H. Z. 140, S. 297 ff.
– Bismarck und die Heeresvorlagen der Konfliktszeit. H. Z. 144, S. 31 ff.
Ferres Martin, Heinrich von Sybels Stellung zu den politischen Vorgängen 1859 bis 1862. 1930.

Hjelholt, Treitschke und Schleswig-Holstein. 1929.

Katsch Hildegard, Heinrich von Treitschke und die preußisch-deutsche Frage 1860–1866. 1919.

Löwenthal, Der preußische Verfassungsstreit 1862–1866. 1914.

Le Mang, Der deutsche Nationalverein. 1909.

Meetz Anni, Johann Gustav Droysens politische Tätigkeit in der Schleswig-Holsteinischen Frage. Erlange Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte, III. 1930.

Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat[7]. 1928.

– Zur Geschichte des älteren deutschen Parteiwesens. H. Z. 118, S. 646 ff.

Mommsen Wilhelm, Johannes Miquel I, 1928.

– Zur Beurteilung der deutschen Einheitsbewegung. H. Z. 138, S. 523 ff.

Nirrnheim, Das erste Jahr des Ministeriums Bismarck und die öffentliche Meinung. 1908.

Oncken Hermann, Rudolf von Bennigsen I, II. 1910.

Parisius Ludolf, Deutschlands politische Parteien und das Ministerium Bismarck. 1878.

Patzig A. K., Die Nationalliberale Partei 1867–1892. 1892

Poschinger, Fürst Bismarck und die Parlamentarier II, 1895.

Sälter, Theodor von Bernhardi als Politiker. Berliner Diss. 1927.

Spahn Martin, Zur Entstehung der Nationalliberalen Partei. Zeitschrift für Politik I, S. 346 ff.

Schunke, Die preußischen Freihändler und die Entstehung der Nationalliberalen Partei. 1916.

Schurig, Die Entwicklung der politischen Anschauungen Heinrich von Treitschkes. Heidelberger Diss. 1909.

Steinhäuser, Karl Franke und Johann Gustav Droysen. Ein schleswig-holsteinischer Briefwechsel 1850–1860. Histor. Vierteljahrsschrift. XXVII, S. 795 ff. 1932.

Varrentrapp, Biographische Einleitung zu Sybels „Vorträgen und Abhandlungen". 1897.

Wahl Adalbert, Beiträge zur Geschichte der Konfliktszeit. 1914.

– Beiträge zur deutschen Parteigeschichte. H. Z. 104. S. 537. ff.

Westphal, Welt- und Staatsauffassung des deutschen Liberalismus. 1919.

– Der Staatsbegriff Heinrich von Treitschkes. Meineckefestschrift S. 150 ff. 1922,

Zechlin, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht. 1930.

Ziekursch, Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches I. 1925.

Einleitung: Die Aufgabe und ihre Probleme

Von den parteipolitischen Umbildungen, die die großen politischen Ereignisse der Jahre 1866/67 herbeiführten, verdient sicher die Bildung der Nationalliberalen Partei die größte Aufmerksamkeit. Männer mit verschiedenen politischen Idealen und in ihren letzten Zielsetzungen sich sehr unterscheidende Gruppen fanden sich in ihr zusammen. Alle jedoch waren von dem Streben erfüllt, bei der Reichsgründung mitzuwirken und dabei ihre liberalen Wünsche zur Geltung zu bringen. Wenn dies nicht im vollen Umfang möglich war, waren sie bereit, sich mit den liberalen Zugeständnissen zu begnügen, die Bismarck und der siegreiche preußische Staat gewährten. Die Art und Weise, wie sich die verschiedenen Strömungen und Gruppen zu diesem Kompromiß verhielten, gibt zugleich das Mittel an die Hand, dieselben genauer zu skizzieren.

Die einen nahmen die Notwendigkeit des Kompromisses mit einer gewissen Resignation entgegen und vertagten ihre letzten Wünsche auf eine unbestimmte Zukunft. Anderen schien die Liberalisierung im Augenblick nicht so wichtig, weil ihnen andere Aufgaben am Herzen lagen. Wieder andere waren mit dem, was die Gegenwart brachte, voll und ganz zufrieden.

Damit sind die drei großen Grundströmungen der Nationalliberalen Partei angedeutet. Die erste Gruppe wurde gebildet aus den gemäßigten Elementen der Fortschrittspartei, die sich am 17 Nov. 1866 als „Neue Fraktion der nationalen Partei" konstituierte. Diese Frakion hatte schon im Oktober eine „Erklärung" über ihre Zustimmung zur Indemnität veröffentlicht[1]). Darin sagte sie die Unterstützung der Regierung in der Außenpolitik zu, in der inneren wollte sie jedoch „eine wachsame und loyale Opposition" üben. Auch das nationalliberale „Programm" vom 12. Juni 1867[2]) meldete

---

[1]) Texte bei Parisius, Deutschlands politische Parteien und das Ministerium Bismarck, S. 78 ff. und die deutschen Parteiprogramme, Heft 1, herausgegeben von Mommsen & Franz, S. 148 ff. — Das Verhalten jener Gruppe im Verlauf des Jahres 1866 hat sehr treffend Spahn, Zur Entstehung der Nationalliberalen Partei, Zeitschrift für Politik I, S. 346 ff. dargestellt und beurteilt.

[2]) Mommsen & Franz, S. 155 ff. Zur Würdigung Oncken, Rudolf von Bennigsen II, S. 80 ff.

noch eine Reihe innenpolitischer Wünsche an, während die Mittel „für die Ehre und Machtstellung des Vaterlandes“ gewährt werden sollten. „Erklärung“ und „Programm“ waren unter maßgeblicher Einwirkung des Abgeordneten Lasker zustandegekommen. Er war mit Twesten, Unruh, Forckenbeck und Michaelis wohl der führende Mann dieser Gruppe.

Michaelis gehörte auch schon der zweiten Gruppe an. Es handelt sich um die Gruppe der Freihändler, die bei ihrem politischen Denken und Handeln in erster Linie von wirtschaftlichen Erwägungen ausgingen. Innerhalb der Fortschrittspartei bildeten sie einen bestimmten Kreis und hatten bestimmte Zusammenkünfte. Ihre Geschichte hat Schunke beschrieben und zugleich ihre Bedeutung für die Entstehung der Nationalliberalen Partei dargestellt[1]). Im Gegensatz zur Mehrzahl der Fortschrittspartei billigte diese Gruppe in den Jahren 1865/66 die Bismarcksche Annexionspolitik in Schleswig-Holstein und die Kriegspolitik gegen Österreich. Die Möglichkeit eines erweiterten Marktes und eines vergrößerten preußischen Wirtschaftsgebietes, das den Vorzug einer einheitlichen Gesetzgebung bot, war es, die die Freihändler annexionsfreudig stimmte und zu Verfechtern des Einheitsgedankens machte.

In Letzterem liegt eine Begegnung mit den Zielen des Nationalvereins, wenn dieser auch die Einheit aus national-politischen Gründen erstrebte. Ferner hatte er sich im Gegensatz zu den Freihändlern den Weg zur Einheit friedlich gedacht, nicht durch Annexionen und Krieg. Immerhin stellte sich 1866 der größte Teil seiner Mitglieder schnell auf den Boden der Tatsachen. Die ehemaligen Mitglieder des Nationalvereins bildeten einen wichtigen Bestandteil der nationalliberalen Partei. Der Führer des Nationalvereins wurde auch der der Nationalliberalen. Die nicht- und neupreußischen Abgeordneten, die sich durch den Verfassungskampf in Preußen nicht unmittelbar berührt fühlten, waren im Gegensatz zu den Mitgliedern der erstgenannten Gruppe nicht so sehr auf die Herstellung freiheitlicher Sicherungen bedacht, da es ihnen zunächst auf die Verwirklichung der Einheitswünsche ankam[2]).

Es sind also mannigfaltige Strömungen, die sich in der Nationalliberalen Partei zusammenfanden. Alle dadurch entstandenen Spannungen wurden durch den gemeinsamen Wunsch zusammengehalten, daß „die liberalen Kräfte mitwirken müßten, wenn das Einigungswerk gelingen und zugleich die Freiheitsbedürfnisse des Volkes befriedigen sollte“ („Programm“). Ferner ist zu bedenken, daß es sich bei den skizzierten Gruppen nicht um feste und abgeschlossene

---

[1]) Schunke, Die preußischen Freihändler und die Entstehung der Nationalliberalen Partei. Vgl. auch Patzig, Die Nationalliberale Partei, S. 6 ff.
[2]) Aus Laskers Nachlaß, S. 49/50.

handelte; denn es ist klar, daß sie in der Wirklichkeit oft ineinander übergingen. Der Abgeordnete v. Unruh war beispielsweise auch eifriges Mitglied des Nationalvereins, der ja besonders nahe Beziehungen zu den Fortschrittlern unterhielt; Twesten hatte Beziehungen zu den Freihändlern.

Die Bedeutung der beiden preußischen Gruppen für die Entstehung der Nationalliberalen Partei ist, wie aus der angeführten Literatur (Spahn, Schunke) hervorgehen dürfte, erkannt. Der Anteil der neupreußischen Liberalen kann aus den Biographien Bennigsens und Miquels entnommen werden[1]).

Die vorliegende Untersuchung soll sich mit der dritten Richtung, also mit denjenigen Liberalen, die mit der 1866/67 eingeleiteten innenpolitischen Entwicklung voll und ganz zufrieden waren, befassen. Es handelt sich um die Gruppe der preußischen Altliberalen. Westphal hebt ihre hohe Bedeutung für den Nationalliberalismus hervor[2]). Er beschränkt sich aber in seiner Untersuchung darauf, die Haltung der Preußischen Jahrbücher in der Zeit 1858—1863 zu schildern. In der Tat sind diese glänzend geeignet, in die geistige und politische Welt der Altliberalen einzuführen. Neben der Darstellung der Haltung, die die Preußischen Jahrbücher zu den politischen Vorgängen einnehmen, hat Westphal besonders den weltanschaulichen Hintergrund des damaligen Liberalismus herausgearbeitet. Unsere Untersuchung soll jedoch nicht geistesgeschichtlich gerichtet, sondern ein Beitrag zur Parteigeschichte im engeren Sinne sein. Dabei bildet der parteigeschichtliche Ertrag der Westphalschen Untersuchung eine Voraussetzung der vorliegenden. Sie soll ferner neben den Preußischen Jahrbüchern auch noch andere Quellen heranziehen und die Geschichte der altliberalen Gruppe bis zur Entstehung der Nationalliberalen Partei verfolgen. Die vorliegende Untersuchung ist damit als Beitrag zur Entstehungsgeschichte der Nationalliberalen Partei charakterisiert.

Bevor in die eigentliche Darstellung eingetreten wird, ist noch die Frage aufzuwerfen: Warum wurde der Anteil der Altliberalen so häufig übersehen? Schunke erwähnt ihn überhaupt nicht, und Spahn streift ihn nur kurz. Dies scheint um so befremdlicher, weil der Name „nationalliberal" als Parteibezeichnung zuerst von der Gruppe der Hallischen Altliberalen geprägt wurde, als sich diese im Wahlkampf 1866 gegen die Friedensforderungen der Fortschrittspartei

---

[1]) Oncken, Rudolf von Bennigsen I. II. Mommsen, Johannes Miquel I. — Die Literatur über die liberalen Richtungen Mittel- und Süddeutschlands gibt Bergsträßer, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, S. 71.

[2]) Westphal, Welt- und Staatsanschauung des deutschen Liberalismus, S. 12: „Die Neue Ära ist für den Nationalliberalismus ..... die eigentliche Schule geworden."

wandte und für den Bismarckschen Parlamentsantrag einsetzte[1]). Haym, der Verfasser des Aufrufs, trat mit anderen Altliberalen erst der Nationalliberalen Partei bei, als diese sich schon gebildet hatte. Den Hauptanteil bei der Bildung des Nationalliberalismus schienen der gemäßigte Fortschritt und der Nationalverein darzustellen. Diese Tatsache mag erklären, daß der Eintritt der Altliberalen damals und später nicht viel Aufsehen erregt hat.

Und doch ist der Anteil der Altliberalen für die weitere Geschichte der Nationalliberalen Partei von großer Bedeutung gewesen. Denn fraglos ist dadurch die in der Zeit seiner Vorherrschaft im Reiche 1867—78 und auch für die Folgezeit zu beobachtende Verlagerung des Schwerpunktes der Partei nach rechts erleichtert worden. Aus der Partei, die die Regierung nach außen unterstützte und im Innern Opposition treiben wollte, wurde eine Mittelpartei.

Für die Altliberalen stellte sich die Entwicklung dahin als eine Linie dar, die sich bei ihnen schon vor dem großen Entscheidungsjahr 1866/67 aufzeigen läßt. Während die Vertreter der ersten beiden Grundströmungen doch nur unter Zurückstellung oder Ignorierung ihrer alten liberalen Ideale, zu denen sie sich noch vorher im Konflikt bekannt hatten, die Möglichkeit zur Mitarbeit an den neugeschaffenen Verhältnissen sahen — was ihnen von der alten Fortschrittspartei als Götzendienst des Erfolgs ausgelegt wurde[2]), — so vollzog sich die Entwicklung und Umstellung der Altliberalen im ganzen ohne tiefgehenden Bruch mit der eigenen Vergangenheit.

Die Durchführung dieser These hat die vorliegende Untersuchung zu bringen. Wir beschränken uns dabei auf die Darstellung ihrer Haltung zur Heeresreform und im Verfassungskampf, da an diesen Punkten die Stellung der Liberalen in den Jahren 1860/66 am besten zum Ausdruck kommt. Die Aufgabestellung verengt sich also dahin: Die Stellung der preußischen Altliberalen im Heeresreform- und Verfassungskampf zu untersuchen und ihr Einmünden im Nationalliberalismus begreiflich zu machen.

Unsere Altliberalen sind jedoch nur im weitesten Sinne als Parteigruppe anzusprechen. Auf keinen Fall darf man an eine Fraktion und Partei im modernen Sinne mit offiziellen Erklärungen, Führervollmacht, Parteipresse usw. denken. Besonders für eine liberale Partei, die für die Rechte des Einzelnen eintritt, gilt das. Aus den politischen Briefen und sonstigen Quellen geht hervor, daß das politische Tun und Denken damals eine ausgeprägt individuelle Note trug. Das erschwert die Darstellung und Beurteilung einer Gruppe.

---

[1]) Aufruf, abgedruckt im ausgewählten Briefwechsel Rudolf Hayms, S. 248 ff. Vgl. auch Spahn, S. 387.

[2]) So Virchow, bei den Verhandlungen zur Indemnitätsvorlage. — Vgl. Löwenthal, der preußische Verfassungsstreit 1862, S. 299.

Damit ist zugleich ein Urteil über die Quellen zur Parteigeschichte gegeben. Fraktions-[1]) und Kammersitzungsprotokolle, offizielle Erklärungen wie die Parteipresse haben für die Parteigeschichte dieser Zeit nicht die Bedeutung, die sie für den Parteihistoriker hätten, der sich mit den gefestigten und in sich geschlossenen Parteien der jüngsten Zeit befassen will. Desto größeren Wert haben die intimeren Zeugnisse.

Die Quellen für unseren Zweck fließen sehr reichlich. Die gedruckten Briefwechsel Droysens, Dunckers, Hayms, Treitschkes Briefe sowie die Briefsammlung Heyderhoffs enthalten viel Material. Hinzu kommt eine Anzahl von Selbst- und darstellenden Biographien sowie die Tagebücher Bernhardis. Sehr viel Material brachte die Durcharbeitung der Preußischen Jahrbücher und der Grenzboten. Das Zeitungsorgan der Fraktion Vincke, die „Berliner Allgemeine Zeitung", die aber nur 1862/63 bestand, wurde auch herangezogen. Sehr ergiebig war die Benutzung der zahlreichen Flugschriftliteratur.

Erstes Kapitel. Die altliberale Parteigruppe und ihre Stellung zur deutschen Frage um 1860 im allgemeinen

Eine kurze Skizzierung der wichtigsten Persönlichkeiten und Kreise mag den Inhalt des politischen Denkens bei den Altliberalen veranschaulichen. Dabei empfiehlt es sich, als Orientierungspunkt die Stellung zur deutschen Frage zu wählen, weil sie mit den innenpolitischen Fragen im engsten Zusammenhang steht.

Zu den Altliberalen gehörte eine Anzahl ausgeprägter und selbstbewußter Persönlichkeiten, von denen manche in der Geschichte und Wissenschaft schon damals einen guten Klang hatten.

Der Führer des liberalen Abgeordnetenhauses in der Neuen Ära, der Freiherr von Vincke, hatte sich schon im Vereinigten Landtag den Ruhm und Ruf eines Parlamentariers, der für Recht und Gerechtigkeit mit großer Rednergabe einzutreten wußte, verschafft. Gehörte er hier noch der linken Opposition an, so wurde er in der Frankfurter Nationalversammlung ein führendes Mitglied der Rechten. In der von den Demokraten nicht beschickten preußischen Kammer, der er von 1850 an mit kleinen Unterbrechungen angehörte, wurde er wieder der Führer der liberalen Opposition. Hier griff er oft mit einem hohen Maß von Sarkasmus und Witz die innere und äußere Politik des Reaktionsministeriums an. Immer aber war er dabei von der Sorge um den preußischen Staat bestimmt, dem er sich tief verantwortlich fühlte. Um diesem seine hohe Stellung in Deutschland zu ermöglichen, sollte Preußen das „Recht" überall schirmen. Da der Prinzregent bei der Bildung des Ministeriums

[1]) Solche waren für die Altliberalen bezeichnenderweise nicht aufzufinden.

der Neuen Ära von ähnlichen Voraussetzungen auszugehen schien, waren Vincke und seine Partei grundsätzlich bereit, das Ministerium zu unterstützen. Es zeigte sich jedoch bald, daß Vinckes schroffes persönliches Auftreten und seine alte Kampfeslust immer wieder alles in Frage stellten, ja gefährdeten. Tatsächlich war seine Stärke die parlamentarische Kritik und der parlamentarische Kampf. Zur positiven Arbeit auf lange Sicht war er unfähig[1]). Diese Tatsache hat erheblich zur Zertrümmerung der altliberalen Partei und zum Ende der Neuen Ära beigetragen.

Als ein Liberaler, der wie Vincke sich gleich stark dem altpreußischen Staatsgefühl verbunden wußte und damit ein Bekenntnis zum deutschen Liberalismus schöpferisch verbinden konnte[2]), steht Max Duncker vor uns; und doch wieder ganz anders als Vincke. Duncker stammte aus der bürgerlichen Welt und war Gelehrter. Dabei blieb ihm die Politik von jeher ein Hauptanliegen. Wir haben in ihm einen Typus des politischen Professorentums im besten Sinne vor uns. Sein Sinn war stets auf Vermittlung der Gegensätze gerichtet. — Obwohl er 1848 eine führende Stellung im Kreise der Erbkaiserlichen einnahm, war aber sein eigentliches Gebiet nicht die öffentliche parlamentarische Tätigkeit. Seine Hauptstärke bestand vielmehr darin, als Publizist die politischen Vorgänge zu deuten und in der lebendigen Beeinflussung der maßgebenden Persönlichkeiten die politischen Entscheidungen zu beeinflussen. Dabei kamen ihm seine umfassenden Kenntnisse sehr zustatten. Besonders besaß er im hohen Grade die Fähigkeit, Vorgänge der Außenpolitik zu erfassen und richtig zu beurteilen. Von einer außenpolitischen Tat erwartete er auch die Lösung der deutschen Frage. In diesem Sinne wirkte er im Ministerium der Neuen Ära als Leiter der Preßabteilung.

In engstem Zusammenhang mit Duncker ist Droysen zu nennen. Auch er war in Frankfurt ein hervorragendes Mitglied des rechten Zentrums. Beide hatten noch zu Beginn der Frankfurter Nationalversammlung die Auflockerung Preußens als Voraussetzung der deutschen Einheit gefordert. Als diese Pläne sich als undurchführbar herausstellten, traten sie entschlossen auf den Boden des preußischen Staates[3]). In der Reaktionszeit, die für das liberalpreußische Empfinden eine starke Belastungsprobe darstellte, hielt Droysen an seiner preußischen Gesinnung fest und begann seine „Geschichte der preußischen Politik" zu schreiben, die ihn zum Vater der

---

[1]) Petersdorf über Vincke, A. D. B. 39, S. 749 — Vincke empfand dies selbst; so lehnte er 1848 ab, Minister zu werden.

[2]) Vgl. Schultze, Dunckers Politischer Briefwechsel XV „mit starken konservativen Elementen gemischter Liberalismus". Ähnlich Heyderhoff, Deutscher Liberalismus I, S. 6.

[3]) Vgl. Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat, S. 461 ff.

kleindeutsch-borussischen Geschichtsbetrachtung machte. — Im Gegensatz zu den vorher Genannten griff er danach nicht mehr unmittelbar in die Politik ein.

Eine Persönlichkeit ganz eigener Art ist Bernhardi. In Preußen geboren, hatte er einen großen Teil seines Lebens in Rußland verbracht. Doch fühlte er sich dem preußischen Staat tief verbunden. Seine Hauptarbeit war immer die wissenschaftliche Beschäftigung mit geschichtlichen und kriegsgeschichtlichen Fragen der neueren Zeit. Danben war seit 1857 sein Bestreben, im Rahmen der altliberalen Partei auf dieselbe Einfluß zu gewinnen. Jedoch war bei ihm der Blick niemals ausschließlich auf die Innen- und Parteipolitik gerichtet. Wie Duncker stand auch ihm die Außenpolitik im Vordergrund, hinter ihr sollten die anderen Wünsche zurücktreten. Im Gegensatz zu den Vorstellungen der meisten liberalen Zeitgenossen, die national und liberal nur in engster gegenseitiger Verknüpfung sich denken konnten, ordnete Bernhardi den nationalen Gedanken über den liberalen[1]). Eine kraftvolle nationale Außenpolitik diente nach ihm zugleich der Sache des Liberalismus. So bedingungslos wollte das der liberale Durchschnittsbürger nicht zugeben. Zwar wünschte auch dieser eine energische Außenpolitik zur Erringung der deutschen Einheit, jedoch schien sie ihm nur von einem liberalen Preußen ausgehen zu können. Auch Bernhardi wollte ein solches. Doch war bei ihm ein größeres Gefühl für die Eigengesetzlichkeit des preußischen Staates, auch abgesehen von der herrschenden Parteirichtung, vorhanden. Als im Verlaufe des Verfassungskampfes die parteimäßigen Gesichtspunkte immer mehr in den Vordergrund rückten, vereinsamte Bernhardi politisch. Dazu kam noch die Tatsache, daß sein ausgeglichenes aristokratisches Wesen ihn am rücksichtslosen Durchkämpfen seiner politischen Ansichten hinderte. Seine politische Haltung und sein politisches Schicksal sind typisch für die altliberale Gruppe: Richtige Einsichten aus preußischem Staatsgefühl erwachsen, Bereitschaft zum Kompromiß, besonders, wenn dadurch die deutsche Einheit erreicht werden kann; andererseits zu wenig Willen und Einsatzkraft, diese Gedanken auch tapfer geltend zu machen. Mit diesen Worten kann das Wesen des Altliberalismus, das zugleich seine Grenzen bezeichnet, am besten skizziert werden.

Zur Gruppe der „altliberalen Patrioten“[2]) hat auch Sybel Beziehungen. Dabei dürfen manche Unterschiede zwischen beiden, z. B. in der Einschätzung der politischen Lage, die aber vielleicht auch auf Sybels rheinländisches Temperament zurückzuführen sind, nicht verkannt werden. Doch auch sachlich ist noch ein Unterschied hervorzuheben: Sybel war viel mehr bürgerlich-liberal; seine politischen

---

[1]) Vgl. Westphal, S. 80/81.

[2]) So nannte der Herausgeber der Tagebücher Bernhardis den Kreis Bernhardi, Duncker, Droysen. — Wir bedienen uns dieses Ausdrucks in den weiteren Ausführungen.

Hoffnungen richteten sich fast ganz auf das deutsche Bürgertum, als dessen typischer Vertreter er vor uns steht. Wie z. T. bei den erwähnten Persönlichkeiten waren auch bei ihm die politischen Ansichten aus seinen Geschichtsstudien hervorgewachsen. In seiner „Geschichte der Revolutionszeit von 1783—1795“ brachte er zugleich sein politisches Ideal, das in gleicher Weise gegen Despotismus von oben und Radikalismus von unten sich abgrenzt, zum Ausdruck. — Zu einer parlamentarischen Tätigkeit größeren Stils gelangte er erst in der von uns zu behandelnden Zeit.

Zu einer anderen Generation und anderen Welt gehört Treitschke. Er hatte die 1848er Vorgänge noch nicht als Mann und Handelnder miterlebt. So konnte er gleich an die dort gewonnenen Einsichten anknüpfen. Rochaus „Grundzüge der Realpolitik“ machten auf ihn einen tiefen Eindruck, wie er später einmal ausführt[1]). Ferner war er kein geborener Preuße. Sein Preußentum war vielmehr in innerer und äußerer Auseinandersetzung mit dem sächsischen Partikularismus errungen. Es kam damit ein kämpferischer, unerbitttlicher Zug in sein politisches Denken. Allen genannten, ja allen Liberalen überhaupt hatte er ein tieferes Verständnis für die Staatsmacht voraus. Er rechnete schon früh mit einer kriegerischen Lösung der deutschen Frage. Schon in den 50er Jahren war er Unitarier[2]) und erwartete von Preußen als der geschichtlich dazu berufenen Macht eine entsprechende Lösung. Gewiß wollte er auch nur einem liberalen Preußen das Recht dazu geben. Doch ist zu bedenken, daß sein Liberalismus vollkommen wirklichkeitsnah war, d. h. keinen in der damaligen Zeit unerfüllbaren Idealen nachjagte. Von seinem ursprünglichen Gefühl für staatliche Macht war schon die Rede. Zum andern war er als Schüler Dahlmanns weit entfernt von der für die damaligen Verhältnisse als Utopie zu bezeichnenden demokratischen Idee der Volkssouveränität. Während diese den Staat von unten her aufbauen will, ist nach ihm die Monarchie am besten geeignet, den politischen Einheitsgedanken gegenüber den gesellschaftlichen Mächten zu sichern[3]). Sein historischer Liberalismus war bestimmt von dem Streben nach Vermittlung der Größen Freiheit und Macht[4]). Treischke zeigte ein außergewöhnlich hohes Maß von Verständnis für den preußischen Staat und seine Machtbedürfnisse. Es ist aber festzuhalten, daß diese auch bei ihm letztlich den liberal-nationalen Ziel-

---

[1]) Hist. und Polit. Aufsätze IV, S. 245.

[2]) Vgl. Tr. an Bachmann, 19. 11. 54, Briefe I, S. 260/61.

[3]) Vgl. die Gesellschaftswissenschaft, S. 99.

[4]) Artikel „Die Freiheit“, Hist. und pol. Aufsätze III, S. 1 ff. — Hier und in der „Gesellschaftswissenschaft“ suchte Treitschke die wirtschaftlich-sozialen und persönlichen Rechte mit den berechtigten Ansprüchen des Staates in Einklang zu setzen. Vgl. Schurig, Die Entwicklung der politischen Anschauungen Heinrich von Treitschkes. Kap. III und IV.

setzungen dienen sollen; denn Treitschke bleibt immer Liberaler, wenn auch nie im Sinne der Fortschrittspartei oder des Nationalvereins. Seine realistisch-monarchistische Staatsauffassung, die mit den liberalen Gedanken eine eigentümliche, aber schöpferische Verbindung eingeht, gibt uns ein Recht, ihn dem Kreise der preußischen Altliberalen zuzurechnen, mit denen er auch durch die Mitarbeit an den Preußischen Jahrbüchern über äußere Beziehungen verfügte.

Das Organ der preußischen Altliberalen waren die Preußischen Jahrbücher. Kurz vor dem Ende der Reaktionszeit entstanden, begleiteten sie mit Kritik und Zustimmung die politischen und geschichtlichen Geschehnisse. Hierbei ergänzten sich die Politischen Korrespondenzen, die über die Geschehnisse des Tages kritisch berichteten, und die Aufsätze literarischen, kulturgeschichtlichen Inhalts. Dem Ganzen wurde von dem Herausgeber Haym das besondere Gepräge gegeben. Der Idealist Haym wollte die Verbindung von Wissenschaft und Leben, von sittlichem und politischem Sein herstellen, wobei das Vermittelnde das Geschichtliche war[1]). Haym sowie auch Rößler treten uns als die Vertreter der idealistischen Richtung im Altliberalismus entgegen, während die bis jetzt behandelten mehr der realistischen zuzurechnen sind. Idealistisch heißt hier jedoch nicht weltfremd und Utopien nachjagend. Im folgenden werden wir noch sehen, wie zutreffend jene „Idealisten" oft die Wirklichkeit betrachten. Doch bleibt die Tatsache bestehen, daß Haym kein eigentlicher Politiker war, weil ihm der Blick für das Praktische und Unmittelbare fehlte[2]). Die Politischen Korrespondenzen ließ er darum von Parteifreunden schreiben, die eine größere Kenntnis und Fähigkeit in diesen Dingen besaßen; von 1858—60 war Neumann, 1861/62 Duncker, dann bis zur Übernahme der Redaktion durch Treitschke im August 1866 im allgemeinen Wehrenpfennig der Korrespondent[3]). Andere wichtige Mitarbeiter waren außer diesen Treitschke und Baumgarten.

Die allgemeine politische Zielsetzung der Preußischen Jahrbücher in den ersten Jahren sei kurz angedeutet: In der deutschen Politik soll Preußen den Weg der „moralischen Eroberungen" beschreiten, d. h. das liberale Preußen sollte für die übrigen Länder den Anziehungspunkt zur deutschen Einheit bilden. In der Innenpolitik kämpften die Preußischen Jahrbücher für den Ausgleich der verschiedenen politischen Kräfte; zwischen Reaktion und Demokratie sollte

---

[1]) Westphal, S. 44 ff.

[2]) Haym, Erinnerungen, S. 181 gibt das selbst zu; vgl. Westphal, S. 61/62. „Haym, der Bekenner, und Bernhardi, der Taktiker", ebd. S. 101.

[3]) Westphal, S. 104. — Beleg für Neumann als Korrespondent, ebd. Anmerkung 3; für Duncker, ebd. S. 155, Anmerkung 2; für Wehrenpfennig, ebd. S. 174, Anmerkung 1. Die dort angeführten Merkmale des Wehrenpfennigschen Stils gelten auch für die Zeit über 1863 hinaus, die Westphal nicht mehr behandelt hat.

eine liberale Mitte mit einem durchaus positiven Verhältnis zum preußischen Staat ihre hohe Aufgabe erfüllen. Also überall wurde der Ausgleich der Kräfteverhältnisse gefordert!

Neben den Preußischen Jahrbüchern dienten die Grenzboten den Altliberalen. Jedoch kam bei ihnen der Standpunkt nie so prinzipiell heraus. Sie entwickelten sich auch im Laufe der Zeit immer weiter von den Altliberalen hinweg.

Wir sehen, daß sogar die politische Vorstellungswelt der Altliberalen, am meisten bei den Preußischen Jahrbüchern, um diese Zeit zum Teil noch mit Doktrinen und Konstruktionen durchsetzt ist. In der Zeit um 1860 war eben noch alles im Fluß. Die Unterschiede innerhalb der Altliberalen sind unverkennbar. Die altliberalen Patrioten z. B. gingen mehr von der Einheitsfrage aus, während die Preußischen Jahrbücher mehr die unlösliche Verkettung von Einheit und Freiheit hervorheben; doch sind auch bei ihnen die Ansätze, die sich im Sinne eines wirklichen Verständnisses für die konkrete Politik fortenwickeln lassen, fraglos vorhanden. Alle preußischen Altliberalen hatten einen großen Vorzug vor den nichtpreußischen und den linksstehenden preußischen Liberalen: Er bestand in der starken Bejahung des preußischen Staates. Das bedeutet zugleich die richtige, realpolitische Einschätzung der wahren Kräfteverhältnisse.

Bei manchen Altliberalen war diese Haltung das Ergebnis der Enttäuschungen von 1848/49 und der Reaktionszeit. Duncker und Droysen waren dadurch rückhaltslose Vertreter der preußischen Macht und Monarchie geworden. Bernhardi, „der Taktiker“, hatte schon von Natur keine Neigung zur Konstruktion politischer Wunschgebilde. Treitschkes großpreußischer Unitarismus ist wohl das Höchste, was sich an Bejahung des konkreten Preußens durch einen Liberalen denken läßt. Die Preußischen Jahrbücher erkannten die besondere Eigengesetzlichkeit der preußischen Staatsbedürfnisse an; wenn sie dieselben auch ihrem liberalen Wollen dienstbar machen wollten, so war doch das Verständnis für den preußischen Staat bei ihnen viel größer als bei den mehr links stehenden Liberalen. Eine Gegenüberstellung der Altliberalen mit letzteren mag das deutlich machen.

Auch die Anhänger der Demokratie hatten ja aus den Ereignissen der letzten zehn Jahre gelernt, ihre Ideale und Forderungen, wenn nötig, zu beschränken. Seit 1858 beteiligten sie sich unter Zurückstellung ihrer prinzipiellen Bedenken wieder an den Wahlen und wählten aus der Erkenntnis heraus, daß im Augenblick nicht mehr zu erreichen war, gemäßigte Liberale zu Abgeordneten. Auch dachten sie nicht mehr an eine Aufspaltung Preußens, da dieses allen demokratischen Prinzipien zum Trotz feststand. Von der Auseinandersetzung der demokratischen Elemente und der ihnen nahestehenden

Fortschrittspartei mit den Altliberalen und dem preußischen Staat soll später geredet werden.

Um diese Zeit tritt uns der links von den Altliberalen stehende Liberalismus besonders im Nationalverein entgegen. Die Tatsache, daß sich in ihm zur Erringung praktischer Ziele unter Anknüpfung an die gegebenen Verhältnisse Liberale und Demokraten zusammengeschlossen hatten, zeigt einen hohen Grad realpolitischer Einsicht der letzteren. Diese schien ihre Stütze in dem Bestehen der von den Liberalen mitgetragenen Regierung in Preußen zu finden.

Jedoch blieb das Verhältnis des Nationalvereins zur preußischen Regierung immer verhältnismäßig kühl. Duncker riet dem Nationalverein, vielleicht im Einverständnis mit der Regierung, sich nur mit einzelnen nationalen Aufgaben wie Bundeskriegsverfassung, Flottensache usw. zu beschäftigen[1]). Natürlich konnte dem Nationalverein, der doch große nationale Ziele aufstellen wollte, dieser Hinweis nicht genügen. Und dennoch wollten Bennigsen und seine Leute auch Realpolitik treiben, wie sie gern betonten[2]). Doch unterschied sich Bennigsen von den altliberalen Regierungskreisen und der altliberalen Partei darin, daß der Nationalverein propagierend mit seinen Zielen vor weite Kreise trat und sie gewinnen wollte, während die preußischen Altliberalen den Weg der Diplomatie und des geruhsamen Fortschritts in Preußen, der für sich selbst spräche und schon seine Wirkungen tun würde, vorzogen[3]). Der Gegensatz kommt am besten in der Bemerkung zum Ausdruck, die Bernhardi zu der Äußerung Bennigsens, daß die „moralischen Elemente" in Intelligenz und Volkstümlichkeit wichtiger seien als die bestehenden Machtverhältnisse in Preußen (Heer), in sein Tagebuch schrieb: „Wie verzweifelt wenig uns die Sympathien und all die idealen Herrlichkeiten helfen würden, ohne eine tüchtige Armee, davon haben diese idealisierenden Leute keinen Begriff"[4]) Dabei bleibt bestehen, daß natürlich auch für die preußischen Altliberalen die liberalen Wünsche feststanden. Nur im Wie und in der Frage nach der Verwirklichung unterschieden sie sich von den andern. Die im Nationalverein vereinigten Liberalen gingen letztlich von dem Anspruch der Nation aus, der Preußen seine Macht zur Verfügung

---

[1]) Oncken I, S. 431/32. — Ähnlich die von Unruh, Erinnerungen S. 201 ff., mitgeteilte offiziöse Denkschrift zum Nationalverein: Bedenken gegen das deutsche Parlament, überhaupt vorsichtiges Abwägen trotz prinzipieller Zustimmung; dazu Oncken I, 337.

[2]) Rede Bennigsens am 3. 9. 1860, Oncken I, S. 434, — ebd. S. 436. — Rochau, der Verfasser der „Grundzüge der Realpolitik", leitete die „Wochenschrift des Nationalvereins".

[3] Vgl. Oncken I, S. 443, 449.

[4]) Aus dem Leben Theodor von Bernhardis (zitiert Bernhard) IV, S. 235, vgl. Oncken I, S. 558.

stellen sollte. Sie waren weiter in ihren Entschließungen von der Rücksicht auf die demokratischen Mitglieder bestimmt, während die Altliberalen, von diesen Hemmungen frei, von vornherein ein größeres Verständnis für das preußische Eigenrecht zeigten.

Doch auch hier wurden, wie überall in der Geschichte, die Gegensätze durchbrochen. Miquel z. B. hegte in der ersten Zeit des Nationalvereins Hoffnungen, die mehr auf den Treitschkeschen großpreußischen Einheits- und Hegemoniegedanken hinausliefen und weniger mit dem bundesstaatlichen Programm des Nationalvereins etwas zu tun hatten[1]). Andererseits hatte der Nationalverein auch Altliberale in seinen Reihen wie Grabow und Wehrenpfennig. Doch beruhte sein Schwerpunkt, besonders in der Folgezeit, auf den links stehenden Elementen[2]). Im Ganzen war und blieb das Verhältnis der Altliberalen zum Nationalverein sehr locker, ja gespannt. Die altliberalen Führer gehörten schon vielfach der älteren Generation an und hatten darum nicht mehr das richtige Verständnis für die wenn auch mit noch so viel Realpolitik durchsetzten Wünsche der vorwärtsdrängenden jüngeren Generation[3]). Dafür hatten sie aber jener gegenüber die tiefere Würdigung und den besseren Einblick in die Gesetze des preußischen Staates und damit in die wahren Kräfteverhältnisse voraus; darauf kam es letztlich an. Es war also zugleich ein Generationsunterschied und ein solcher der Einsicht in die Wesensgesetze der Politik.

Trotz der eben beschriebenen Gemeinsamkeiten in der altliberalen Gruppe war diese keineswegs einheitlich. Die Zahl der Persönlichkeiten und Gruppen mit starkem Eigenleben ist immerhin groß. Darum sind sie in unserer Untersuchung gesondert unter Hervorhebung des Trennenden und Gemeinsamen zu behandeln. Besonders für die Gestalt Treitschkes, die immer etwas Eigenwüchsiges aufweist und die nur bis zu einem gewissen Grade unserer Parteigruppe angehört, gilt das.

Zweites Kapitel. Die Stellung der liberalen Partei zur Heeresreform und den damit verbundenen Fragen bis zur Entstehung der Fortschrittspartei

Seit dem Jahre 1860, als dem preußischen Abgeordnetenhause zum erstenmal die Heeresreformvorlage vorgelegt wurde, ist die Stellung zu dieser und zur deutschen Frage aufs engste verknüpft. Im vorigen Kapitel sahen wir, daß die Altliberalen in der Einheitsfrage sehr realpolitisch urteilten und ihre Wünsche nur von der

[1]) Mommsen, Miquel I, S. 189 ff.
[2]) Oncken, S. 460.
[3]) ebd. S. 449.

preußischen Grundlage her geltend machten. Wie ist nun ihre Stellung zur Heeresreform und welche Haltung ergibt sich für sie von da aus wiederum zur deutschen Frage?

Man ist oft geneigt, in der Stellung zur Heeresreform von vornherein einen großen Gegensatz zwischen der Regierung und den Liberalen anzunehmen. Das ist jedoch in dieser Zuspitzung nicht richtig. Denn die Liberalen der Neuen Ära waren keineswegs grundsätzlich Gegner der Heeresreform oder gar heeresfeindlich an sich eingestellt. Ihre Bedenken gegen die von der Regierung vorgeschlagene Regelung betrafen besonders zwei Punkte: Einmal verlangten sie die gesetzliche Regelung der zweijährigen Dienstzeit. Dahinter stand die Sorge um das unveränderte Bestehen der Landwehr. Für dies Institut, das die Einheit von Volk und Heer darzustellen schien und alte Erinnerungen an die in eigentümlich liberaler Verklärung gesehene Zeit der Freiheitskriege und der Reformen wachrief, bestanden große Sympathien. Der Sachverständige der Liberalen in Heeresfragen, der General a. D. Stavenhagen, hatte selbst noch in den Freiheitskriegen mitgefochten. Ebenso der Abgeordnete von Saucken. — Ferner wurden finanzielle Bedenken geltend gemacht. Wir dürfen jedoch diesem Punkt nicht zuviel Bedeutung beimessen, da derartige Bedenken immer und überall angeführt zu werden pflegen. Ein Land wie Preußen, das damals Steuerüberschüsse brachte und trotz der wirtschaftlichen Krise im Jahre 1857 an Wohlstand zunahm, darf kaum mit Recht über finanzielle Überbürdung klagen. Tatsächlich waren diese Bedenken nur vorgeschoben, wie auf liberaler Seite selbst zugestanden wurde.

Denn hinter diesen Bedenken standen tiefgehende politische Meinungsverschiedenheiten, die allerdings erst im Laufe der Zeit immer deutlicher hervortraten. Sie hatten ihren letzten Grund in der verschiedenartigen Struktur der durch das Königtum und die konservativen Kräfte dargestellten Mächte und des liberalen Bürgertums. Dieses hielt sich für den Stand, der allein imstande wäre, den preußischen und deutschen Staat einer sicheren Zukunft entgegenzuführen. Das galt für die Innen- und Außenpolitik. Beides wurde im engsten Zusammenhang gesehen. Die liberale Innenpolitik in Preußen sollte dieses zur Erfüllung der nationalen Wünsche fähig und damit Deutschland stark und unabhängig nach außen machen. Dies war der Inhalt der Hoffnungen, wie sie dem liberalen Bürger vorschwebten.

Von hier aus gesehen stellt sich uns der Kampf um Heer und Verfassung letztlich als ein Ringen um die Vormacht im Staate und zugleich für den Staat dar, dem dann allerdings jede Partei einen anderen Inhalt geben wollte, genauer: Es ging um die Entscheidung, ob der Schwerpunkt der Macht beim Königtum und den konservativen Kräften oder beim liberalen Bürgertum liegen sollte.

In dieser Auseinandersetzung nahmen die **Altliberalen** eine ganz besondere Stellung ein. Sie waren Liberale und teilten als solche deren Forderungen und Hoffnungen. Sie zeigten aber von vornherein, wie wir im ersten Kapitel sahen, ein größeres Verständnis für den bestehenden preußischen Staat und rechneten viel mehr mit den konservativen Kräften als die übrigen Liberalen, die erst nach der parteipolitischen Niederlage von 1866 dazu gezwungen wurden.

Im Jahre 1860/61 besaßen die Altliberalen noch die Mehrheit im preußischen Abgeordnetenhause. Wenn es doch zu Streitigkeiten mit der Regierung kam, so war neben der Rücksicht auf die wesentlich radikalere Wählerschaft das Temperament Vinckes und die Regierung selbst daran schuld. Von vornherein arbeiteten Regierung und liberale Mehrheit nicht genügend zusammen. Von der bevorstehenden Heeresreform wurde die Partei nicht rechtzeitig unterrichtet[1]); nicht einmal der Parteiführer Vincke wußte darum[2]). Die Fraktion hatte darum zur Behandlung der Reformvorlage keinen Plan[3]), und die Sachlichkeit der Diskussion litt zuweilen darunter. In der Kommission hatte Vincke einen heftigen Zusammenstoß mit dem Kriegsminister wegen der Zurücksetzung bürgerlicher Offiziere.

Doch gelang es, für das Jahr 1860 noch einmal die Schwierigkeiten durch ein Kompromiß zu überwinden, indem die Abgeordneten die Mehrkosten für ein Jahr bewilligten und die Regierung ihren Entwurf zurückzog. Vincke glaubte in Verkennung der Sachlage, diesen Ausgang als „Sieg" über die Regierung feiern zu dürfen, da sie einem „bloßen Kommissionsentwurf gewichen" sei[4]). Wie Vincke glaubte die Mehrheit die Regierung „kontrollieren" zu müssen. Ausschlaggebend war die Erwägung, daß sie nicht ministerielle Partei im englischen Sinne und die Regierung ja von des Königs Gnaden berufen sei[5]). Trotz aller Anläufe zur Opposition wollte Vincke aber auf jeden Fall einen Bruch mit der Regierung vermeiden[6]), und im Grunde dachte damals wohl keiner in der Fraktion daran, die Regierung im Stiche zu lassen.

Im Lande war die Begeisterung für die Neue Ära schon sehr abgekühlt. Allerdings war man um diese Zeit noch geneigt, den Grund für die geringen Erfolge in erster Linie bei der Regierung und dem Widerstand des Herrenhauses zu suchen. Die Grenzboten als das Organ, das am besten die Ansicht des liberalen Durchschnitts-

---

[1]) Grenzboten (Gb) 1861, IV, S. 444. — Baumgarten, der deutsche Liberalismus. Eine Selbstkritik. Hist. u. politische Aufsätze und Reden, S. 133,141.
[2]) Bernhardi III, S. 318.
[3]) ebd. S. 285.
[4]) ebd. S. 340/41.
[5]) Vgl. Gb. 1860 I, S. 446. — Bernhardi III, S. 313.
[6]) ebd. S. 298.

bürgers zum Ausdruck bringt — der weitere Verlauf dieser Untersuchung wird das immer wieder zeigen —, forderten darum von der Regierung und dem Abgeordnetenhaus, daß die Halbheiten aufhörten[1]).

Anders urteilten dagegen einige Mitglieder der altliberalen Partei, die aber meist nicht dem Abgeordnetenhause angehörten. Es sind die Professoren und Historiker Sybel, Rößler, Duncker, Droysen, Treitschke, Bernhardi. Auch sie forderten Schluß mit den Halbheiten, aber in anderer Richtung. Die Abgeordneten sollten sich nämlich entschieden ministeriell einstellen. Sybel, der gerade von München nach Bonn berufen war, hielt die Haltung der Abgeordneten für einen „Mangel an Disziplin, den die Minister eigentlich gar nicht dulden müßten"[2]). Häußer spottete über die „ohnmächtigen Oppositionsgelüste" der liberalen Fraktion[3]). Der Jurist Beseler, ganz Freund der Heeresreformvorlage, war mit der Vinckeschen Führung nicht einverstanden und legte 1861 sein Mandat nieder[4]). Der Publizist Rößler, seit 1860 nach Berlin übergesiedelt, legte in der Flugschrift „Die liberale Partei seit der Regentschaft" seinen und damit auch wohl den Standpunkt dieser Gruppe dar. Die Opposition darf nicht bloß kritisieren, sondern soll die ministeriellen Gesichtspunkte, die den Bedürfnissen des Landes entsprechen, teilen. Echt altliberal und bezeichnend für den aristokratischen Charakter der Altliberalen ist die Forderung, daß die Abgeordneten die öffentliche Meinung erziehen und umbilden müßten[5]). Eigenartig war die Stellung Bernhardis. Er fühlte sich — immer wieder ist es in seinen aufgezeichneten Gesprächen zu bemerken — als Diplomat und Taktiker. Sein Ziel war, die Regierung zu großen Taten vorzutreiben und die Abgeordneten für die restlose Zustimmung zur Heeresreform zu gewinnen. Dabei spielte er den einen Teil gegen den andern aus. Seine Sympathien lagen jedoch mehr bei der Regierung, mit der er durch Roon und Duncker persönliche Beziehungen hatte. Er war mit Duncker von der Unfähigkeit des Abgeordnetenhauses überzeugt[6]).

Diese Gruppe war von jeglicher Populatritätshascherei frei und sich bei der Bildung ihres politischen Urteils nur sich selbst und dem Staate verantwortlich. Erklärlich wird dieser hohe Grad von Einsicht in die wirklichen Möglichkeiten des Parlamentes aus der

---

1) Gb. 1860, II, S. 77 ff., S. 247/48.

2) Bernhardi III, S. 313; vgl. Westphal, S. 138.

3) Bernhardi, S. 308. Ebenso Droysen an Sybel, 28. XII. 60, Droysens Briefw. S. 719.

4) Hübner über Beseler, A. D. B., 46, S. 464.

5) Ebenso die Flugschrift Wehrenpfennigs „Die äußere Politik des Abgeordnetenhauses und die Militärvorlage. Ansprache eines Wahlmanns an die Wähler", S. 62. Im übrigen sagt der Titel für die Tendenz der Flugschrift genug. — Wehrenpfennig als Verfasser, Westphal, S. 139, Anmerkung 4.

6) Bernhardi III, S. 322.

eigenen praktischen Erfahrung in der Politik, die sich z. B. ein Duncker und Droysen in der Paulskirche erworben hatten, und der wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Geschichte, die die Relativität des menschlichen Geschehens enthüllt. Außerdem waren die Männer dieser Gruppe durch ihre persönlichen Beziehungen zur Regierung von deren Schwierigkeiten unterrichtet und wußten besonders, daß des Regenten extrem-konservative persönliche Ratgeber über diesen wieder Gewalt gewinnen würden, wenn sich die Liberalen in der Heeresreformfrage unzuverlässig zeigten[1]). Das soll jedoch nicht bedeuten, daß diese Männer aus taktischen Gründen oder resigniert die vorbehaltlose Annahme der Heeresreform und deshalb die ministerielle Einstellung empfohlen hätten.

Denn die sachliche Notwendigkeit der Heeresreform, wie sie die Regierung wollte, stand für sie fest. Droysen und Sybel meinten in ihren Briefen, daß die gegenwärtige politische Lage gebieterisch die Rüstung verlange[2]) Darum dürfe die Heeresreform „um keinen Preis in Gefahr kommen oder verkürzt werden," schrieb Droysen an Duncker[3]). Bernhardi und Rößler schrieben zur Vertretung dieses Standpunktes je eine Flugschrift[4]), um die Zustimmung der Abgeordneten zu gewinnen. Sie begründeten ihren Standpunkt in erster Linie mit geschichtlichen, militärtechnischen und finanziellen Erwägungen. Bei Rößler kam die politische Seite noch insofern zur Geltung, als er die Liberalen auf die glänzende Möglichkeit hinwies, durch Bewilligung der Reform das Heer für das konstitutionelle System zu gewinnen.

Diese Flugschriften erreichten aber nicht die gewünschte Wirkung. Zu Bernhardis größtem Ärger stimmte eine schon vor dem Erscheinen der erwähnten Flugschrift von ihm gedruckte Denkschrift desselben Inhalts und mit derselben Zielsetzung nur den Prinzregenten und seine Umgebung freudig[5]). Nur der Abgeordnete Simson ließ sich, soweit bekannt, gewinnen[6]).

Daß Duncker als Mitarbeiter der Regierung für die Regierungsvorlage eintrat, ist klar. Er verlangte die Rechtfertigung der Heeresreform durch den Einsatz des Heeres in Schleswig-Holstein. Da sich jedoch unter der allzu bedächtigen und ängstlichen Leitung des

[1]) Vgl. die von Baumgarten, der deutsche Liberalismus, S. 131, wiedergegebene Äußerung Manteuffels: „wären die Liberalen geschickt, sie würden uns mittelst der Militärfrage für immer vom Ruder verdrängen.

[2]) Droysen an Sybel, 5. II. 60, Droysens Briefw. S. 660. Sybel an Droysen, 22. II. 60, ebd. S. 665.

[3]) 12. II. 61, ebd. S. 730.

[4]) „Die Reform der Heeresverfassung" und „Für die Heeresvorlage. Von einem Liberalen."

[5]) Bernhardi III, S. 261 ff.

[6]) Simson, Erinnerungen, S. 356.

Außenministers Schleinitz eine derartige Tat nicht erwarten ließ, forderte er in einer Denkschrift dessen Rücktritt, doch ohne Erfolg[1]).

In ähnlicher Weise klagten Sybel und Duncker über die „Schlummerseligkeit" der gegenwärtigen Außenpolitik[2]).

Eine Mittelstellung zwischen dieser regierungsfreundlichen Professoren- und Historikergruppe und der kritischer eingestellten Abgeordnetenhausmehrheit nahmen die Preußischen Jahrbücher ein. Ein Angebot Bernhardis, einen Artikel zur Verteidigung der dreijährigen Dienstzeit zu schreiben, lehnte Haym ab[3]). Denn die Preußischen Jahrbücher, die von dem (relativen) Recht der Gegensätze überzeugt, diese zu einem schöpferischen Ausgleich führen wollen, konnten sich nicht mit einer rein sachlichen Begründung begnügen. Ohne Entgegenkommen in der inneren Politik und ohne eine auf die Erringung der deutschen Einheit klar abzielende Außenpolitik schien ihnen die Heeresreform nicht dem Ganzen dienen zu können. In der Besprechung von Wehrenpfennigs Flugschrift (vgl. oben S. 15, Anmerkung 5) forderten sie als Entgelt für die Vorschläge der Regierung zuvor „tapferen Willen der Regierung[4])". Die Regierung soll also irgend etwas tun, um die Vorlage vor dem Volke zu rechtfertigen. In gleicher Weise wie bei Duncker wurde besonders in der Außenpolitik eine Initiative erwartet; nur so lasse sich ein erhöhtes Militärbudget rechtfertigen[5]). Die geforderte und vermißte Initiative betraf die Lösung der deutschen Frage. Preußen sollte in diesem Sinne mit den anderen deutschen Regierungen auf dem „Boden des Rechts" die deutsche Einigung betreiben. Das preußische Heer sollte dieselbe nach außen sicherstellen. Diese Einstellung erinnert an die Gedanken, welche im Nationalverein lebendig waren. Sybel dagegen rechnete mit der Möglichkeit, daß sich Preußen mit der nichtpreußischen deutschen Bevölkerung gegen deren Dynastien verbindet; Cavours Bild schwebt ihm vor[6]). Diesen italienischen Weg zur Einigung lehnten aber die preußischen Jahrbücher damals noch ab[7]). Erst als Duncker ein Jahr später die Korrespondenzen schrieb, fand sich in ihnen eine größere Betonung des Machtstandpunktes.

Die Männer der Professoren- und Historikergruppe beherrschte ein starkes Gefühl für den Machtcharakter der deutschen Frage. Doch auch die übrigen Liberalen sahen die Möglichkeit einer kriegerischen

---

[1]) Haym, Duncker, S. 210 ff.

[2]) Sybel an Droysen, 3. VI. 60, Droysens Briefw. S. 687 Droysen an Sybel, 28. XII. 60, ebd. S. 718.

[3] Bernhardi III, S. 304, Anmerkung.

[4]) P. J. V., S. 607.

[5]) ebd. S. 301 ff., Einzelheiten vgl. Westplal, S. 140 ff. — Ähnlich Gb. 1860 I, S. 488.

[6]) Sybel an Droysen 22. II. 60, Heyderhoff, S. 48.

[7]) VI, S. 84.

Verwicklung beim Versuch, die deutsche Frage zu lösen. Frankreich galt als der Gegner, eine Befürchtung, der durch die erfolgte Besitznahme Savoyens und Nizzas neue Nahrung gegeben wurde. Ein starkes Gefühl für die Bedrohtheit der deutschen und europäischen Lage war vorhanden. Trotz dieser oder gerade aus dieser Erkenntnis zog die Masse der Liberalen die Folgerung, daß für die Zustimmung zur Heeresreform liberale Garantien zu verlangen seien, da nur so die Einheitlichkeit des Staatswillens möglich sei. Die Mitglieder der Professoren- und Historiker-Gruppe dagegen forderten durchweg von den Abgeordneten zuerst die Bewilligung der Heeresreform als Voraussetzung einer energischen Außenpolitik. Man kann nicht zugleich liberale Politik fordern und die Herabsetzung militärischer Machterweiterung betreiben, hielt Wehrenpfennig in der erwähnten Broschüre den Abgeordneten vor, die von den treffenden Formulierungen über den Machtcharakter der deutschen Frage durchzogen ist.[1])

Es ist also nicht richtig, wenn man die von den Altliberalen mitgetragene Neue Ärä ohne weiteres mit dem Begriff der „moralischen Eroberungen" gleichsetzt. Die angeführten Beispiele zeigen, daß bei maßgebenden altliberalen Persönlichkeiten, die Fühlung und Zugang zur Regierung hatten, sich bereits viel Verständnis für die Gesetze einer Machtpolitik fand.

Alle diese Beobachtungen dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß keiner der bisher behandelten Liberalen schon an den Weg Bismarcks, der auch nicht vor dem Kampf Deutscher gegen Deutsche zurückschreckte, gedacht hätte. Darum muß Treitschkes Stellung besonders behandelt werden. Sein radikaler Unitarismus und preußisch-annexionistischer Standpunkt[2]) trennte ihn von allen Parteifreunden. Mit diesen bejahte er die Heeresreform, beklagte aber auch wie Duncker den Mangel an außenpolitischer Kraft bei der preußischen Regierung. Schuld daran war ihm die „große Partei von Leisetretern in der preußischen Kammer"[3])!

Treitschke vermißte also bei der liberalen Fraktion besonders die außenpolitische Linie, den Mitgliedern der Professoren- und Historikergruppe war in erster Linie die zurückhaltende Stellung zur Heeresreform ein Stein des Anstoßes. Und doch fragt es sich, ob die harten Urteile aus diesen Kreisen über das liberale Abgeordnetenhaus wirklich zu Recht bestehen. Das Gegenteil geht schon aus dem Beschluß hervor, der die geforderten Gelder bewilligte und zur Be-

---

[1]) „nur durch Erweise unserer militärischen Macht, durch Taten, durch Kriege können wir es heute in Deutschland zu etwas bringen." „Die deutsche Frage bedeutet den Krieg; sie ist ein gordischer Knoten", der „militärisch zerhauen werden muß".

[2]) An Nokk, 3. II. 60, Briefe II, S. 75; vgl. Hjelholt, Treitschke und Schleswig-Holstein, S. 20 ff.

[3]) An Bachmann 24. XII. 60, Briefe II, S. 119. An Haym 24. XII. 60, ebd. S. 116 klagte über den Mangel einer kühnen Außenpolitik.

gründung ausdrücklich auf den unsicheren Frieden in Europa im Hinblick auf den eben beendeten Krieg und die hessische und schleswig-holsteinische Frage hinwies[1]),

Im Ergebnis berührten sich also die Mitglieder der Professoren- und Historikergruppe mit dem von ihnen stark kritisierten Abgeordnetenhause. Sie unterschieden sich voneinander tatsächlich nur in der Methode.

Erstere waren bemüht, mit Hilfe ihrer persönlichen Beziehungen die Regierung zu drängen, auf dem Weg des Liberalismus zur Lösung der deutschen Frage fortzuschreiten. Zugleich suchten sie in Rede und Schrift die Abgeordneten für die Regierungsvorlage zu gewinnen. Denn die Richtigkeit derselben stand ihnen, wie gesagt, schon damals fest. Für unseren Zusammenhang ist beachtlich, wie realpolitisch schon 1860 in diesem Kreise gedacht wurde. Unter Realpolitik verstehen wir die richtige Einschätzung der wahren Kräfteverhältnisse, die Bejahung der Staatsnotwendigkeiten und das Handeln nach diesen Erkenntissen.

Die Abgeordneten dagegen wollten nicht einfach ministerielle Partei sein und suchten ihre Unabhängigkeit zu wahren. Ferner waren sie, wie erwähnt, durch die Stimmung des Wählers im Lande gebunden, der greifbare Erfolge sehen wollte, und, wenn sie sich nicht gleich einstellten, kein Verständnis für die durch die Heeresreform erhöhten finanziellen Forderungen aufbrachte. Besonders lagen ihm innenpolitische Reformen am Herzen (Zivilehe, Grundsteuergesetz, Reinigung des dem Ministerium des Innern unterstellten Beamtenkörpers im Sinne einer liberalen Personalpolitik). Darum forderte das Abgeordnetenhaus unablässig liberale Reformen. Aber auch die Gruppe um Bernhardi, Droysen, Duncker usw. forderte das Gleiche. Doch wollten letztere bei der Auseinandersetzung über diesen Punkt höchstens zulassen, ein „ernstes Wort" mit dem Herrenhause zu sprechen[2]), auf keinen Fall eine Gefährdung oder Verkürzung der Heerreform selbst.

Trotz aller Kritik im einzelnen herrschte im Jahre 1860 unter den Abgeordneten wie in der ganzen liberalen Partei eine durchaus maßvolle Stimmung. Wenn auch nicht immer ein volles Verständnis für die schwierige Lage bestand, in welcher sich das Ministerium, das auf der einen Seite mit dem Abgeordnetenhause und andererseits mit dem Mißtrauen des Regenten rechnen mußte, bestand, so war man

---

[1]) Die Aussage Karl Vinckes, des Bruders des Fraktionsführers: Die Kammermehrheit denkt nicht über die Landesgrenze hinaus (Bernhardi III, S. 285), fiel im März, als die Auseinandersetzung in der Kommission die scharfe Form angenommen hatte.

[2]) Droysen an Roßmann 9. III. 60, Droysens Briefwechsel S. 671

doch bereit, die Fortschritte der Neuen Ära anzuerkennen, sich in Geduld zu wappnen und auf weitere Fortschritte zu warten[1]).

Drittel Kapitel. Die Auseinandersetzung der (alt)liberalen Partei mit der Fortschrittspartei

a) Die (alt)liberale Partei bis zu den Wahlen am 6. XII. 1861

Da auch im Jahre 1861 von größeren Erfolgen für die liberale Sache wenig zu spüren war und das Herrenhaus weiter alle dahingehenden Ansätze im Keime zu ersticken drohte, wuchs die Unzufriedenheit bei den Wählern im Lande noch mehr. Die Wahl von Schultze-Delitzsch und Waldeck war ein Ausdruck dieser Stimmung. Sie griff damit auch auf das Abgeordnetenhaus über. Hier schloß sich eine Gruppe von Unzufriedenen zusammen, die bald aus der großen liberalen Partei austrat und sich im Juni als die „Deutsche Fortschrittspartei" konstituierte. Eine ganze Reihe bedeutender Männer wie Mommsen, Virchow, Unruh und Twesten traten ihr bei.

Das Programm[2]) enthielt zunächst eine Reihe innenpolitischer Forderungen, die den Wunsch nach einer entschiedenen Liberalisierung ausdrückten. In der Heeresreformfrage trat es ein für „größte Sparsamkeit" und „Aufrechterhaltung der Landwehr". Bezüglich der deutschen Frage bewegten sich die Forderungen der Fortschrittspartei als der „Exekutive des Nationalvereins in Preußen" (Schultze-Delitzsch) in dessen Geleisen.

Damit war schon eine Abgrenzung gegen den Liberalismus der preußischen Regierungskreise gegeben. Trotzdem wollte die Fortschrittspartei der Regierung nicht prinzipielle Opposition machen. Im Gegenteil, sie gedachte ihr durch „entschiedenes Auftreten" eine Stütze gegen die Krone zu sein[3]). Sie war weder prinzipiell heeresfeindlich[4]) noch demokratisch[5]), wie schon die unentschiedene Stellung zum Wahlrecht zeigt.

---

[1]) Vgl. P. J., S. 8 verlangten „männliche Gewöhnung", „welche Zwecke und Mittel nüchtern erwägt, welche ihre Befriedigung nicht darin findet, Großes zu erstreben, sondern Kleines zu vollbringen". — Gb. 1860, IV, S. 435 ff. stellten Fortschritte fest, wünschten aber Entschlossenheit in der Reform des Herrenhauses.

[2]) Text Mommsen-Franz, S. 115 ff.

[3]) Parisius, S. 46. Aus Laskers Nachlaß, S. 23.

[4]) Vgl. Ziekursch, Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches I, H. 53 ff.

[5]) ebd. S. 52, 62. — Wenn sich der Fortschrittspartei auch eine Reihe von Demokraten anschlossen, so hatten diese als solche zunächst kaum Einfluß; selbst während des heißen Kampfes im Jahre 1862 betrug die Stärke der radikalen Gruppe nicht mehr als ein Drittel der ganzen Fraktion; Sybel an Baumgarten 11. VI. 62, Heyd. 97.

Die Altliberalen — so nannte man von jetzt an die nicht der Fortschrittspartei beigetretenen Liberalen — hatten nunmehr nach zwei Seiten ihre Position zu behaupten. Einmal mußten sie verstärkt ihren Einfluß auf die Regierung geltend machen, und zum andern galt es die Angriffe der Fortschrittspartei zurückzuweisen. Dabei war das erste wichtiger, da bei einer energischen Regierung den Angriffen der Boden entzogen wäre. Aber gerade hier lagen die Verhältnisse äußerst ungünstig. Die Stellung der Regierung zur deutschen und anderen für den Liberalismus wichtigen Fragen blieb äußerst zurückhaltend. In der Behandlung der schleswig-holsteinschen, der kurhessischen sowie der italienischen Frage (Anerkennung des neuen Italiens) sowie in der Personalpolitik Schwerins stellte man weiter klagend den Mangel an Initiative fest[1]) Und dabei konnte nur straffes Durchgreifen in der Innen- und Außenpolitik der Heeresreform bei den Abgeordneten zum Siege verhelfen. Besonders Bernhardi und Duncker sprachen es immer wieder aus und wirkten in diesem Sinne[2]). Aber wie konnten diese Bemühungen in einer Zeit Erfolg haben, in der der König seinen Ministern sich immer kritischer gegenüberstellte und mit mißtrauischem Blick sah, wie die Demokraten sich regten[3]).

So kam die altliberale Fraktion ins Gedränge. Auf der einen Seite sollte sie eine Regierung unterstützen, die die Erwartungen und Hoffnungen ihrer Wähler enttäuscht hatte und der auch weiterhin die Hände gebunden zu sein schienen. Andererseits mußte sie ihr Eigenrecht gegen die Fortschrittspartei wahren, ohne jedoch dieser etwas Entscheidendes entgegensetzen zu können. Ein Teil der Fraktion zog daraus die Forderung, mit den „Junglithauern"[4]) zusammen der Regierung Opposition zu machen. Er stimmte darum gegen das Kühnesche Kompromiß in der Heeresreformvorlage, das im ganzen denselben Inhalt hatte wie im vorigen Jahre. Der andere Teil mit Vincke erzielte aber noch einmal eine knappe Mehrheit und nahm den Antrag Kühne, der auch der Regierung genehm war, an. Doch war Vinckes Stellung in der Partei erschüttert. Die kritische Haltung, mit der er bis jetzt der Regierung gegenübergestanden hatte, ohne jedoch daran zu denken, ihr letztlich unüberwindliche Schwierigkeiten zu bereiten, richtete sich nunmehr gegen ihn selbst. Es wurde ihm mangelnde Folgerichtigkeit vorgeworfen, von denen einen deshalb, weil er die unbedingte Opposition scheue, von den andern wurden seine Ungeschicklichkeiten und Temperamentsaus-

---

[1]) Vgl. P. J. VII, S. 165 ff, S. 263/64; Gb. 1861 II, S. 155.

[2]) Bernhardi IV, S. 101 ff, 161/62.

[3]) ebd. S. 100. — Der König wurde wieder von seinem „reaktionären Hof" bedrängt. ebd. S. 107.

[4]) So nannte Vincke spöttisch die Abgesplitterten, weil zu ihnen viele Ostpreußen gehörten.

brüche kritisiert; zur letzteren gehörten natürlich Bernhardi und seine Freunde[1]). Vincke nahm für die nächsten Wahlen kein Mandat an. Seine Lust am Provozieren des Gegners hatte sich diesmal auf die entstehende Fortschrittspartei gerichtet. Mit Waldeck hatte er einen Streit über den Begriff „Untertan“ gehabt, in dem seine eigenen Parteifreunde von ihm abrückten. Der Freiherr von Fincke hatte sich in einen geradezu bissigen Haß gegen die „Demokraten“ gesteigert; etwas anderes vermochte er in der Fortschrittspartei nicht zu sehen.

Die Fortschrittspartei hatte also schon eine beträchtliche Verwirrung bei den Altliberalen gestiftet, bevor sie offiziell ins Abgeordnetenhaus einzog. In dieser Zerrissenheit konnte diese Partei schwerlich einen erfolgreichen Wahlkampf ausfechten. Bevor jedoch davon die Rede sein soll, ist es nötig, die Stellung der nicht zur Fraktion gehörigen Kreise darzustellen. Da diese meist ohne taktische Rücksichten ihr Urteil aussprechen, ist bei ihnen die prinzipielle Haltung der Altliberalen besser zu erkennen.

Von vornherein wird man auf Grund des früher Gesagten annehmen dürfen, daß sie im ganzen viel regierungsfreundlicher waren. Dennoch schwankte auch bei ihnen die Stellung zur Fortschrittspartei von verständnisloser Ablehnung bis zur wohlwollenden Behandlung.

Mit Vincke sah auch Bernhardi in der Fortschrittspartei nur „Demokraten“. Das bezeugen fast alle Äußerungen, die sich mit ihr befassen.

Sachlich stimmte ihm Duncker darin zu. Dennoch begrüßte er zunächst die neue Parteibildung, weil dadurch die Demokraten gezwungen seien, real zu denken. Der prinzipielle Unterschied zu den Altliberalen bleibt dabei bestehen[2]). Für diese ist es sogar ganz gut, „wenn sie von den Demokraten und Feudalen gehörig flankiert sind,“ meinte er[3]). Die bewußt mittelparteiliche Haltung fällt auf! Das Programm der Fortschrittspartei bekämpfte er natürlich: denn Preußen wird nicht die „parlamentarischen Siebenmeilenstiefel“ anziehen oder sich gar zugunsten der Einheit auflösen[4]). Es bleibe dahingestellt, ob Duncker die Absichten der „deutschen Fortschrittspartei“ richtig beurteilte; für uns spiegelt sich in diesen kritischen Bemerkungen ein Stück seiner eigenen Lebenserfahrung und sein tiefes Preußentum wieder. — Dunckers macht- und realpolitisches Denken in der Außenpolitik mögen einige weitere Stellen dartun:

Er begrüßte den außenpolitischen Ernst der Twestenschen Bro-

---

[1]) Bernhardi IV, S. 158/59. Saucken über Vincke: „Nicht bloß die Partei hat sich vollständig ruiniert, sondern innerhalb der Partei hat Vincke auf das Vollständigste bankrott gemacht!“ ebd. S. 138.

[2]) P. J. VIII, S. 84, 87, 418.

[3]) An Roggenbach 4. VII. 61, Dunckers Briefwechsel, S. 285.

[4]) P. J. VIII, S. 88.

schüre „Was uns noch retten kann". Jedoch hatte er schon erkannt, daß die dort geforderte „moralische Rüstung" ungenügend ist und der Ergänzung durch die militärische bedarf[1]). Verfassungs- und Militärstaat gehören ihm zusammen, und die deutsche Frage ist ihm eine Machtfrage[2]). Bezüglich der Außenpolitik führte er aus, daß es hier nicht auf „Sympathien und Velleitäten", sondern auf „bestimmte Positionen und klare Ziele" ankomme und daß Preußen seine Allianzen suchen müsse, „wo man bereit ist, seine Interessen zu fördern"[3]). Überhaupt hat nach ihm die Politik die Pflicht, immer die nächstliegenden Aufgaben in Angriff zu nehmen; sie darf nicht konstruierte Wünsche verwirklichen wollen. So kam Duncker zur positiven Würdigung des Kompromisses, den er als das Wesen der Politik beschrieb[4]).

Gerade in dem Augenblick, als sich bei den besten Köpfen der altliberalen Partei eine so nüchterne und zugleich so zutreffende Erfassung des Wesens und der Aufgaben der Politik durchsetzte, sahen diese Männer durch die eben gegründete Fortschrittspartei das Ergebnis ihrer Erfahrungen in Frage gestellt. Die Fortschrittler drohten durch ihr Drängen alles zu vernichten. Was nützten jetzt einem Altliberalen wie Duncker seine in der Zeit der Mitarbeit bei der Regierung und sonst gewonnenen Erkenntnisse, wenn keiner davon Gebrauch machen wollte? So blieb diesen Altliberalen schließlich nichts anderes übrig, als die Fortschrittler mit allen Mitteln zu bekämpfen.

In dem offiziösen Presseorgan, der sogenannten „Sternzeitung", wurde unter Wehrenpfennig der Kampf aufgenommen: Auch hier wurde der Kompromiß als die einzige Möglichkeit erfolgreichen politischen Handelns beschrieben. Das Abgeordnetenhaus hat zunächst praktische Arbeit zu leisten und immer die Folgen bei allen Abstimmungen zu erwägen[5]). Dasselbe gilt für die Opposition[6]), denn das Abgeordnetenhaus ist kein „politischer Klub, sondern eine der größten Staatsgewalten"[7]).

Es erscheint uns verständlich, daß Wehrenpfennig mit einer solchen professoralen Belehrung, die dazu noch aus einem Regierungsorgan kam, keine großen Wirkungen erzielte. Es ist aber aus den Leitartikeln zu ersehen, worum es in dem Wahlkampf ging: Um ein „entschiedenes" Abgeordnetenhaus. Die Wahlparole der

---

[1]) P. J. VII, S. 570. Unter „moralisch" verstand der damalige Sprachgebrauch oft nichts anders als Beförderung des wirtschaftlichen Fortschritts.

[2]) ebd. VIII, S. 526. Ebenso D. an Sybel 18. XI. 61, Heyd., S. 71. Sybel stimmt zu, an Duncker 27. XI. 61, Dunckers Briefw., S. 301.

[3]) P. J. VIII, S. 416. vgl. Westphal, S. 160.

[4]) P. J. VIII, S. 642.

[5]) Leitartikel 15. XI.

[6]) „ 26. XI.

[7]) „ 28. XI.

Regierung gegen Reaktion und Demokratie[1]) verfing nicht; ebenso-wenig das Regierungsprogramm, das bei Ablehnung einer Schmälerung der Monarchie versprach, die Verheißungen der Verfassung zu erfüllen wie einen Städte- und Kreisordnungsentwurf vorzulegen. — Das innenpolitische Interesse stand bei diesem Wahlkampf im Vordergrund; in der Außenpolitik erhoben sich nur wenige über unbestimmte und unklare Vorstellungen. Die altliberale Partei entfaltete nur eine geringe und uneinheitliche Propaganda, während die Fortschrittspartei ein Zentralwahlkomitee bildete und mit einem von Twesten verfaßten „Aufruf" vor die Wähler trat. Wie sollte das auch bei der Zerrissenheit möglich gewesen sein? Sie begnügte sich damit, einen langen Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit des letzten Landtags in den Preußischen Jahrbüchern abdrucken zu lassen[2]), der auch in Broschüreform erschien. Zunächst wurde hier erklärt, daß „Regierungspartei" nicht ministerielle Partei heiße; die Regierungspartei hat in erster Linie „die Interessen des Volkes zu vertreten." Doch hat sie sich immer zu fragen, „ob sie, wenn sie an der Stelle der Regierung stände, die von ihr gefaßten Beschlüsse nach Lage der Umstände zum Wohle des Landes auszuführen imstande wäre", und sie muß sich bei Wahrung des Prinzips mit kleinen und teilweisen Erfolgen begnügen. Dann wird die „entschieden liberale Partei" bekämpft. Der Unterschied zu ihr liege nur „in den Mitteln". Hier besteht ein Unterschied zu Duncker! Die nun folgenden Einzelheiten suchen die Verdienste und Fortschritte der Neuen Ära herauszustellen. In der Stellung zur Heeresreformfrage wird zur Begründung auf die außenpolitische Notwendigkeit hingewiesen, doch soll aus finanziellen und politischen Gründen (z. B. anmaßendes Verhalten adeliger Offiziere) „Maßhalten" geübt werden.

Als Ergebnis ist festzustellen, daß die Preußischen Jahrbücher trotz einiger Konzessionen an die Wählerstimmung die regierungsfreundliche Haltung behielten. Etwas anderes ist ja auch bei einer Zeitschrift nicht zu erwarten, deren Mitarbeiter Wehrenpfennig und Neumann Hilfsarbeiter im Ministerium waren. Duncker war übrigens schon seit Mitte 1860 aus dem Staatsdienst ausgeschieden und Berater des Kronprinzen geworden, was natürlich seinen Beziehungen zur Regierung keinen Abbruch tat.

Die Altliberalen hatten also in diesem Wahlkampf die Stellung einer an der Regierung beteiligten Partei, die teils ohne teils durch eigene Schuld die schwierige und unangenehme Aufgabe hatten, den

---

[1]) Schwerin warnte in einem Rundschreiben vor den „extremen, sowohl reaktionären als demokratischen Richtungen" und vor den „Bestrebungen der sogen. Fortschrittspartei."

[2]) P. J. VIII, S. 315 ff. Der Verfasser dürfte auf Grund stilistischer und sachlicher Eindrücke Wehrenpfennig sein. — Auf jeden Fall decken sich die dort ausgeführten Gedanken in entscheidenden Punkten mit denen der „Sternzeitung" (vgl. oben S. 23).

Wählern den Grund der mangelnden Erfolge klarzumachen. Die an sich richtige Erkenntnis, daß es in der Politik nicht ohne Kompromiß abgeht, konnte in dem Augenblick keine Wirkung ausüben, in dem keine sichtbare Gegenleistung für den geforderten Verzicht in Aussicht gestellt werden konnte, wie etwa 1866 bei der Annahme der Indemnität.

Für unseren Zusammenhang ist diese sich schon jetzt zeigende Bereitschaft zum Kompromiß beachtlich. Die Neue Ära ist eben die Vorbereitung der Nationalliberalen Partei (vgl. oben S. 3, Anmerkung 2)! Die hier gewonnenen Erkenntnisse wirkten sich dort aus.

Ebensowenig nützte im Jahre 1861 der Appell an das Staatsgefühl, der bei den Altliberalen auf Grund ihrer ganzen Einstellung fraglos nicht nur als taktischer Ausweg gemeint war.

Aber vielleicht hätte ein klares Geltendmachen dieses Standpunktes doch seine Wirkung haben können, wenn die Altliberalen entschlossen und geschlossen vor die Wähler getreten wären. Aber hier zeigte sich gerade ihre Schwäche. Sie besaßen nicht den Willen, ihre Kräfte rückhaltslos zusammenzufassen. Jede Persönlichkeit und jeder Kreis trieb seine eigene Politik. Von den altliberalen Presseorganen sprachen lediglich die Grenzboten aus, was den Wähler bewegte. Und diese hielten sich stark trotz einiger Einschränkungen zur Fortschrittspartei[1]). Die anderen altliberalen Stimmen hatten zwar oft die richtigen Einsichten, aber nicht genügend Einsatzwillen. Die Partei ging vielmehr „in aufgelösten Reihen in die Wahlschlacht"[2]).

So wird der für die Altliberalen ungünstige Wahlausfall begreiflich. Die Fortschrittspartei errang 109 Sitze, das linke Zentrum 52. Die Altliberalen sanken von 141 auf 95 Sitze, von denen noch die der gemäßigt-konservativen Fraktion Matthis, mit der sie sich jetzt vereinigten, abzuziehen sind. Als prominente Vertreter ragten unter den neu Gewählten Virchow und Twesten hervor, während eine Reihe angesehener Altliberaler wie der Führer Vincke, Beseler und Duncker fehlten.

b) Die Altliberalen bis zum Ende der Neuen Ära

Trotz der zusammengeschrumpften Anzahl war die altliberale Fraktion nicht einheitlich. In ihr waren ja gemäßigte Konservative und solche Liberale, die mit der Fortschrittspartei sympathisierten, zusammengeschlossen. Letztere waren nicht so regierungstreu wie der größte Teil der früheren Fraktion Vincke[3]).

Auch machte die Führerfrage Sorge. Duncker suchte Sybel als Führer für die Altliberalen zu gewinnen; dieser und Saucken sollten

---

[1]) 1861, IV, S. 315 ff.
[2]) Baumgarten, S. 165.
[3]) Parisius, S. 52.

das „rechte Zentrum“ bilden[1]). In gleichem Sinne suchte J. Schmidt auf Sybel einzuwirken[2]). Sybel lehnte jedoch ab, da er nur bei entschlossenem Vorgehen der Regierung in der deutschen Frage ministeriell sein wollte und nur so die Möglichkeit sah, den großen Militäretat zu rechtfertigen; umgekehrt stand bei ihm aber ebenso fest, daß nur mit einem solchen eine energische Außenpolitik getrieben werden könnte[3]). Den König hielt er für reaktionär umstrickt und damit ungeeignet, die deutsche Einheit zu befördern[4]). Darum schenkte er seiner Regierung kein Vertrauen und ging zur Opposition.

Aus der Stellung Sybels geht hervor, daß man bis weit in die altliberalen Kreise der Regierung mit starker Zurückhaltung bis zum Mißtrauen und der Fortschrittspartei mit Wohlwollen gegenüberstand. Die Wahl Grabows zum Führer der Fraktion ist ein Ausdruck davon. Grabow wird uns zwar auch geschildert als der Typus des bürgerlichen Altliberalismus, der „ein konsolidierender Begriff der Vermittlung zwischen den beiden Extremen der Reaktion und der Demokratie“ war[5]). Auf jeden Fall stand er der Fortschrittspartei ganz anders gegenüber als Vincke. Er suchte mit ihr zu einem freundschaftlichen Verhältnis zu gelangen. In der Zeit seiner Führerschaft trat die besondere Note der altliberalen Politik am wenigsten in Erscheinung.

Behindert wurde Grabow in seiner Führereigenschaft durch seine Wahl zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses. Er wurde auch deshalb gewählt, weil man ihn für entschiedener hielt als Simson, der bisher diese Würde bekleidet hatte.

Die Fraktion Grabow nannte sich oft „konstitutionelle Partei“. Damit war der an die Parteispaltung erinnernde Name „altliberal“ ein wenig zurückgedrängt. Zugleich wurde damit auch die Bereitschaft zur Mitarbeit im konstitutionellen Staat angezeigt, die in manchen Kreisen der Fortschrittspartei bei der immer stärker werden-

---

[1]) Duncker an Sybel 8. XII. 61, abgedruckt in P. J. 198, S, 141 und 26 XII. 61, ebd. S. 144.

[2]) J. Schmidt an Sybel 27. XII, 61, ebd.

[3]) Sybel an Duncker 20. XII. 61, Dunckers Briefw. S. 304. — Dieser Briefwechsel hatte schon eine Vorgeschichte: Am 18. XI. 61, Heyd. S 70, hatte Duncker gegen die Frotschrittspartei wegen ihrer feindlichen Stellung zur Heeresreform polemisiert und die Bildung einer neuen gemäßigten Partei gefordert, die dem König gegen die Feudalen eine Stütze wäre. Sybel 27. XI. 61, Dunckers Briefwechsel S. 301, meinte jedoch, daß nur „festes Verschmelzen der beiden großen Fragen, der Armeereform im Innern und der deutschen Verfassung nach Außen“ den Zerfall der altliberalen Partei vermeiden könnte. — Der Briefwechsel ging noch im nächsten Jahre weiter, da Sybel wegen eines Augenleidens sein Mandat in Berlin nicht ausüben konnte.

[4]) Ferres, Heinrich von Sybels Stellung zu den politischen Vorgängen 1859 bis 1862, S. 57/58.

[5]) Schmidt-Weißenfels, Preußische Landtagsmänner, S. 115.

den Konfliktsstimmung nicht mehr ohne weiteres als selbstverständlich galt. Dennoch wollte sie ihre Selbständigkeit bewahren und nicht ohne weiteres ministeriell sein[1]). Als Presseorgan stand ihr die soeben gegründete „Berliner Allgemeine Zeitung" zur Seite. Vincke hatte den Entschluß dazu gefaßt, als er sich bei seinem Streit mit Waldeck von der liberalen Presse, die zum Fortschritt überging, im Stiche gelassen sah. Redakteur wurde J. Schmidt, Rößler war Mitarbeiter[2].) Die Zeitung wollte in der Heeresfrage im allgemeinen oppositionell sein, d. h. für die zweijährige Dienstzeit eintreten, sich aber auch von der Fortschrittspartei abgrenzen. Die altliberale Partei schien sich neu geordnet zu haben. Das half ihr jedoch wenig.

Denn die Ereignisse, die zum Ende der Neuen Ära führten, überstürzten sich. Dazu trugen mehrere Umstände bei. Erstens der vorwärtsdrängende Wille der Fortschrittspartei, die sich in verhängnisvoller Überschätzung der eigenen Kraft und Möglichkeiten befand. Ferner die Uneinigkeit im Ministerium, die schon mit Roons Eintritt in dasselbe hineingetragen wurde. Roon arbeitete bekanntlich bewußt auf die Entfernung der liberalen Minister hin, mit denen er aber wiederum in der Ansicht einig war, daß mit dem neuen Abgeordnetenhaus nicht zu regieren sei. Schließlich das Mißtrauen des Königs, das durch den Wahlausfall nur gesteigert war.

Das Minstierium legte die Heeresvorlage ziemlich unverändert vor, zuerst dem Herrenhause. Im Abegordnetenhause mußte ja mit noch größerem Widerstand als früher gerechnet werden. Und doch bot sich gerade jetzt Gelegenheit, den Willen der Liberalen durch eine kraftvolle Außenpolitik umzustimmen. Bernstorffs Antwortnote auf den Beustschen Bundesreformvorschlag traf mit den Wünschen der Liberalen zusammen. Doch nahm Preußen diesen Vorstoß auf Druck Österreichs und der Mittelstaaten zurück.

Die Abgeordneten griffen nun den Bernstorffschen Vorschlag auf und verschärften ihn noch durch die Forderung einer parlamentarischen Vertretung neben der der preußischen Krone zustehenden Bundesregierung. Diese Verschärfung hatte ursprünglich nicht im Willen der Abgeordneten gelegen und war erst nach dem Rückzug der Regierung erfolgt. In der Kommission hatten drei Anträge vorgelegen, einer der Fraktion Grabow, der an die gegebenen Bundesverhältnisse anknüpfen wollte, und als weitestgehender der der Fortschrittspartei, der das „nationale Bedürfnis" zum Ausgangspunkt

---

[1]) Simson an seinen Sohn 6. II. 62, Erinnerungen, S. 349. „Wir sind nicht eine ministerielle, sondern eine kenstitutionelle Fraktion". Rößler in seiner zu Beginn des Jahres 1862 erschienenen Flugschrift „Die Aufgabe der konstitutionellen Partei im Abgeordnetenhause" dachte sich diese zwar als regierungsfreundlich, aber Partei und Regierung sollten selbständig bleiben.

[2]) Diese Mitteilungen beruhen auf dem Artikel Schmidt in A. D. B. 31, S. 764/65, verfaßt von Rößler.

machte. Beide wurden zusammengearbeitet, weil man allen liberalen Parteien und der Regierung entgegenkommen wollte. Erst als die Regierung ihn verwarf, verschärfte die Kommission den eben angeführten Antrag[1]).

Aus diesen Vorgängen ist zu ersehen, daß die Fortschrittspartei im ganzen damals noch nicht an eine unbedingte Opposition dachte[2]). Sie zeigen aber auch, wie der altliberalen Partei immer mehr Stützen von der Regierung genommen wurden. So wurde die Lage der altliberalen Fraktion nur noch verzweifelter. Sie hatte kaum Einfluß auf die Minister, mit denen sie nicht einverstanden war, und konnte auf die Angriffe aus dem linken Lager nichts erwidern[3]). Dieselbe Lage wie im Wahlkampf des vorigen Jahres, nur noch verschärfter! Unzufriedenheit in der Fraktion war nicht zu vermeiden. Ein Teil Fraktionsgenossen neigte immer mehr nach links[4]).

Die Altliberalen wußten genau, daß der einzige Weg der aus dieser Zwickmühle hinausführe, die Möglichkeit war, daß die Regierung sich doch noch zu einer energischen Außenpolitik aufraffte. Das gilt von der Fraktion[5]) und den anderen altliberalen Kreisen.

In diesem Sinne machte Duncker bei der Regierung noch einmal einen letzten Versuch. Er verlangte von Schwerin militärisches Eingreifen in Schleswig-Holstein, da nur so die Militärvorlage noch im letzten Augenblick gerettet werden könnte; nur unter diesen Umständen, würde es im Falle einer Neuwahl möglich sein, eine starke Regierungspartei zu schaffen[6]). Schwerin sprach sich jedoch gegen das Spielen mit kriegerischen Experimenten aus und wollte in Verkennung der Sachlage nicht den Zusammenhang von liberalen Forderungen und Heeresbudget einsehen[7]).

Wie Duncker waren auch Saucken, Bernhardi, Hayms und Treitschke der Ansicht, daß nur durch einen energischen Akt in der Außenpolitik die Zustimmung zur Heeresreformvorlage zu

---

[1]) Die Vorgänge genau geschildert durch den gut unterrichteten Korrespondenten der Grenzboten, 1862 I, S. 401 ff.

[2]) Vgl. Bergsträßer, Kritische Studien zur Konfliktszeit, H. V. XIX. Jahrg., S. 354.

[3]) Simson an seinen Sohn 16. II. 62, Erinnerungen, S. 350. Gb. 1862 II, S. 38.

[4]) Simson, S. 350/51. — Gb. 1862, I, S. 479/80 beklagten, daß die Fraktion über keine schlagfertigen Parlamentarier verfüge und zersplittert sei, sie rieten darum zur freundlichen Haltung gegen die Fortschrittspartei.

[5]) Vgl. Simson, Erinnerungen, S. 350 ff.

[6]) D. an Schwerin 18. II. 62, Dunckers Briefwechsel S. 315 ff. — Duncker wäre auch mit einem Vorgehen in Hessen einverstanden gewesen, Bernhardi IV, S. 204. — Rößler wünschte in seiner letzten Flugschrift die Verwendung des Heeres an der Elbe.

[7]) Sch. an Duncker 18. II. 62, Dunckers Briefwechsel S. 318. Schwerin sprach hier ganz als Minister.

erreichen wäre[1]). In gleicher Weise meinte die Berl. Allgem. Zeitung, daß zur Regelung der deutschen Frage jeder Pfennig bewilligt würde[2]) und daß der innere Konflikt nur von außen gelöst werden könnte[3]). Denjenigen, die links und im eigenen Lager noch auf eine friedliche Lösung hoffen, gab sie zu bedenken, daß die deutschen Nachbarn von Preußen eine „männliche Werbung" erwarten[4]). Nur will das Volk klar wissen, wozu es die Opfer bringen soll[5]).

Hier liegt in der Tat der tiefste Grund für die Spannung zwischen Volk und liberalem Abgeordnetenhaus einerseits und Regierung und Königtum auf der anderen Seite. Es ging nicht um die Frage: Heeresreform oder nicht, sondern: Was soll mit dem vergrößerten Heere geschehen und wo und gegen wen soll es eingesetzt werden? Klar bringen die Grenzboten die Befürchtung der Liberalen zum Ausdruck: „Die Frage des Militäretats ist an dem Tage erledigt, wo im Volke die Überzeugung lebendig ist, daß die Regierung weiß, was sie mit einem solchen Heere beginnen will"[6]).

Darin waren sich also die Altliberalen und Fortschrittler einig. Beide glaubten, daß eine Entspannung der inneren Lage nur von einer kräftigen Politik erfolgen könnte, die sich des nationalen und liberalen Gedankens bediente. In diesem Punkte berühren sich die Gedanken der Liberalen mit denen Bismarcks. Aber sie berühren sich auch nur. Denn der Ausgangspunkt war jedesmal ein anderer. Bismarck ging vom Bedürfnis des preußischen Staates aus, der eine Vergrößerung seiner Machtsphäre verlange, und wollte sich dabei des liberal-nationalen Gedankens als Werkzeug bedienen. Der in der Fortschrittspartei und im Nationalverein vereinigte Liberalismus stellte dagegen die liberal-nationalen Gründe in den Mittelpunkt, zu deren Verwirklichung er Preußens Hilfe gebrauchen wollte. Die Altliberalen standen etwa in der Mitte. In diesem Augenblick aber, in dem für die Versöhnung der Größen Liberalismus und Preußen kaum Raum zu sein schien, waren sie — besonders für die Fraktion galt das — geneigt, lieber mit den Fortschrittlern zu gehen und die ihnen nahestehende Regelung im

---

[1]) Bernhardi IV, S. 205, 230. Haym an Duncker 15. III. 62, Dunckers Briefwechsel S. 325. Treitschke an Duncker 24. I 61, Briefe II, S. 130. — Simsons Skepsis, an Sohn 23. II. 62. Erinnerungen, S. 351/52 „Die Talentlosigkeit der 56 Kreisrichter und die Abneigung der Majorität, auch bei energischer Politik der Regierung den Militäretat zu bewilligen" steht im Gegensatz zu anderen Äußerungen, an Sohn 16. II. 62. ebd. S. 350 sowie zur wahren Lage.

[2]) 18. XII. 61, ähnlich 25. VIII. 62.

[3]) 6. I. 62.

[4]) 18. XII. 61.

[5]) 14. XII. 61.

[6]) 1862 I, S. 479. — Ebenso Treitschke an Haym 11. I. 62, Briefe II, S. 199: „Es hängt wieder alles an der deutschen Frage. Nur die Gewißheit, daß das Heer für Deutschland gebraucht werden soll — und es wird gut enden."

Stiche zu lassen. Viele von ihnen teilten das allgemeine Mißtrauen gegen die Regierung, der man allgemein mangelnden Willen zum Widerstand gegen die Pläne der Reaktion vorwarf. Bei der Zurückhaltung des Königs und der Konservativen gegen alles, was deutsche Politik hieß, ist das Mißtrauen der Liberalen durchaus begreiflich. Es fand dazu noch dauernd durch Übergriffe von Militärpersonen gegen den Bürgerstand und andere Ausdrucksformen soldatischen Kastengeistes neue Nahrung[1]).

Aus dieser Atmosphäre ist der Hagensche Antrag, der das Ende der Neuen Ära herbeiführte, zu verstehen. Der Finanzminister Patow lehnte ihn angeblich aus technischen Gründen ab, stellte aber seine Berücksichtigung für 1863 in Aussicht. Die Mehrheit, gebildet aus der Linken und einem Teil der Fraktion Grabow, beharrte aber auf ihrem Antrag, da sie nicht mehr wie in den früheren Jahren sich mit Zukunftsversprechungen begnügen wollte. Die Annahme des Antrages führte zur Auflösung des Abgeordnetenhauses am 11. März 1862.

Sie kam den Liberalen vielfach überraschend[2]). Die meisten hatten mit dem Antrag nur einen Druck auf die Regierung ausüben bzw. den König zwingen wollen, eine ihnen genehme zu berufen. Genauer gesagt, bezweckte die liberale Mehrheit mit dem Antrag zweierlei: Einmal sollte die Führung der Regierungsgeschäfte, besonders im Heereshaushalt, wo das Mißtrauen aus den angeführten Gründen besonders groß war, besser überwacht werden. Zum andern müssen wir ihn als Vorstoß einer parlamentarischen Mehrheit, die sich ihrer Kraft bewußt ist und größeren Einfluß auf die Regierungsgeschäfte gewinnen will, verstehen[3]).

Es war schon erwähnt, daß ein großer Teil der Grabowschen Fraktion den Antrag Hagen unterstützt hatte. Die Berl. Allg. Zeitung lehnte ihn zwar ab, besonders aus außenpolitischen Gründen[4]).

---

[1]) Von allen gemäßigt liberalen Zeugnissen klagten die Grenzboten am meisten darüber, z. B. 1861 II, S. 198; IV, S. 434.

[2]) Gb. 1862 I, S. 478. Bernhardi IV, S. 251.

[3]) Es geht zu weit, wenn Wahl, Beiträge zur Geschichte der Konfliktszeit, S. 15 in dem Antrag Hagen den Willen der Liberalen erblickt, „der Praxis der parlamentarischen Regierung zu folgen." Bergsträßer, Kritische Studien zur Konfliktszeit, S. 346 ff. weist mit Recht darauf hin, daß 1. die Taktik der Fortschrittspartei durch Ausnutzung verfassungsmäßiger Möglichkeiten Zugeständnisse auf andern Gebieten zu erlangen, durchaus nicht außergewöhnlich ist, da sie zu den erlaubten Mitteln des parlamentarischen Kampfes gehört (S. 357 ff.); 2. die Forderungen nach „Spezialisierung" des Haushalts eine überaus billige ist und ihr einige Monate später selbst die Regierung Rechnung getragen hat (S. 362 ff.). Gewiß sei das letzte politische Ziel der Fortschrittspartei das parlamentarische System gewesen; daraus könne aber kein Vorwurf abgeleitet werden, da sie für die Praxis monarchisch konstitutionell eingestellt gewesen sei (371 ff.).

[4]) 9. III. 62. Die Regierung kann der ganzen Welt ihre Pläne nicht offenbaren.

Ein großer Teil der Fraktion stand indes unter dem Druck der immer mehr nach links gehenden Wählerstimmung und suchte sich die Popularität zu erhalten[1]). So kam das Ende der Neuen Ära den Altliberalen nicht unerwünscht. Kurz nach der Auflösung des Landtages erfolgte die Entlassung des Ministeriums. Der König forderte von seinen Ministern zur Erlangung besserer Wahlen Vorschläge; die konservativen rieten zur Wahlbeeinflussung, die liberalen erklärten sich dagegen und forderten die Fortführung der Reformgesetzgebung, wobei als Stütze für die Regierung die konstitutionelle Partei bezeichnet wurde. Die Partei hatte schon sofort nach der Annahme des Hagenschen Antrages beim König ihr Programm vorgetragen[2]). Der König lehnte es ab und entschied sich für die Vorschläge der konservativen Minister. Am 17. März 1862 entließ er die Regierung der Neuen Ära.

Duncker und wohl alle Parteifreunde waren mit diesem Ausgang, der den unerträglichen Halbheiten ein Ende setzte, einverstanden. Er war der Meinung, daß nur unter einem konservativen Ministerium die Zersetzung der konstitutionellen Partei verhindert werden könnte[3]). Ja, er war sogar mit einem konservativen Ministerium einverstanden, „vorausgesetzt, daß dieses seine Spitze nach außen kehrte". Für diesen Fall rechnete er mit einem Ministerium Bismarck[4]). Droysen meinte, daß „etwas Reaktion" nicht so verderblich sei wie die „Freiheitsübernommenheit", die sich seit den letzten Wahlen gezeigt habe[5]).

Der Fesseln einer für die Regierung verantwortlichen Partei ledig, glaubte die altliberale Partei nunmehr ihren alten Bestand zurückgewinnen zu können.

c) Die Altliberalen und die Wahlen vom 6. IV. 1862

Das konservative Übergangsministerium, dessen führender Kopf von der Heydt war, führte den Wahlkampf mit der Wahlparole: Für das Königtum gegen das parlamentarische System. Konzessionen wie Abstriche am Haushalt sollten andererseits die Wahlbewegung nach links aufhalten, doch ohne Erfolg. Auch hier wird wieder klar, daß die finanziellen Gründe gegen die Heeresreform, sooft sie auch betont wurden, nicht das Wichtigste waren.

Am Tage nach der Auflösung des Abgeordnetenhauses begründeten in einer Erklärung[6]) die fortschrittlichen Abgeordneten ihre

---

[1]) Bernhardi IV, S. 216.
[2]) Duncker an Stockmar 10 III. 62, Dunckers Briefw. S. 322, Anmerkung.
[3]) Vgl. Bernhardi IV, S. 240.
[4]) Duncker an Stockmar 10. III. 62, Dunckers Briefw. S. 322/23.
[5]) an den Sohn Gustav 12. III 62, Droysens Briefw. S. 788.
[6]) Parisius, S. 53 ff., daselbst die folgenden Wahlaufrufe.

Zustimmung zum Antrag Hagen damit, daß mit seiner Hilfe die scheinbare Feststellung des Budgetrechtes eine wirkliche werden sollte. Der Wahlaufruf der Fortschrittspartei gab eine Rechtfertigung der Partei in der Kammer; er entwickelte in der Militärfrage den bekannten Standpunkt.

Die Altliberalen traten diesmal schneller und gerüsteter an als im letzten Wahlkampf. Sofort nach der Auflösung des Landtages ließen die Abgeordneten, die gegen den Antrag Hagen gestimmt hatten, eine entsprechende Erklärung herausgehen. Sie rechtfertigten ihre Abstimmung mit dem Hinweis, daß sie die Anriffe und das Mißtrauen gegen die preußische Verwaltung und gegen einen Minister, der „als ein alter Vorkämpfer konstitutioneller Freiheit im ganzen Lande bekannt" wäre, hätten zurückweisen wollen. In derselben Zeit, am 12. März 1862, erschien schon das altliberale Wahlprogramm. Es verlangte in der deutschen Politik den Bundesstaat unter preußischer Führung „im weiteren Bunde mit parlamentarischer Vertretung", in der Innenpolitik „Ausbau der Verfassung in deren Geist durch organische Gesetze", bessere Personalpolitik, Reform des Herrenhauses und in der Heeresreformfrage „Aufrechterhaltung der Reorganisation des Heeres, aber Ersparungen". Auf Grund dieses Programms wurde am 17. März 1862 ein „Zentralwahlkomitee der konstitutionellen Partei gebildet. Erst das Beispiel der Fortschrittspartei zwang zu diesen Schritten!

Alle Forderungen des altliberalen Wahlprogramms, abgesehen von dem Wunsche nach Aufrechterhaltung der Heeeresreform — für unseren Zusammenhang allerdings ein sehr entscheidender Unterschied — waren auch die der Fortschrittspartei. So ist es verständlich, daß auf altliberaler Seite vielfach der Unterschied zur Fortschrittspartei nicht prinzipiell, sondern nur graduell aufgefaßt wurde. Grabow leitete ja, wie erwähnt, die Partei in diesem Sinne. Mancher altliberale Abgeordnete suchte darum Anlehnung an die Fortschrittspartei. Die gemeinsame Abwehrstellung gegen das neue Ministerium schien das Recht dazu zu geben. So suchte der Altliberale Lette bei Twesten für eine Verständigung der liberalen Parteien bei den Wahlen zu werben[1]) und erhielt sich durch Konzessionen an die der Fortschrittspartei günstige Wählerstimmung das eigene Mandat.[2]) Hinter dem Rufen nach „Verständigung" der liberalen Parteien steckte die Sorge vor der Nichtwiederwahl. G. Freytag sprach ganz offen aus, daß nur mit der Parole der Wiederwahl aller Abgeordneten die Kühne, Saucken, Patow in das Parlament kommen würden[3]). Der Gegensatz zur Fortschrittspartei war ihm nur durch Alter,

---

[1]) L. an Twesten 20. III. 62, Heyd. S. 84.
[2]) Bernhardi, IV. S. 270.
[3]) Gb. 1862, II, S. 119.

Temperament und „gemütlichen Neigungen" bedingt[1]). Die wichtigste Aufgabe ist nach den Grenzboten augenblicklich der gemeinsame Kampf gegen die Reaktion[2]). Ja sie scheuten sich nicht, für einen gemäßigten Parlamentarismus einzutreten, wenn auch für „keinen geistlosen."[3]).

Die Fortschrittler in ihrer Gesamtheit wollten jedoch von dieser „Verständigung" nicht viel wissen. Bemühungen maßvoller Führer wie Unruhs und Twestens, die sich bei ihren Parteigenossen für die Wahl Sauckens einsetzten, scheiterten[4]). Die Fortschrittspartei eroberte vielmehr manchen altliberalen Wahlbezirk.

Aber auf der anderen Seite wollten auch die Mitglieder der altliberalen Professoren- und Historikergruppe von dieser Verständigung nichts wissen. So tadelte Bernhardi Lettes Verhalten, das er für Feigheit hielt[5]). Ebenso übte er an Sybel Kritik; dieser hatte in einem Schreiben an die Wähler der Konstitutionellen in Krefeld sich gegen die Heeresreform ausgesprochen, da von dieser Regierung keine deutsche Politik zu erwarten sei [6]). Ebenso wie Bernhardi beurteilte Droysen Sybels Brief, den er als Zeichen der „steigenden Flut" wertete, die sogar einen so „gemessenen Charakter" mit sich reiße[7]).

Fast ebenso streng über die Fortschrittspartei urteilte J. Schmidt, der Redakteur der Berl. Allg. Zeitung. Sie setzte sich für eine neu zu formierende Mittelpartei ein[8]). In manchen innenpolitischen Fragen (Kreisreform, Zivilehe) glaubte sie mit der Fortschrittspartei zusammengehen zu können, jedoch nicht in den Punkten, die die Heeresorganisation im Prinzip erschüttern und die Prärogative der Krone antasten[9]). Das Heer muß auf jeden Fall schlagfertig bleiben, auch unter einem reaktionären Ministerium, da die Sicherheit des

---

[1]) Gb. 1862, II, S. 118.

[2]) ebd. S. 38.

[3]) ebd. S. 85.

[4]) Dilthey an Baumgarten 5. V. 62, Heyd. S. 89. — Ebenso die Flugschrift des T. v. R (Fortschrittler) „Königtum und Volkstum" redete einer Verständigung mit den Konstitutionellen das Wort.

[5]) Bernhardi IV, S. 270.

[6]) ebd. S. 271. Sybels Brief in B. A. Z. 22. IV. 62. Vgl. auch Ferres S. 62/63, der mit Recht Sybels Entgegenkommen zur Fortschrittspartei hervorhebt, jedoch nicht zutreffend urteilt, wenn er die Fraktion Grabow als „scharf gegen die Tendenzen der Fortschrittler" angehend beschreibt. Dies ist, wie gezeigt ist und sich weiter ergeben wird, nicht richtig.

[7]) D. an Roßmann 27. IV. 62, Droysens Briefw. S. 790.

[8]) 20. III. 62. — Vgl auch hierzu Schmidts Werbebrief an Sybel um Unterzeichnung des altliberalen Programms: „Gelingt es jetzt nicht, die konstitutionelle Partei wieder zu sammeln, zu schließen und zu ergänzen, so fällt ein Glied nach dem andern in das unbedingte Chaos der Fortschrittspartei". Heyd. S. 84, Anmerk. 5.

[9]) 27. IV. 62.

Staates über alles geht[1]). Sie warf dem Fortschritt vor, daß er die deutsche Frage mit unbestimmten Sympathien lösen wolle[2]).

Diese aus preußischem Staatsgefühl zu verstehenden Äußerungen zeugen von einem tiefen Verständnis für die politische Wirklichkeit. Sie fanden jedoch damals noch kein Gehör.

Ein wenig günstiger standen Haym und die Preußischen Jahrbücher der Fortschrittspartei gegenüber. Haym hatte im Gegensatz zu den Hoffnungen vieler Parteifreunde, die aus dem Fortfall der Verantwortung für die Regierung und aus der Opposition gegen das gegenwärtige Ministerium Gewinn zu ziehen hofften, richtig befürchtet, daß sich der Groll der Wähler gegen das vergangene Ministerium auf die konstitutionelle Partei weiter fortpflanzen würde. Darum hatte er gefordert, daß diese sich bei aller Abgrenzung gegen die Linke im Wahlkampf von dieser nicht an „Freisinnigkeit" übertreffen lassen solle[3]).

Duncker forderte von der konstitutionellen Partei, in dem bevorstehenden harten Ringen zwischen Reaktion und Demokratie alle Kräfte anzuspannen. Dabei geht es nicht so sehr um die eigene Ehre als um die „Wahrung der Geschicke des Vaterlandes"[4]). Die in diesen Ausführungen zum Ausdruck kommende Auffassung von der Mittelpartei als der Partei, die sich um des Vaterlandes willen und voller Entsagung zwischen die kämpfenden Parteien stellen soll, ist typisch für einen Teil der Altliberalen. Es steht aber auch ebenso fest, daß mit dieser Haltung keine großen Propagandawirkungen erzielt werden können. Haym prägte für die besondere Art der Opposition, die die Altliberalen einnahmen, den Begriff der „sittlichen Opposition", d. h. einer Opposition, die nicht das Wohl des Ganzen aus dem Auge lassen will[5]). Von dieser Grundlage konnte man das berechtigte Anliegen des Gegners zugleich verstehen und kritisieren.

Rößler stand der Fortschrittspartei noch um einen Grad freundlicher gegenüber. In einer kurz vor den Wahlen erschienenen Flugschrift[6]) sah er die Unterschiede zwischen den Fortschrittlern und Konstitutionellen als nicht sehr groß an. Das mag zunächst bei diesem sehr weit rechts stehenden Liberalen befremden. Die Begründung für seine Haltung wird darin zu suchen sein, daß ihm in einem Augenblick außenpolitischer Spannungen die Versöhnung der inneren Gegensätze notwendig zu sein schien. Um eine energische Politik

[1] 19. III. 62. — Allerdings wurde auch in der Heeresfrage zur Zurückhaltung geraten, da die Regierung hinsichtlich der Stellung zur deutschen Frage kein Vertrauen habe.

[2]) 14. III. 62.

[3]) H. an Duncker 19. III. 62, Dunckers Briefw. S. 327.

[4]) P. J. IX, S. 363.

[5]) ebd. S. 476. Vgl. Westphal, S. 174 ff.

[6]) Die liberalen Parteien angesichts der Zukunft Preußens.

nach außen durchführen zu können — Rößler hielt wie Duncker auf sie in erster Linie seine Blicke gerichtet — betonte er noch einmal die Notwendigkeit der Heeresreform. Dieser Hinweis machte jedoch auf die Masse der Liberalen keinen Eindruck, weil diese umgekehrt erst die kühne Außenpolitik sichergestellt sehen und dann bewilligen wollte.

Es ergibt sich also bezüglich der Stellung der Altliberalen im Wahlkampf folgendes Bild: Die Professoren- und Historikergruppe nahm wieder den schroffen Standpunkt der klaren Abgrenzung gegen die Fortschrittspartei ein. Wenn die Preußischen Jahrbücher und Rößler versöhnlicher urteilten, so waren nicht opportunistische und parteitaktische Erwägungen, sondern solche aus tiefem Verantwortungsgefühl gegen das Ganze oder aus Sorgen um die Außenpolitik geborene der Grund.

Die Abgeordneten dagegen, die nicht in Freiheit und stolzer Unabhängigkeit ihre Entschlüsse fassen konnten und auf die Stimmung im Lande Rücksicht nehmen mußten, gingen zum größten Teil andere Wege.

Wir erhalten damit vom Wahlkampf ein Bild, das dem erst einige Monate zurückliegenden sehr gleicht. Zu bedenken ist aber, daß das Ende der Neuen Ära und die Ernennung der konservativen Regierung neue Verhältnisse geschaffen hatte. Dies macht das Verhalten der Abgeordneten und die Ansichten der Grenzboten verständlich. Das real- und staatspolitische Denken unserer Professoren- und Historikergruppe bekommt dadurch erneut eine charaktervolle Note.

Diesmal wurde das liberalste Abgeordnetenhaus der preußischen Geschichte gewählt. Nicht nur alle Abgeordneten der Fortschrittspartei und des linken Zentrums wurden wiedergewählt, sondern die Zahl der ersteren stieg noch auf 135 und der andern Gruppe auf 96 Sitze. Die Fraktion Grabow sank von 95 auf 65 Sitze. Kühne verlor seinen Berliner Wahlkreis, doch wurde er in Elberfeld gewählt. Simson und Vincke, der sich jetzt wieder der Politik zuwandte, konnten nur in entlegenen Grenzgebieten gewählt werden.

d) Die Auflösung der Fraktion Grabow

Die Erwartungen der Altliberalen, durch die Opposition gegen die Regierung ihrer Sache einen neuen Antrieb zu geben, hatten sich also nicht erfüllt. Unmittelbar nach den Wahlen, als die Fraktionen sich noch nicht formiert hatten, rechneten die Preußischen Jahrbücher noch mit einer konstitutionellen Mehrheit[1]), und die Grenzboten hofften auf eine Zusammenfassung aller liberalen Kräfte unter Ausscheidung der äußersten Linken (Waldeck)[2]). Doch erfüllten

[1]) IX, S. 600.
[2]) 1862, II, S. 351.

sich diese Hoffnungen nicht. Ebenso blieben die Bemühungen Bernhardis, Dunckers usw. vergeblich, ihren Freund Sybel, der nunmehr nach Berlin gekomemn war, für die konstitutionelle Fraktion zu gewinnen und ihm daselbst eine Führerstellung zu verschaffen[1]). Sybel schloß sich vielmehr dem linken Zentrum an und nicht den Altliberalen: Ein Entschluß, der nach dem früher Gesagten nicht zu verwundern ist.

Es war auch schlecht möglich, jetzt jemanden für die konstitutionelle Fraktion zu gewinnen, da diese gerade zerfiel. Vincke selbst gab den Anlaß dazu. Die Streitfrage war wieder die Stellung zur Fortschrittspartei.

Die Rückkehr des noch vor zwei Jahren hochgefeierten Führers wurde jetzt von einer Reihe Fraktionsgenossen ungern gesehen. Sie befürchteten, daß er durch seinen temperamentvollen Demokratenhaß alles verderben würde[2]). Vincke war allerdings bestrebt, die Selbständigkeit der Fraktion auf jeden Fall zu wahren[3]). Duncker, Droysen und Bernhardi waren der gleichen Ansicht. Sie wollten der altliberalen Partei die Möglichkeit, noch einmal mitverantwortliche Partei zu werden, offenhalten[4]). Ob diese Möglichkeit einen realen Hintergrund hatte, ist schwer zu sagen. In den ersten Junitagen schwirrten allerdings Gerüchte über eine Kombination Vincke-Bismarck[5]). Wollten die Altliberalen auf einen für sie günstigen Umschwung hoffen, so mußten sie sich von jeder Berührung mit der von Regierung und König gehaßten Fortschrittspartei fernhalten.

Eine solche Haltung lag jedoch nicht im Sinne der meisten altliberalen Fraktionsgenossen. Diese wünschten Zusammenarbeit mit der Linken. Zum Ausbruch der Meinungsverschiedenheiten kam es, als ein Beschluß der Fraktion den „befreundeten Fraktionen" mitgeteilt werden sollte[6]). Der größte Teil verstand darunter mit Grabow auch die Fortschrittspartei. Als Vincke, der anderer Ansicht war, in der Abstimmung darüber unterlag, drohte er mit seinem Austritt, worauf einige Stimmen riefen: „Schadet auch nichts!" Nach einigen Tagen trat er wirklich aus. Ebenso Grabow. Damit hatte die Fraktion Grabow aufgehört zu bestehen. Mag bei der Auflösung auch eine gewisse Führerrivalität mitgespielt haben, so ist doch deren sachlicher Hintergrund nicht zu verkennen.

---

[1]) Bernhardi IV, S. 287 ff. — Vgl. Ferres, S. 63/64, dort auch Erwähnung eines Briefes Schmidts an Sybel 8. V. 62 mit der Bitte, sich nicht voreilig zu entscheiden.

[2]) Bernhardi IV, S. 290.

[3]) ebd. S. 291.

[4]) ebd. S. 287/88.

[5]) ebd. IV, S. 308. Duncker glaubte jedoch nicht, daß etwas Wirkliches dahinterstecke. — Vgl. Nirrnheim, das erste Jahr des Ministeriums Bismarck und die öffentliche Meinung, S. 45.

[6]) Die dramatische Schilderung des Streites, Bernhardi IV, S. 288 ff.

Unter Grabow erreichten die Altliberalen die größte Annäherung an die Fortschrittspartei. Unter Vincke wurde die entgegengesetzte Linie eingeschlagen. Mit diesem, der aus den Ereignissen gelernt hatte, waren fortan die Männer um Bernhardi, Duncker usw. im allgemeinen einverstanden.

Ein Teil der ehemaligen Fraktion Grabow ging zum linken Zentrum, ein anderer bildete mit Grabow eine neue Fraktion (Fraktion Rönne oder Freier parlamentarischer Verein), und das letzte Drittel blieb Vincke treu. Zu diesem gehörten u. a. Simson und die früheren liberalen Minister.

Strittig ist und war, welcher Teil als rechtmäßiger Nachfolger der altliberalen Fraktion zu gelten hat. Die Grenzboten hielten die neue Fraktion Vincke nicht dafür; sie sei „vielmehr der Anfang einer sehr berechtigten konservativen Partei unserer Zukunft"[1]). Nach ihnen lag die liberale Sache jetzt und in Zukunft vielmehr bei dem linken Zentrum und dem gemäßigten Teil des Fortschritts. Die Grenzboten vollendeten mit dieser Stellungnahme die schon früher eingeleitete Linksschwenkung. — Die Preußischen Jahrbücher nahmen in der Folgezeit eine Zwischenstellung zwischen dem linken Zentrum und der Fraktion Vincke ein. Sie hielten indes die Lage und Verteilung der Fraktionen nicht für prinzipiell und von langer Dauer[2]).

Wieder begegnet uns hier die besonnene Art des vorschauenden Urteils, das die Preußischen Jahrbücher, überhaupt den durch die Professoren- und Historikergruppe dargelegten Altliberalismus charakterisiert. Er verfügte vor der Fortschrittspartei über die Einsicht in die wahren Kräfteverhältnisse des preußischen Staates und empfand, daß dieser sich nicht einfach dem Liberalismus ausliefern konnte und wollte. Von hier aus muß man die auf Vermittlung der innenpolitischen Gegensätze gerichtete Tendenz der Altliberalen verstehen. Aber diese Erkenntnis bedeutete auch zugleich ihre Schwäche. Sie lähmte letztlich jede größere Propagandamöglichkeit. Der dahin gehende Versuch im letzten Wahlkampf (größere Geschlossenheit, sehr liberales Wahlprogramm) war fehlgeschlagen und, da er zu spät kam, auch nicht geeignet, den verlorenen Boden wiederzugewinnen. Der von der Neuen Ära her bestehende Eindruck, daß die Altliberalen ziemlich unabhängig und ohne Beziehung zum Volk, bei ständiger Bereitschaft nach oben nachzugeben, wenn nicht anders möglich, Politik trieben, saß zu fest. Er traf ja für die Professoren- und Historikergruppe bis zu einem gewissen Grade zu.

Aber Honoratiorenpolitik vermag auf die Dauer nicht auf weite Volkskreise zu wirken. Wir müssen zwar bedenken, daß auch die Fortschrittspartei letztlich vom großen und mittleren Bürgertum bestimmt wurde. Dennoch fanden ihre Kampfesrufe damals auch

---

[1]) 1862, III, S. 35.

[2]) IX, S. 677.

Widerhall bei den anderen Volksschichten, auch bei den Arbeitern, mit denen sie die gemeinsame Opposition gegen den konservativen Staat verband.

Die altliberale Partei war in der Auseinandersetzung mit der Fortschrittspartei vollständig geschlagen. Die Entwicklung der Parteiverhältnisse in ihrem Sinn sollte noch vier bis fünf Jahre auf sich warten lassen. Vorläufig mußten sich die Altliberalen mit einer Zuschauerrolle begnügen.

Viertes Kapitel. Die letzten liberalen Verständigungsversuche mit der Regierung und ihre parteigeschichtliche Bedeutung.

a) Die Strömungen und Stimmungen bei den Liberalen bis zur Beratung der Heeresreformvorlage 1862

Da die Altliberalen zahlenmäßig zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken waren, konnte ein Verständigungsversuch mit der Regierung nur noch aus den Reihen der Fortschrittspartei und des linken Zentrums hervorgehen. Jedesmal erblickten die Altliberalen dann in ihm eine Rechtfertigung ihrer Grundsätze und suchten diese Versuche für ihre eigene Sache fruchtbar zu machen.

Die Tatsache der Verständigungsversuche zeigte auch, daß im Jahre 1862 bis ins Jahr 1863 noch alles im Fluß war. Das gilt auch von den Parteiverhältnissen. Die Verbindungsfäden liefen noch hin und her. Es hatten sich noch keine starren Fronten herausgebildet wie im eigentlichen Konflikt. Für diese Zeit ist darum der Inhalt der Wünsche, Stimmungen und Hoffnungen noch gut zu erkennen.

Wie zu Beginn des Jahres geschahen auch im Sommer in der preußischen Außenpolitik wichtige Schritte, die von den Liberalen nur gutgeheißen werden konnten. Es handelt sich um die seit langem geforderte Anerkennung des neuen Italiens, den Handelsvertrag mit Frankreich, der einen Sieg des freihändlerischen Prinzips darstellte, und einen gewissen Erfolg in der kurhessischen Frage. In letzterer verhinderte jedoch das Nachgeben des Kurfürsten den kriegerischen Einsatz Preußens, was manche Kreise sehr bedauerten.

Die altliberalen Patrioten und der ihnen nahestehende Unterstaatssekretär Gruner hatten darauf gehofft. Anfang Mai, also um die Zeit der Wahlen, stellten sie dahingehende Pläne und Berechnungen auf, die allen Gesetzen der List und Verschlagenheit eines skrupellosen Staatsmanns Rechnung trugen und erreichten mit ihrem Vorschlag auch Roons und Bernstorffs Zustimmung[1]).

---

[1]) Briefe Droysens an Gruner, Droysens Briefw. S. 791 ff. Bernhardi IV, S. 275 ff. Ein vom Kurfürsten erlassenes Wahlgesetz sollte als Vorwand genommen werden. — Vgl. Haym, Duncker S. 270 ff.

Dieser an die Kühnheit Bismarcks erinnernde Plan ist für jene Männer außerordentlich bezeichnend. Parteidokrinen und entsprechende Rücksichten spielten bei ihnen keine Rolle, denn der Gesichtspunkt der preußischen Ehre und Macht war ihnen unabhängig von der gegenwärtigen Regierung. Natürlich verband er sich auch diesmal wieder mit der Hoffnung, durch eine kriegerische Aktion nach außen die inneren Schwierigkeiten zu überwinden. Bernhardi schrieb in sein Tagebuch: „Es gibt keine Rettung für uns, als den Krieg, nur der führt uns über alle Schwierigkeiten hinweg! Wir müßten uns einen Krieg kaufen, wenn er umsonst nicht zu haben ist“[1].

Die liberale Mehrheit des Abgeordnetenhauses und fast die gesamte öffentliche Meinung urteilten anders. Ihnen schien ein konservatives Ministerium außerstande, für die Freiheit und Einheit Deutschlands zu arbeiten. An sich wünschteu gewiß auch sie ein bewaffnetes Vorgehen gegen Kurhessen, aber nicht unter dem gegenwärtigen Ministerium. Denn der letzte Regulator fehle: „ein inniges Einverstandensein mit dem Volke“[2]). Der Glaube an die „öffentliche Meinung“, ohne die keine Kriege geführt werden sollten, steht hinter diesen Äußerungen. Aber auch ohne diesen Grund ist uns diese Haltung verständlich. Wie sollten die Liberalen Vertrauen zu außenpolitischen Eroberungen haben, wenn sich im Innern Volk und Krone mißtrauisch gegenüberstanden? Darum wurde in diesem Augenblick eine energische Außenpolitik als schädlich abgelehnt[3]). Kurz, das innenpolitische Mißtrauen übertrug sich ganz von selbst auf die Außenpolitik der bekämpften Regierung.

Das bewies ganz deutlich die Adreßdebatte. Der Vinckesche Entwurf wollte eine sachliche Opposition, Sybel wollte die außenpolitischen Erfolge erwähnt wissen, während die Fortschrittspartei in Twestens Entwurf sie einfach ignorierte. Nach langem, hartem Kampf wurde der Twestensche Entwurf angenommen, in dem nur ganz kurz — soweit kam man Sybel entgegen — auf die kurhessische Angelegenheit Bezug genommen wurde[4]).

Das mangelnde Entgegenkommen verstimmte Sybel sehr. Er klagte in einem Brief an Baumgarten über die „Neigung zur doktrinären Phrase und welch eine Abneigung gegen das Praktische und Tatsächliche das Gros der Fortschrittspartei erfüllte“; besonders war ihm Waldeck mit seinen 40 Anhängern ein Stein des Anstoßes[5]), Seiner Begeisterung für das tapfere Abgeordnetenhaus war eine

---

[1]) Bernhardi IV, S. 314.

[2]) Gb. 1862, III, S. 30.

[3]) ebd. S. 34.

[4]) Ferres, S. 65 ff. Dehio, die Taktik der Opposition während des Konflikts, S. 293 versteht Sybels Antrag als „gouvernementale“ Empfehlung für den Fall des Ministerwechsels.

[5]) 11. VI. 62, Heyd. S. 97. Vgl. P. J. IX, S. 677/78.

schnelle Ernüchterung gefolgt. Jetzt erschien ihm als die beste Form des staatlichen Zusammenlebens „die parlamentarische unter einer verständigen königlichen Führung“; denn „das Parlament ohne diese Führung ist der Aufgabe noch nicht gewachsen“[1]).

Sybel sah sich, ob er wollte oder nicht, wieder an die Seite der Altliberalen gedrängt. Ein Beweis, daß die Abgrenzung der Parteiverhältnisse nicht endgültig war. Das zeigte sich noch mehr bei der Beratung der Heeresreformvorlage. Nicht nur Sybel, sondern auch noch zwei andere angesehene Führer der liberalen Mehrheit, Twesten und Stavenhagen, nahmen in dieser Sache eine ihr entgegengesetzte Haltung ein. Schon vor den Beratungen der Budgetkommission war sich Twesten in einer Fraktionsvorbesprechung darüber klar geworden [2]).

Die Meinungsverschiedenheiten im Lager der liberalen Mehrheit wurden natürlich von dem altliberalen Gegner sehr hervorgehoben. Bernhardi ließ sich von Gefffen von einer „Auflösung“ der Parteien in der Kammer berichten, ja sogar von der Hoffnung, daß sich Twesten der Fraktion Vincke anschließen werde; über Sybels verzweifelte Stimmung empfand man Genugtuung[3]). Auch den Preußischen Jahrbüchern waren diese Schwierigkeiten nicht entgangen. Aus diesem Grunde beurteilten sie auch die Parteiabgrenzungen noch nicht als endgültig[4]). Haym hoffte jedoch noch nicht auf eine augenblickliche Neubildung. Er meinte, daß die Altliberalen die bevorstehende Trennung in der Fortschrittspartei zwischen den Radikalen und den „gut konstitutionell Gesinnten“ nicht durch übereifriges Aussprechen der eigenen Meinung unnötig erschweren sollten.[5])

Diese Vorgänge waren jedoch nur ein Vorspiel zu den bevorstehenden Auseinandersetzungen, die sich im liberalen Lager über die Heeresreformvorlage 1862/63 abspielten.

b) Der Sybel-Twesten-Stavenhagensche Vermittlungsversuch

Als die Regierung den Heereshaushalt vorlegte, wurde sofort der Mehraufwand von der Budgetkommission gestrichen. Dieser Schritt war von den beiden linken Fraktionen vereinbart worden. Auf keinen Fall sollte wieder nachgegeben, sondern das Recht des

---

[1]) S. an Mohl 13. VII. 62, Heyd. S. 105.

[2]) T. an Lipke 21. VI. 62, Heyd. S. 101.

[3]) Bernhardi IV, S. 319 ff.

[4]) IX, S. 677.

[5]) So Haym an Bernhardi, als er ihm das zum Abdruck in den Preußischen Jahrbüchern bestimmte Manuskript zurückschickte, in dem dieser gegen die liberalen Heeresforderungen polemisierte, Bernhardi IV, S. 315/16. In dem Begleitschreiben an Haym — Hayms Briefw. S. 208 — hatte Bernhardi von den Altliberalen eine entschiedene Bekämpfung der Demokratie gefordert.

Abgeordnetenhauses bei dem Zustandekommen der Heeresreform klar und eindeutig festgestellt werden. Als weiterer Grund[1]) für die ablehnende Haltung wurde insbesondere die Notwendigkeit der Erhaltung der Landwehr in der bisherigen Form angeführt, damit „Preußen überhaupt nur Kriege im Notfalle, dann aber mit der Bewilligung und Begeisterung des Volkes für den Kriegszweck führe." Kriegsgefahr bestehe nicht, erst recht brauche man zur Erringung der deutschen Einheit kein Heer. „Im Gegenteil müsse ein Vorwärtsschreiten zu den Zielen der deutschen Bewegung . . . die im Interesse Deutschlands auf Preußen ruhende Kriegslast erleichtern." Die Einheit Deutschlands würde am besten durch den freiheitlichen Ausbau der preußischen Verfassung befördert.

Es ist leicht zu erkennen, daß wir hier den um ein Grad gegen früher verschärften, aus dem Anwachsen der Konfliktsstimmung begreiflichen Standpunkt der fortschrittlichen und im Nationalverein vereinigten Liberalen vor uns haben. Die deutsche Einheit sollte nicht durch das Schwert, sondern durch das Fortschreiten Preußens auf der Bahn des Liberalismus erreicht werden! Die „öffentliche Meinung" wurde für stark genug gehalten, um die Neuordnung im liberal-nationalen Sinne durchzusetzen. Ferner fällt eine Feindschaft gegen manche Heereseinrichtungen und ein Glaube an den Frieden in Europa auf, die früher die Fortschrittspartei nicht in diesem Maße beherrscht hatten. Letzterer mag sich aus der inzwischen wenigstens äußerlich eingetretenen Beruhigung der europäischen Lage erklären; dadurch schien die Notwendigkeit für ein starkes Heer fortzufallen. Doch wird man nicht fehlgehen, wenn man den tiefsten Grund in der inzwischen eingetretenen Verschärfung des innenpolitischen Kampfes sucht. Die radikalen Elemente bekamen dadurch immer mehr Oberwasser. Die Gemäßigten, die für den Kommissionsvorschlag stimmten, wollten mit der Streichung des Mehraufwandes nur einen Druck auf die Regierung für Zugeständnisse auf anderen Gebieten ausüben[2]). Eine ähnliche Taktik wie beim Antrag Hagen! So waren die letzten Absichten derjenigen, die hinter dem Kommissionsvorschlag standen, sehr verschieden. Wieder anderen waren die rechtlichen Bedenken gegen die Regierungsvorlage wichtiger[3]), andere legten mehr Wert auf die politischen.

Alle diese Meinungsverschiedenheiten entgingen auch in diesem

---

[1]) Vgl. für das Folgende den Auszug aus dem Bericht der Budgetkommission für das Jahr 1862.

[2]) Twestens Rede in einem Berliner Wahlkreis: „Die meisten, die jetzt absetzen wollen, betrachten es nur als einen Druck," B. A. Z. 18. VIII. 62.

[3]) z. B. Gneist in seiner Flugschrift „Die Lage der preußischen Heeresorganisation am 29. IX. 1862 nebst einem Zusatz über die Landwehr" trat für die Heeresreform an sich und für die Erhöhung der Rekrutenziffer ein, wünschte aber gesetzliche Festlegung und die Erhaltung der Landwehr.

Falle erst recht nicht dem Auge des altliberalen Gegners. Er hob die Spannungen im anderen Lager deutlich hervor[1]).

Natürlich waren die Altliberalen, die seit dem Austritt Grabows und seiner Freunde von allen Sympathien für die Fortschrittspartei vollkommen frei waren, Gegner einer solchen Taktik. Da ihre Zahl aber zu gering war, hatten sie kaum Gelegenheit, von sich aus ihren Einfluß mit Erfolg geltend zu machen. Da kam ihnen der Sybel—Twesten—Stavenhagensche Vermittlungsantrag zur Hilfe.

Dieser bejahte die von der Regierung geforderte erhöhte Rekrutenaushebung, wünschte aber zuvor als Ausgleich die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit. Unter dieser Bedingung wollte er den größten Teil des Mehraufwandes bewilligen. In deutlichem Gegensatz zur oppositionellen Mehrheit meinte er, daß die Verwerfung der ganzen Mehrforderung für die Heeresreform entweder zur Auflösung des Heeres oder zu einem unser ganzes Verfassungsleben gefährlichen Zwiespalt führen könnte. Diese Folgen seien jedoch „im Hinblick auf die immer noch nicht einen dauernden Frieden verbürgende Lage Europas zu vermeiden[2]). Bezüglich der Landwehr waren sie nicht von deren Tüchtigkeit überzeugt und wünschten für sie eine Erleichterung, d. h. Zurückdrängung.[3])

Der Vermittlungsantrag wollte nur die Behandlung der finanziellen und die der gesetzlichen Regelung den Abgeordneten überlassen und erstrebte im Gegensatz zur liberalen Mehrheit keinen Eingriff in die königliche Prärogative und keine Erweiterung der Parlamentsmacht. Das deckte sich durchaus mit den Wünschen der Altliberalen.

Die altliberale Berliner Allgemeine Zeitung lobte darum den Vermittlungsvorschlag sehr, der dem Interesse von Volk und Staat gleichmäßig entspräche[4]). Die Preußischen Jahrbücher leiteten aus ihm den Beweis ab, daß das junge preußische Verfassungsleben auch eine positive und praktische Politik hervorbringen könne. Die

---

[1]) B. A. Z. 13. IX. 62. Daselbst auch Erwähnung eines Briefes Sauckens an seine Wähler, der davon handelt.

[2]) Auszug usw., S. 50.

[3]) Vgl. Sybels Sendschreiben an seine Wähler, B. A. Z. 7. VIII. 62: „Ich verwerfe das alte System (d. h. Heeresverfassung vor der Reform) als an sich verwerflich. Ich stimme für die Grundsätze des neuen, gleichviel von wem sie herrühren." — Vgl. Ferres, S. 69 ff. Dort ist auch die ungünstige Aufnahme der Sybelschen Stellung bei seinen Wählern beschrieben. — Dehio, S. 295 ff. sieht als Motiv bei Sybel auch hier wieder den Wunsch, sich beim König als „gouvernemental" zu empfehlen und die Befürchtung, daß dem Kampf gegen die Regierung von den Radikalen eine dem höheren Bürgertum gefährliche Richtung gegeben werden könnte.

[4]) B. A. Z. 17 VIII. 62.

Männer, die sich der Mehrheit widersetzt hatten, besonders Twesten, wurden sehr gelobt[1]). Rößler suchte noch einmal besonders mit außenpolitischen Hinweisen in einer neuen Flugschrift mit dem bezeichnenden Titel „Die bevorstehende Krise der preußischen Verfassung" die Notwendigkeit der Heeresreform darzulegen. Er meinte, daß die Abgeordneten sogar der dreijährigen Dienstzeit hätten zustimmen müssen; auf liberale Zugeständnisse hätten sie dann sicher rechnen können. Tatsächlich fürchteten aber die Liberalen in ihrer Mehrzahl, daß diese Konzessionen ausbleiben würden und eine Verstärkung des Heeres ohne die Gewähr eines liberalen Preußens gefährlich werden könnte. Handelte es sich für die Fortschrittler zunächst einmal darum, für die Übereinstimmung Preußens mit den liberal-nationalen Wünschen zu kämpfen, so konnte Rößler, der als überzeugter Hegelianer auch in dem bestehenden Staat schon den sittlichen Geist sah, seine Forderungen aufstellen, ohne fürchten zu müssen, daß sie nicht letztlich dem einen Ziel, Frieden im Innern und Wachsamkeit nach außen, wofür er auch jetzt wieder eintrat, zugute kämen. Er hielt, wie die altliberalen Patrioten, den Blick vorzüglich nach außen gerichtet und übersah dabei die Gegensätze im Innern, oder besser gesagt, er glaubte an eine Überbrückung derselben. Wir wissen, daß damals Bismarck ähnlich dachte. Doch scheute er nicht, im Gegensatz zu den Altliberalen, prinzipiell vor dem innenpolitischen Kampf zurück, wie sich beim Ausbruch des Verfassungskampfes zeigte.

Aber war denn damals die innenpolitische Verständigung so utopisch? Auf jeden Fall hatten die Altliberalen ein gutes subjektives Recht, die Versöhnung noch für möglich zu halten. Der Vermittlungsanrag schien doch in diese Richtung zu weisen. Auf Grund desselben hatte Vincke in der Tat mit von der Heydt Verhandlungen geführt[2]). Der gemäßigte Ton in allen altliberalen Äußerungen aus dieser Zeit sowie die in seiner Flugschrift ausgesprochene Hoffnung Rößlers auf ein Ministerium Bismarck—Bonin—Vincke erklären sich wohl daher. Letztlich kam es darauf an, wie die Regierung sich endgültig zu dem Vermittlungsantrag stellte.

Und einen Augenblick schien es ja, als ob sie auf ihn eingehen wollte. Roon mußte aber bekanntlich am anderen Tag die dahingehende Äußerung zurücknehmen, da der König sonst zurückgetreten wäre.

Für unseren Zusammenhang ist die Feststellung wichtig, daß um diese Zeit die Altliberalen hoffen konnten, eine parlamentarische Stütze der Regierung zu werden, sogar annehmen durften, mit Bismarck zusammen im Ministerium zu sitzen.

Ständig zeigten sie sich von wahrer Sorge um die Existenz des preußischen Staates erfüllt und waren bereit, über die immer größer werdende Kluft zwischen Regierung und Volk eine Brücke zu schlagen

---

1) X, S. 307. 2) Löwenthal, S. 100/01.

und jede sich ihnen bietende Verständigungsmöglichkeit auszunutzen. Das ist der Ertrag der Haltung der Altliberalen, als aus dem Kampf um die Heeresreform der Verfassungskampf wurde. Dies geschah unter dem Ministerium Bismarck.

c) Die Anfänge Bismarcks

In den ersten Tagen seines Ministeriums versuchte Bismarck noch eine friedliche Lösung des Gegensatzes zwischen König und Parlament. Doch gab er bald den Versuch auf, dem König die Zustimmung zur zweijährigen Dienstzeit abzuringen. Desto mehr ging sein Bestreben dahin, durch außenpolitische Erfolge den inneren Kampf zu erledigen. Er tat damit das, was die Altliberalen, besonders die altliberalen Patrioten, seit jeher so leidenschaftlich gefordert hatten.

Seine ersten außenpolitischen Erfolge in Kurhessen und am Bundestage entsprachen im höchsten Grade den Wünschen der Liberalen. Da inzwischen aber der Verfassungskampf ausgebrochen war und täglich an Schärfe zunahm, mußten derartige Schritte als Hohn und Lächerlichkeit oder doch zum mindesten als nutzlos erscheinen. Wie standen aber die Altliberalen dazu?

Um die Tragweite und Tiefe des Verfassungskampfes voll zu erfassen, ist es angebracht, zunächst einen Blick auf die Geschehnisse und Stimmungen der ersten Tage des Ministeriums Bismarck zu werfen.

Die Stellung aller Liberalen war im Anfang keineswegs radikal abweisend gegen Bismarck. Forckenbeck, der in dem bevorstehenden „Säbelregiment im Innern und Krieg nach außen" nur eine Gefahr für Preußens Glück und Freiheit[1]) sah, stand fast vereinzelt da. Denn auch die fortschrittlich Liberalen nahmen zuerst eine abwartende Haltung ein, wenn sie auch fühlten, daß unter Bismarck etwas ganz Neues kommen würde[2]). Die Fortschrittler faßten dabei die Berufung des neuen Ministeriums als Folge ihres Sieges im Abgeordnetenhaus auf — was in der Tat richtig war — und erwarteten dementsprechend ein Eingehen auf ihre Wünsche, worin sie jedoch irrten. Das zeigte sich in der Unterredung, die Bismarck mit dem Abgeordneten Zabel[3]) hatte, die ergebnislos verlief, weil er die zweijährige Dienstzeit nicht zugestehen konnte.

---

[1]) In einem Brief 24. IX. 62, bei Philippson, Forckenbeck, S. 101.

[2]) Nirrnheim, S. 68. Löwenthal, der anders urteilt und Forckenbecks Urteil für typisch hält (S. 115), ist Nirrnheims Buch mit den wichtigen Auszügen aus der Presse entgangen. Außer der Augsburger Allgem. Zeitung und der Kreuzzeitung, die ja nicht Organe des preußischen Liberalismus sind, führt Löwenthal für diese Zeit keine Presse an.

[3]) Löwenthal, S. 116.

Gleichsfalls verhielten sich die Preußischen Jahrbücher abwartend[1]). Den Altliberalen Simson suchte Bismarck sogar persönlich auf und legte ein Zusammengehen der Altliberalen mit ihm nahe. Simson lehnte aber ab. Seine Parteifreunde Duncker und Vincke sahen jedoch dem neuen Ministerpräsidenten mit einigen Hoffnungen entgegen[2]). Duncker hatte in einer Unterredung mit Bismarck einen besseren Eindruck als Simson[3]). Wenn wir uns der schon früher an Bismarck geknüpften Hoffnungen, die Vincke und Duncker hegten, erinnern (vgl. oben S. 15 ff. u. 22), ist die Haltung zu verstehen.

Es ist schwierig, zu sagen, ob diese Bemühungen Bismarcks ganz ehrlich gemeint waren, oder ob sie seinem bekannten Bedürfnis entsprangen, vor entscheidenden Schritten erst alle Möglichkeiten abgetastet zu haben. Klar ist, daß Bismarck, der seit seiner Tätigkeit als Bundestagsgesandter und Gesandter in Petersburg und Paris mit der preußischen Innenpolitik nur eine mittelbare Berührung gehabt hatte, in diesem Augenblick noch die Schärfe der inneren Spannungen übersah.

Es kam zum offenen Ausbruch der Gegensätze, als Bismarck für den Fall des Nichtzustandekommens des Haushaltsgesetzes das „Notrecht" der Regierung proklamierte und zur Außenpolitik die Worte von „Eisen und Blut" sprach. Aber selbst in diesem Augenblick stellten sich die um die Forterxistenz des preußischen Staates besorgten Altliberalen noch einmal zwischen die streitenden Mächte. Sie waren bereit, dem Ministerium bis zum Zustandekommen des Haushaltsgesetzes einen Kredit einzuräumen. Zur Begründung wurde von Vincke u. a. auf das anfängliche Entgegenkommen Bismarcks hingewiesen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß er den König noch umstimmen werde.

Bismarck war mit diesem Antrag einverstanden, die Fortschrittspartei bemängelte aber an ihm das Fehlen jeglicher Garantien für eine spätere Einigung. Gneist forderte für einen solchen Zwischenkredit Garantien in der Landwehrfrage und hinsichtlich des Dienstpflichtgesetzes[4]). Der Antrag Vincke wurde abgelehnt. Damit hatte der eigentliche Verfassungskampf begann. Einige Tage darauf wurde der Landtag geschlossen.

Die Tatsache des Vinckeschen Vermittlungsantrages weist darauf hin, daß man sich im altliberalen Lager noch mit der Hoffnung trug, parlamentarische Stütze der Regierung werden zu können. Auch nach der Schließung des Landtags gab man diese Hoffnung nicht auf[5]).

---

[1]) X, S. 311. Vgl. Nirrnheim, S. 62/63.
[2]) Simson, Erinnerungen, S. 355.
[3]) Haym, Duncker, S. 281.
[4]) Die Lage der preußischen Heeresorganisation am 29. IX. 62, S. 21 ff.
[5]) Nirrnheim, S. 113/14.

Die Stimmungen und Hoffnungen der Altliberalen mögen an Hand ihrer Publizistik verdeutlicht werden. Wieder war es auch jetzt Rößler, der in einer Flugschrift[1]), zur Eintracht zu mahnen versuchte: Die inneren Gegensätze sollen zugunsten der Außenpolitik zurückgestellt werden. Bismarck ist kein Reaktionär. Dann die prophetischen Worte: „Wenn Herr von Bismarck der Regierung, an deren Spitze er steht, den Impuls zu einer kühnen, fortwirkenden unwiderruflichen Tat in der deutschen Frage geben kann, so wird in wenigen Tagen vergessen sein, was er noch gestern gesprochen, getan und zugelassen hat. Dann ist es mit der Reaktion zu Ende, aber auch mit der Opposition. Unter anfänglichem Widerstreben wird lawinenartig durch die deutschen Provinzen der Ruf einer Nation sich fortpflanzen, welche durch Reden zur Verzweiflung gebracht ist . . . Die Nation wird jubelnd rufen: Eine Diktatur für einen Mann"[2]).

Dies Bild, das die parteigeschichtlichen Vorgänge 1866/67 fast vorwegnimmt, entsprach allerdings keineswegs der Stimmung der damaligen Tage. Sogar die Preußischen Jahrbücher beurteilten Rößlers Flugschrift sehr abfällig, indem sie sie als wirklichkeitsblind und Stimme eines Einzelnen hinstellten[3]). In diesem Augenblick kam es nämlich den Preußischen Jahrbüchern auf eine geschlossene liberale Opposition an[4]). Dennoch sollte die von ihnen erstrebte Einigkeit der liberalen Parteien keine Einheit derselben bedeuten; mit Erfolg kann schließlich nur auf dem Fundament einer konstitutionellen Partei gekämpft werden[5]), meinten sie. Sie soll in dem Kampf gegen die Regierung der Fortschrittspartei um nichts nachstehen, soll aber auch zugleich deren Mitglieder, die „keine spezifisch demokratischen Prinzipien und keine revolutionären Hintergedanken haben", zu sich herüberziehen. Diesem Bestreben sollen die Preußischen Jahrbücher dienen. Zu diesem Zwecke wollte Haym eine Reihe von Artikeln aus der Hand tüchtiger Politiker und Gelehrten — an Sybel, Häußer, Twesten und Treitschke dachte er — erscheinen lassen[6]). Schien es doch darauf anzukommen, daß die Opposition gründlich, tiefdurchdacht und von demagogischem Beigeschmack frei

[1]) „Preußen nach dem Landtage 1862"; im November erschienen.
[2]) S. 42/43.
[3]) X, S. 523 ff.
[4]) ebd. S. 503.
[5]) ebd. S. 628 ff.
[6]) H. an Sybel, 17. XII. 62, Heyd. S. 121. Hayms Plan konnte nicht durchgeführt werden, da keine Beiträge von Twesten und Sybel, auf die es ankam, weil sie nicht der altliberalen Partei angehörten, eingingen. Treitschke an Haym 19. X. 62, Briefe II, S. 239/40 war mit Hayms Vorschlag einverstanden, da ihm schon lange die Preußischen Jahrbücher „zu konservativ" waren; er begrüßte auch die angestrebte enge Verbindung mit den anderen Fraktionen und meinte in einem anderen Briefe an Haym, 17. XI. 62, ebd. S. 243, Anmerkung 1, daß die Demokratie „noch

sein mußte. In diesem Sinne forderte Wehrenpfennig, daß der Kern des Widerstandes in den „geblideten Mittelstand" verlegt werden muß[1]). Nicht um die Erweiterung der parlamentarischen Macht oder gar zur Unterwerfung der Krone soll der Kampf geführt werden, sondern um ihr ein ehrenvolles Kompromiß zu bieten[2]). Damit ist gesagt, daß die Altliberalen bewußt auf anderer Grundlage als die liberale Mehrheit den Verfassungskampf führte, die ihn mit dem Ziele der Erweiterung der parlamentarischen Macht führte (vgl. oben S. 30, 41). Sie wußten sich von Überschätzung des Liberalismus wie von Unterschätzung des Gegners frei.

Für diese Pläne zur Parteiumbildung im altliberalen Sinne, für die die Preußischen Jahrbücher nur den literarischen Niederschlag abgeben wollten, galt es wieder einen geeigneten Mann zu finden; am besten schien es, wenn dieser nicht aus den Reihen der durch die Neue Ära belasteten Altliberalen stammte. Vor etwa einem Jahr hatte man sich um Sybel vergebens bemüht. Dieser war aber nach dem Scheitern seines letzten Verständigungsversuches im September und dem Ausbruch des Verfassungskampfes endgültig zur entschiedenen Opposition übergegangen[3]). Mehr Hoffnung schien bei Twesten zu liegen, zumal dieser sich mit „Ekel" über die Mehrzahl seiner nur oppositionellen Parteigenossen ausgesprochen hatte[4]). Dazu hatte er seinen Sitz im Vorstande der Fortschrittspartei wegen seines Vermittlungsantrages verloren. Gerade dieser Vermittlungsantrag sollte als Grundlage der neuen Gruppierung dienen; Twesten sollte den Anfang machen[5]). Denselben Wunsch brachte auch Haym in dem Schreiben, in welchem er Twesten um Mitarbeit bei den Preußischen Jahrbüchern bittet, zum Ausdruck[6]). Twesten lehnte jedoch dieses Ansinnen ab, da die jetzigen Verhältnisse dazu nicht angetan seien[7]).

In der Tat mußten angesichts des sich stetig verschärfenden Verfassungskampfes derartige Bemühungen scheitern. Wie sollte auch

---

lange unser bester Bundesgenosse" bleibe. — Hayms parteimäßige Einstellung schwankte um diese Zeit zwischen Vincke und dem linken Zentrum, an Sybel 1. II. 63, Heyd. S. 129.

1) P. J. X, S. 629.

2) ebd. XI. S. 102.

3) Varrentrapp, S. 117, Anmerkung.

4) Haym an Treitschke 4. XI. 62. Hayms Briefwechsel S. 209.

5) J. Schmidt an Twesten 19. XII. 62, Heyd. S. 123: „Nun wurde von allen Seiten auf Sie reflektiert, als ob Sie wohl imstande, die Neubildung einer solchen frischen kostitutionellen Partei in Angriff zu nehmen."

6) H. an Twesten 10. I. 63. Heyd. S. 125: „Ich lege das allergrößte Gewicht gerade auf Ihren Namen und Ihre Hilfe. Unmittelbar nach dem Zusammentritt des Abgeordnetenhauses muß sich ja die Stellung und Gruppierung der Parteien entscheiden."

7) Haym an Sybel 23. I. 63, Heyd. S. 126, Anm. 2.

auf der Grundlage des Sybel—Twesten—Stavenhagenschen Vermittlungsvorschlages, von dem weder die Regierung noch die liberale Mehrheit etwas wissen wollte, eine Neugruppierung zustandekommen? Es half auch den Altliberalen nichts, wenn sie sich vielfach Mühe gaben, in derselben Weise wie die Fortschrittspartei den „Verfassungsbruch" Bismarcks zu bekämpfen. Die Führung des Kampfes ging noch mehr auf die Fortschrittspartei über. Sie nahm noch weiter an Macht und Ansehen beim Bürgertum zu, während die Altliberalen immer mehr verloren[1]). Es wurde ihnen wie bisher vorgeworfen, daß sie von oben auf das Volk herabsähen und sich den von unten hinaufströmenden Volkskräften verschlossen hätten[2]). Die Grenzboten, die diesen Vorwurf erhoben, und das alte Blatt der rheinischen Konstitutionellen, die „Kölnische Zeitung", sind von jetzt an nicht als altliberale Organe anzusehen[3]). Die Preußischen Jahrbücher fühlten sich noch weiter der altliberalen Sache verbunden, wenn auch mit Einschränkungen.

Nach den ersten Wochen des Ministeriums Bismarck hatte sich also bei den Altliberalen, besonders in ihren Zeitschriften, ein beträchtlicher Umschwung vollzogen. „Man hatte Anderes erhofft und sah sich nun durch das energische Vorgehen Bismarcks, der sich um keine Partei groß kümmerte, doch einigermaßer enttäuscht. Man tadelte sein erstes Auftreten, ohne jedoch die Hoffnung auf einen Umschwung der Dinge aufzugeben.[4])"

d) Der Forckenbecksche Vermittlungsantrag

Daß die Altliberalen den Bruch mit der Regierung als noch nicht endgültig vollzogen ansahen, zeigte ihre Haltung bei der Beratung der Adresse des am 14. Januar 1863 zusammengetretenen Landtages. Der Virchowsche Entwurf, der angenommen wurde, war eine Anklage gegen die Regierung, während Vinckes Entwurf wesentlich gemäßigter war[5]). Schwerin verteidigte ihn. Er machte sich aber dabei ganz den schroffen Rechtsstandpunkt der Fortschrittspartei zu eigen und erklärte unter stürmischem Beifall: „Recht geht vor Macht". Auf jeden Fall wollten die Altliberalen den letzten Schritt zum Kampf gegen Bismarck noch nicht tun. Vincke hoffte noch bei irgendeiner Wendung seine Partei zur mitverantwortlichen machen zu können;

---

[1]) Bernhardi IV, S. 329.

[2]) Gb. 1862, IV, S. 369/70

[3]) Vgl. Nirrnheim, S. 85 ff., der aber die Gb. als zu versöhnlich gestimmt beurteilt. Die „rechtsstehenden Elemente der liberalen Parteien," S. 88 waren für die Gb. das linke Zentrum und die gemäßigten Teile des Fortschritts.

[4]) Nirrnheim S. 88. Vgl. oben S. 19.

[5]) Löwenthal, S. 143 ff.

seine kleine Fraktion sollte selbständig bleiben, selbst auf die Gefahr hin, bei der nächsten Wahl noch weiter zu verlieren[1]).

Die Altliberalen trösteten sich mit der Einsicht, daß der Konflikt schließlich doch der Mittelpartei recht gegeben habe, da er zeige, daß das Abgeordnetenhaus in Preußen nicht allein regiere und daß die liberale Mehrheit unter Vincke in der Zeit der Neuen Ära nicht schlapp gewesen sei. So die Preußischen Jahrbücher[2]). Eine maßvolle Auffassung über die Rechte des Parlaments war ja von jeher ein Hauptgrundsatz der Altliberalen gewesen.

Das hindert nicht, daß die Preußischen Jahrbücher in diesem Augenblick nicht mit der Sonderstellung, die die Fraktion in der Adreßfrage eingenommen hatte, einverstanden waren, was wiederum nicht bedeutet, daß sie an die Kraft der Adressen glaubten[3]). Doch waren diese, wenn auch nur kleine, Meinungsverschiedenheiten hinreichend, um die Lage der Fraktion und des Fraktionsführers noch schwieriger zu machen.

Noch mehr isolierte sich letzterer bei fast allen Liberalen durch die Stellung, welche er zum polnischen Aufstand einnahm. Es ist hier nicht der Ort, die Stellung Bismarcks zu dem Polenaufstand darzustellen und zu beurteilen. Für unseren Zusammenhang genügt die Feststellung, daß die gesamte liberale öffentliche Meinung Deutschlands und Europas auf seiten der Polen und gegen den russischen Despotismus stand, als dessen Handlanger Bismarck galt. Von den Altliberalen sprachen sich die Abgeordneten Bonin und Simson gegen das Vorgehen Bismarcks aus, eine gleiche Stellung nahmen die Preußischen Jahrbücher ein[4]). Vincke dagegen lobte sogar noch das Vorgehen der Regierung, und sein Vetter sprach in Privatgesprächen sehr entrüstet über die „nichtswürdigen Sympathien" der Fortschrittspartei für die Polen[5]). Duncker äußerte sich geringschätzig über den „Polenschwindel" der Fortschrittler, wenn er auch die Alvenslebensche Konvention mißbilligte[6]). Droysen trat für Bismarck ein[7]). Rößler dagegen sah nunmehr seine Hoffnungen auf Bismarck enttäuscht; er war aber auch gleich verstimmt über die Linke wie über Vincke[8]).

Diese Äußerungen zeigen, wie nüchtern diese Männer im Gegensatz zur „öffentlichen Meinung" die politischen Dinge sahen. Fürwahr

---

1) Bernhardi V, S. 29.
2) XI, S. 191.
3) ebd. S. 96, 190. Vgl. Nirrnheim, S. 154. — Haym an Sybel 1. II. 63, Heyd. S. 129.
4) XI, S. 199 ff.
5) Bernhardi V, S. 38.
6) ebd. S. 101. Haym, Duncker, S. 286. Auch Bernhardi war weder für die Polen noch für Bismarck.
7) O. Hintze über Droysen, A. D. B. 48, S. 118.
8) R. an Freytag, 4 III. 63, Heyd. S. 135/36.

ein großer Beweis für ihre realpolitische Einsicht, zumal gerade in der Polenaufstandsfrage alles gegen Bismarck zu sprechen schien.

Für die Liberalen war die Stellung Bismarcks zum Polenaufstand ein Beweis, daß dieser auch nach außen einseitig „reaktionäre“ Politik treiben wollte. Seine ersten Anläufe im Sinne einer nationalen Politik erschienen dadurch noch fragwürdiger. Um so mehr muß uns verwundern, daß die Liberalen noch einmal eine „Verständigung mit der Regierung anstrebten. Daß natürlich eine wirkliche Verständigung ausgeschlossen war, wußten auch die Befürworter einer solchen. Sie verbanden mit diesem Versuch zugleich die Absicht, die radikalen Elemente der liberalen Mehrheit schon jetzt auf eine positive Haltung zu verpflichten, damit diese nicht im Falle des bald erwarteten Regierungswechsels das Staatsleben gefährdeten[1]). Um den Forckenbeckschen Vermittlungsvorschlag, in dem sich die Wünsche und Forderungen der Gemäßigten verdichteten, wurde im eigenen Lager hart gerungen; Waldeck und sein Kreis wünschten wieder einfach Verwerfung der Regierungsvorlage und Zurückführung auf den Zustand vor der Reform. Demgegenüber war der Vermittlungsantrag mit einer erhöhten Aushebungsziffer einverstanden, verlangte aber dafür die zweijährige Dienstzeit. Außerdem enthielt er eine Reihe mehr politischer Forderungen, die sich gegen die Exklusivität des Heeres und des Offizierstandes richteten, Beschränkung der militärischen Gerichtsbarkeit, Aufhebung der Kadettenhäuser u. ä.

Die Meinungsverschiedenheiten im Lager der Mehrheit gaben den Hoffnungen der Altliberalen auf entsprechende Umbildung der Parteiverhältnisse wieder einmal neue Nahrung. Die Berl. Allg. Zeitung, die sich oft sehr gut von den Zwistigkeiten im Lager der fortschrittlichen Fraktionen unterrichtet zeigte und sie gehörig hervorhob, meinte, daß zwischen Waldeck und Forckenbeck nicht nur ein taktischer, sondern auch ein prinzipieller Unterschied bestehe[2]). Sie selbst trat natürlich für Forckenbeck ein und bekämpfte diejenigen, die ihre Zustimmung erst vom politischen Systemwechsel abhängig machen wollten[3]). In einer Polemik gegen die fortschrittliche Vossische Zeitung schrieb sie, daß die „Bildung einer Fraktion Twesten-Lette“ nicht nur Träumerei sei[4]).

In gleicher Weise hofften die Preußischen Jahrbücher auf eine konstitutionelle Parteibildung. Sie unterschieden zwischen einer militär- und staatsbejahenden und einer demokratischen Strömung

---

[1]) Sybel an Baumgarten, 7. IV. 63, Heyd. S. 141, Dehio, S. 315/16.

[2]) 23. IV. 63. — Die Abgeordneten der Fortschrittspartei waren dagegen bemüht, der Öffentlichkeit die Gegensätze als bedeutungslos darzustellen.

[3]) 29. IV. 63. Ähnlich 9. V. 63: Hie Agitation, dort Staatswohl als Gesichtspunkt.

[4]) ebd.

in der Opposition[1]). Die Vereinigung von konstitutioneller Freiheit und militärischer Macht — das Idealbild der Preußischen Jahrbücher und des Altliberalismus — schien ihnen durch den Forckenbeckschen Antrag in die Nähe gerückt. Dabei forderten sie allerdings den Sturz Bismarcks, dem durch Nachgeben der Kammer in der Heeresfrage der Boden entzogen werden sollte[2]). Sie verharrten damit im Gegensatz zu den Grenzboten auf einem „selbständigen Standpunkt und vertraten durchaus die Meinungen einer zur Regierung berufenen Partei"[3]). So rückten sie der Fraktion doch wieder näher.

Es ist also trotz allem bei den Liberalen immer noch ein weitgehender Verständigungswille festzustellen. Diesen Ansätzen und damit den Hoffnungen der Altliberalen machte dann allerdings der Zwischenfall Roon—Sybel—Bockum—Dolffs ein Ende. Der Landtag wurde plötzlich vertagt und am 3. September 1863 aufgelöst. Man mag das Verhalten Roons und Bismarcks als bewußte Provokation beurteilen, begründet durch den Wunsch, revolutionäre Ausbrüche oder doch wenigstens eine noch weitere Radikalisierung hervorzurufen, die beide Minister dem König noch näher verbunden hätte, oder aus der überhitzten Konfliktsluft verstehen.

Für unseren Zusammenhang, die altliberale Parteigeschichte, hat der gewaltsame Abbruch aller Verständigungsmöglichkeiten dasselbe Ergebnis wie im vorigen Jahre: Wenn sich unter dem Druck des gemeinsamen Gegners die Unterschiede zwischen den entschiedenen und gemäßigten Liberalen verwischen, haben die Altliberalen keine Aussicht auf Umbildung der Parteiverhältnisse in ihrem Sinne, geschweige denn auf Zuwachs[4]). So lehnte auch Twesten, der mit Haym sich noch über diese Frage in Briefen aussprach, eine Umbildung der Parteien in erwähntem Sinne jetzt ab, da der Riß zwischen dem gemäßigten und radikalen Teil, aus dem sich eine neue Parteibildung hätte ergeben können, seit der Beseitigung des Militärgesetzes nicht mehr bestehe; nun sei das „demagogische" Element zur Durchkämpfung des liberalen Standpunktes notwendig[5]), meinte er. Haym glaubte jedoch noch weiter an die Möglichkeit einer späteren politischen Begegnung [6]) mit Twesten. Sie erfolgte 1867.

---

[1]) XI, S. 554 ff; ebd. S. 431 ff. — Vgl. Nirrnheim, S. 164: Zwei Richtungen, „die sich unbedingt später trennen mußten, sobald das Bindeglied in der gemeinsamen Opposition gegen die Regierung in Wegfall kam." Philippson S. 114. „Es war die Vorbedeutung der Spaltung der Fortschrittspartei im Jahre 1866!"

[2]) XI, S. 433 ff.

[3]) Nirrnheim, S. 178.

[4]) Vgl. Zechlin, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht, S. 355/56.

[5]) Tw. an Haym 28. V. 63, P. J. 161, S. 253.

[6]) H. an Twesten 5. VI. 63, ebd. S. 256.

Fünftes Kapitel. Der Höhepunkt des Verfassungskampfes (1863)

a) Die Stellung der Altliberalen zur Preßverordnung vom 1. Juni und in den Wahlen im Oktober 1863

Nach dem Scheitern des Forckenbeckschen Vermittlungsvorschlages war an eine Abschwächung, geschweige eine Versöhnung der Gegensätze nicht mehr zu denken. Der Kampf wurde nunmehr auf beiden Seiten mit der größten Erbitterung geführt. Das zeigten der Wahlkampf und die ihm vorausgegangene Preßverordnung. Mit ihrer Hilfe, ferner durch Maßregelungen liberaler Beamter und andere Druckmittel wollte Bismarck sich ein gefügiges Abgeordnetenhaus schaffen. Auf der anderen Seite wiederum sollte der Appell an den preußischen Patriotismus seine Wirkung tun; es war ja die Zeit, in der Österreich, die Mittelstaaten und die großdeutsche Bewegung zum Schlage gegen Preußen ausholten, der aber infolge der eigenen Uneinigkeit und des diplomatischen Geschicks Bismarcks nicht zur Ausführung kam. Bismarck erreichte jedoch weder mit Hilfe der innenpolitischen Druckmittel noch durch den Hinweis auf die Außenpolitik ein seinen Wünschen entsprechendes Abgeordnetenhaus. Seine außenpolitischen Erfolge wurden als Mißerfolge ausgelegt. So wurde die Gefahr der Isolierung, in der Preußen während des Frankfurter Fürstentages geschwebt hatte, auf die Unfähigkeit der Regierung, die im Auslande keine Achtung mehr habe, zurückgeführt[1]). Wie sollte man auch einer Regierung, die die innere Freiheit unterdrückte, glauben, daß sie die äußere herstellen könne und wolle[2])!

In der Tat waren die heiligsten Güter des Liberalismus, Freiheit der Persönlichkeit und der Meinungsäußerung, zu tief herabgewürdigt, als daß sich jetzt ein Umschwung erwarten ließ. Haß und Verbitterung beherrschten beide Seiten gleich stark. Wir fragen, wie die Altliberalen, bei denen wir immer ein den Durchschnittsliberalen überragendes Maß von Verständnis für außenpolitische Notwendigkeiten und von Staatsgefühl feststellten, sich zu diesen Vorgängen verhielten.

Selbst ein so gemäßigter Mann wie Bernhardi war schon zu Beginn des Jahres 1863 nicht mehr der Ansicht, daß außenpolitische Initiative den Riß im Innern erledigen könne[3]). Über die Preßverordnung war er entsetzt. Er meinte, daß sich damit das Königtum auf revolutionäre Grundlage gestellt, also aufgegeben habe[4]). Duncker urteilte nicht so pessimistisch. Aber auch er war mit dem Vorschlag

---

[1]) Gb. 1863, III. S. 439.

[2]) Vgl. Wahlaufruf der Fortschrittspartei 12. IX. 63, Parisius S. 66: „Das deutsche Volk wendet sich teilnahmslos von einem Staate ab, der die eigene Verfassung nicht auszubauen, der die innere Freiheit nicht zu sichern vermag."

[3]) Bernhardi V, S. 5, 12, 54/55.

[4]) ebd. S. 111.

Bernhardis einverstanden, daß das Ministerium wegen der Preßverordnung in Anklagezustand zu versetzen sei, und zwar sollte der Antrag dazu von altliberaler Seite gestellt werden, sonst „verlieren wir alles Ansehen und allen Einfluß im Lande"[1]). Eine eigentümlich maßvolle Haltung zur Preßverordnung nahmen die Preußischen Jahrbücher ein. Es kam wieder der um ein Verständnis des Gegners ringende und auf den Ausgleich der Gegensätze gerichtete Geist Hayms zum Ausdruck. Er griff die Regierung gemäßigt, in erster Linie mit sittlichen und verfassungsrechtlichen Argumenten, an[2]). Gewiß war diese milde Tonlage auch aus Gehorsam gegen die Preßverordnung diktiert[3]), trotzem kommt darin auch das vom Ganzen ausgehende politische Denken Hayms, das sich vom Glauben an die Sittlichkeit des Staates und seiner Gewalten getragen weiß, zum Ausdruck. So meinte er, daß auch die Regierung letztlich das Beste für den Staat wolle. Von der Presse als dem Gewissen der öffentlichen Meinung verlangte er, daß sie jetzt nicht einfach aus Trotz oder Furcht schweige, sondern in dem bescheidenen Rahmen, der ihr noch gelassen sei, ihre Pflicht tue.

Diese Haltung brachte den heißblütigen Treitschke in Harnisch: In einem Grenzbotenartikel[4]) übte er vernichtende Kritik an Hayms „Vertrauensseligkeit" und stellte fest, daß die Preußischen Jahrbücher noch gar nicht die große Umbildung des deutschen Parteilebens begriffen hätten. Haym entgegnete sehr würdig und sachlich[5]): Bloßes Feststellen des Unrechtes oder trotziges Schweigen ist ein ungeeigneter Weg. Den tiefsten Unterschied zwischen den beiden Zeitschriften sah er durchaus grundsätzlich in der verschiedenen „Beurteilung des vorhandenen politischen Materials". Er weiß von dem „weitverbreiteten Mißtrauen" gegen die Altliberalen und meinte darum zu verstehen, daß die Grenzboten gerne diesen Anlaß benutzten, um sich öffentlich von ihnen loszusagen. Treitschke bestätigte dies in einem Brief an Haym; er wies ferner darauf hin, daß G. Freytag und die Grenzboten schon seit längerer Zeit nicht mehr den Altliberalen zuzurechnen seien[6]).

---

[1]) ebd. S. 113/12. Die Preßverordnung wurde sofort nach dem Zusammentritt des Landtags aufgehoben. Simson und Gneist als Berichterstatter legten ihre Verfassungswidrigkeit dar.

[2]) Artikel: Die Verordnung vom 1. Juni und die Presse, P. J. XI, S. 627 ff.

[3]) Haym, Erinnerungen, S 270: „Trotz derselben uns nicht mundtot machen zu lassen, dem Ansturm in einer gedeckten Devensivstellung Stand zu halten, das war der Sinn."

[4]) Das Schweigen der Presse in Preußen, Gb. 1863, III, S. 111 ff. Vgl. dazu Tr. an Haym 17 VII. 63. Briefe II, S. 274: In Preußen regiert „eine Frivolität, der ein geschworener Eid so leicht wiegt wie eine Feder."

[5]) Ein Artikel der Grenzboten, P. J XII, S. 62 ff. Vgl. dazu Haym an Treitschke 18. VII. 63, Hayms Briefw. S. 221 ff.

[6]) 19. VII. 63, Briefe II, S. 276.

Die Beziehungen der beiden Zeitschriften und besonders die Treitschkes mit den Altliberalen waren damit für ein Jahr abgebrochen. Wenn wir auf diesen Streit zurückblicken und uns die wahren Kräfteverhältnisse vor Augen führen, können wir vielleicht sagen, daß Hayms maßvolle Haltung die Lage und die Möglichkeit der Liberalen besser erfaßte als Treitschkes Ungestüm[1]). Es kommt so die eigenartige Situation zustande, daß Hayms letztlich unpolitischer Idealismus, der sittliche Maßstäbe an die Politik herantrug, der Wirklichkeit besser gerecht wurde als Treitschkes politischer Realismus, der den Verfassungskampf als Machtfrage erkannte; denn was nützte diese Erkenntnis, wenn man selbst keine Macht hatte. Hayms bescheidenere Zielsetzung bewahrte auf jeden Fall die Altliberalen vor Selbstüberschätzung und Enttäuschungen; weitere Ausführungen über diesen Punkt bringt der nächste Abschnitt.

Ein solcher Streit im Lager der Altliberalen war nun gewiß nicht geeignet, diesen eine Stellung im Wahlkampf zu verschaffen. Auch sonst war ja die Stimmung ihm nicht gerade günstig. Zu einem geschlossenen Vorgehen (Wahlaufruf, Wahlausschuß) kam es gar nicht. Die Berl. Allg. Zeitung war um die Mitte des Jahres eingegangen. Die Grenzboten gingen auch diesmal wieder mit der Fortschrittspartei und rieten den Altliberalen, dasselbe zu tun[2]). Bis zu einem gewissen Grade befolgten diese auch den Rat. Die Politischen Korrespondenzen Wehrenpfennigs hoben jetzt mehr die gemeinsame Gegnerschaft gegen das Ministerium hervor, hielten die Hindernisse für eine Verständigung mit der Fortschrittspartei nicht mehr für unüberwindlich und traten für die „aufrichtige Alliance aller liberalen Parteien“ ein. Auf der andern Seite stand ihnen jedoch der grundsätzliche Unterschied fest. Sie wußten aber, daß die Gemäßigten sich augenblicklich nicht durchsetzen konnten. Erst der Umschwung der Verhältnisse könne den Umschwung der Gemüter bringen[3]).

So erlitten die Altliberalen — wie Sybel an Baumgarten am 19. September 1863 schrieb: „Die Altliberalen werden ziemlich ganz verschwinden[4]) — abermals eine vernichtende Niederlage. Sie sanken auf 9 Sitze. Georg von Vincke, Kühne, Patow, Auerswald wurden nicht wiedergewählt. Sogar Halle, der alte Sitz der Altliberalen, ging an die Fortschrittspartei verloren; Mommsen und ein anderer Fortschrittler vertraten diesen Wahlkreis bis 1866. Die wiedergewählten Mitglieder der Rönne-Grabowschen Fraktion schlossen sich dem linken Zentrum an, das auf diese Weise noch einige Sitze hinzugewann. Die Fortschrittspartei konnte ihren Bestand um

---

[1]) Katsch, Heinrich von Treitschke und die preußisch-deutsche Frage 1860—66, S. 30.

[2]) 1863, III, S. 512.

[3]) XI, S. 297 ff.

[4]) Heyd., S. 172.

2 Sitze vermehren; in ihr fand eine weitere Radikalisierung statt, wie in der Wahl Temmes und Jakobis, radikaler Demokraten, in Berlin zum Ausdruck kam; Twesten mußte ein Mandat außerhalb Berlins annehmen[1]).

Die Altliberalen spielten fortan kaum noch eine parlamentarische Rolle. Um ihre Stellung zu den politischen Vorgängen zu erfahren, sind wir noch mehr auf die Äußerungen ihrer Publizistik und ihrer unabhängigen, nicht zur Fraktion gehörigen Kreise und Persönlichkeiten angewiesen.

Ihre Wahlniederlage nahmen die Altliberalen vielfach ziemlich gleichmütig hin. Die Schuld trugen ja letztlich nicht die Wähler, sondern die Maßnahmen der Regierung[2]). Wenn auch die Preußischen Jahrbücher forderten, die „*homogenen* Elemente zu einer *Verfassungspartei*“ zusammenzufassen[3]), so dachte diesmal Wehrenpfennig an einen Übertritt des altliberalen Restes zum linken Zentrum[4]). Bei der geringen Zahl konnten ja die Altliberalen von sich aus nichts unternehmen. Oder — die Verhältnisse mußten sich ändern.

Für unsern Zusammenhang ist die Feststellung wichtig, daß die Altliberalen auf dem Höhepunkt des Verfassungskampfes — als die Fortschrittspartei den Gipfelpunkt erreichte — ihren Tiefstand erlebten.

b) Die Altliberalen im Verfassungskampf

Um die eigentümliche Stellung der altliberalen Opposition im Verfassungskampf voll zu verstehen, ist es nötig, ihre grundsätzliche Haltung zu den verschiedenen Verteidigungs- und ähnlichen Fragen, die der Kampf aufwarf, darzustellen. Dabei wird es geboten sein, zunächst die Haltung, Stimmung und Taktik der übrigen Liberalen ins Auge zu fassen.

Um diese Zeit erwarteten die *nichtpreußischen Liberalen* von ihren Gesinnungsgenossen in Preußen den Ausbruch
mus von seinen Gesinnungsgenossen in Preußen den Ausbruch
revolutionärer Stimmungen, auf jeden Fall Schritte und Entschlüsse, die die Abgeordneten aus dem Parlament hinausführten und nicht vor dem Einsatz des Volkes und seiner Führer zurückschreckten. Man dachte etwa an Massenpetitionen und ähnliche Proteste, die die Gegenseite in Schrecken versetzen und dadurch eine revolutionäre

---

[1]) Vgl. Tw. an Lipke 27. IX. 63, Heyd., S. 173 — Twesten betont aber auch, daß die Radikalen an sich in der Partei nicht die Mehrheit haben, daß aber letztere gegen sie nichts Entscheidendes zu tun wage.

[2]) P. J. XII, S. 393.

[3]) ebd., S. 403.

[4]) W. an Häußer 6. XI. 63, Heyd. S. 178.

Atmosphäre erzeugen sollten[1]). Die Grenzboten schienen noch einen Schritt weiter zu gehen. Sie forderten: „Das preußische Volk muß sich selbst helfen.“ „Eins aber mögen die Bürger Preußens bedenken, daß die Zeit der Petitionen und Demonstrationen vorbei ist“[2]). Was aber konkret geschehen sollte, wurde nicht gesagt. Lediglich Lassalles Vorschlag, nicht mehr das Abgeordnetenhaus zu beschicken, und damit die gesetzgeberische Tätigkeit des Staates überhaupt lahmzulegen, trug wirklich revolutionären Charakter; denn er ging damit von der Stimmung zur praktischen Forderung über. Ein eigentümliches Gemisch von radikaler Stimmung und Forderung nach der revolutionären Tat stellt die Äußerung Treitschkes dar, die doch auch zugleich ein Stück politischen Realismus zeigt: „Die Revolution ist in meinen Augen nur eine Zweckmäßigkeitsfrage; sobald sie Aussicht auf Erfolg hat, muß sie gewagt werden“[3]).

Jedoch wollten die liberalen Abgeordneten in Preußen von all dem nicht viel wissen. Sie lehnten in richtiger Einschätzung der ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten das Spielen mit der Revolution ab, ebenso das Hineintragen des Verfassungskampfes in das breite Volk[4]). Die zu erwartende Gleichgültigkeit der breiten Masse für den Kampf des höheren Bürgertums oder die in solchen Fällen dann eintretende Gefahr, daß die Führung des Kampfes an die demokratische Bewegung überging, geboten der Fortschrittspartei Zurückhaltung; denn trotz mancher demokratischen Wähler und Mitkämpfer in ihren Reihen war sie im Grunde in ähnlicher Weise wie die Altliberalen eine „Notablenpartei“ (Ziekursch), wenn auch im Augenblick die demokratischen Elemente der Fortschrittspartei den Charakter der Entschiedenheit und Volkstümlichkeit verliehen. Darum mußte sie einen Mann wie Lassalle von sich abschütteln. Diese Tatsache hinderte nicht, daß Drohungen mit der Revolution in der Hitze des Kampfes ausgestoßen wurden[5]).

---

[1]) Baumgarten an Sybel 22. V. 63, Heyd. S. 151. „Man muß ihnen (d. h. der Reaktion) die lebhafte Besorgnis erregen, daß sie eines Tages wie tolle Hunde totgeschlagen werden.“ Vgl. Dehio, S. 314 ff.

[2]) Gb. 1863, II, S. 393.

[3]) Tr. an Haym 27. VI. 63, Briefe II, S. 269.

[4]) Sybel an Baumgarten 9. V. 63, Heyd. S. 149/50; 26. V. 63, Heyd. S. 152/53.

[5]) Vgl. Dehio, S. 289: „Sie waren harmlose Rhetoren, die ihrerseits auf die Taten des Volkes warteten.“ — Wahl behauptet in „Beiträge zur Geschichte des Konflikts“, S. 81 ff. eine wirkliche Revolutionsabsicht und führt als Beweis dahingehende Äußerungen liberaler Politiker und die Abwehr- und Kampfmaßregeln der Regierung an. Demgegenüber führt Bergsträßer H. V., S. 368 ff. die daraus gezogenen Folgerungen Wahls auf ein erträgliches Maß zurück. Das von Heyderhoff neu erschlossene Briefmaterial, das Wahl zum Teil noch unbekannt war, erhöht die Gewißheit, daß von wirklicher Revolutionsabsicht und Gefahr keine Rede sein kann, vgl. Heyd., S. 20/21.

Einigkeit bestand bei der Opposition lediglich in einer, der taktischen Frage, wie Dehio überzeugend gezeigt hat: Da sich die Oppsition über die Mangelhaftigkeit ihrer inneren Druckmittel klar war, wollte sie äußere kriegerische Verwicklungen benutzen, um den Sturz des verhaßten Ministeriums durch Verweigerung der Kredite herbeizuführen[1]).

Wie standen die Altliberalen dazu[2]) Waren sie bereit, auf Grund ihrer bekannten Einstellung den preußischen Staat ihren innenpolitischen Forderungen unterzuordnen?

Eine der wenigen Stellen, die von der „Revolution" reden, mag die Antwort geben. Die Preußischen Jahrbücher meinten, daß die deutsche Frage nur von Preußen oder der „Revolution" gelöst werden könnte. Dann heißt es weiter: Liberale Gesinnug genügt nicht, sondern „reelle Kräfte, die von geographischen und ethnographischen Bedingungen abhängen", müssen hinzutreten[3]). Damit ist nicht weniger als ein Festhalten am preußischen Staate zum Ausdruck gebracht. Dasselbe Staatsgefühl, und zwar ein solches, das dem konkreten und nicht einem vorgestellten liberalen Preußen galt, verraten die Äußerungen zum österreichischen Reformprojekt: „Uns sind durch unser preußisches Ehrgefühl und Staatsgefühl Grenzen gezogen, die wir auch im bittersten inneren Kampf nicht überschreiten können. Lieber mag uns — welcher Minister da will, regieren, als daß wir uns den Österreichern unterwerfen"[4]). Ob so wohl auch die Fortschrittler hätten sprechen können? Äußerungen von dieser Seite lassen das Gegenteil annehmen[5]). Sie folgten ihrer „Taktik". Zu ihrem Verständnis ist auf die enge Verkettung von Freiheit im Innern und Lebensfähigkeit des Staates nach außen in der Vorstellung der damaligen Liberalen hinzuweisen[6]). Insofern hatte der Widerstand gegen die Bismarcksche Außenpolitik gerade nationale Gründe, da man im Falle eines Krieges für den Fortbestand Preußens fürchtete; darum Kreditverweigerung! Gerade diese Folgerung zogen aber die Altliberalen nicht; sie konnten sie bei ihrer engen Verbundenheit mit dem preußischen Staate, dem konkreten Preußen, nicht ziehen.

---

[1]) Dehio, S. 302 ff.

[2]) Dehio, S. 289, sieht von ihnen wegen ihrer geringen Zahl fast ganz ab. Er benutzt nur Dunkers Berichte an den Kronprinzen und die Tagebücher Bernhardis als Quelle und führt, S. 304, eine Äußerung der B. A. Z. vom 24. IX. 62 als Stütze für seine These an. Doch ist diese Äußerung wohl nur aus Verärgerung über das Scheitern des Vermittlungsantrages zu erklären; mir sind sonst in der B. A. Z. derartig weitgehende Äußerungen nicht aufgefallen. Dehio, S. 304, Anmerkung 2, findet sie auch von früheren Äußerungen abweichend.

[3]) XII, S. 84

[4]) ebd. XII, S. 192.

[5]) Belege bei Dehio, S. 312/13.

[6]) ebd. S. 313.

So erklärt es sich, daß Rößler gerade in dieser Zeit wieder einmal einer Verständigung von Land und Krone das Wort redete[1]). Am Vorabend der europäischen Krise sei sie unbedingt geboten. Bismarck müsse allerdings zurücktreten. Auch noch andere Altliberale hofften auf eine Änderung des innenpolitischen Systems bei einer außenpolitischen Krise![2]) Aber wie ganz anders als die übrige liberale Opposition. Die fortschrittlichen Liberalen rechneten dann auf einen Sieg, den Altliberalen war es mehr um eine Verständigung zu tun. Ihre maßvolle Haltung erklärt sich aus ihrer tiefen Verbundenheit zum preußischen Staat. Gewiß glaubten auch sie an einen letzten Sieg des Liberalismus. Immer wieder sprachen sie aus, daß auf die Dauer nicht gegen das liberale Bürgertum regiert werden könne. Doch erwarteten sie den Sieg nicht von heute auf morgen und rechneten auch nicht auf Alleinherrschaft (vgl. oben Seite 47). Der Verfassungskampf wurde als ein historisch notwendiger Prozeß zwischen dem alten und neuen Preußen verstanden. Darum kann er noch sehr lange dauern, zumal sich beide Größen jetzt noch sehr unzulänglich zeigen[3]).

Es wird nun verständlich, wenn Rößler auf dem Höhepunkte des Verfassungskampfes, als die Stimmungen der meisten Liberalen zwischen Entrüstung, Verzweiflung und Siegeshoffnungen schwankten, noch eine große Schrift „Studien zur Fortbildung der preußischen Verfassung" herausbrachte. Sie bietet eine Auseinandersetzung mit Gneists Werk über die englische Verfassung; Rößler lehnte eine einfache Übertragung auf die deutschen Verhältnisse ab. Für unsern Zusammenhang ist der Abschnitt: Landtag und Budget wichtig: Die Volksvertretung, die nichts anderes als „ein Teil der Staatskraft" ist, darf ihr Bewilligungsrecht nicht zur Erlangung von Zugeständnissen auf anderen Gebieten benutzen und den Staat in Frage stellen[4]). Ein deutliches Abrücken von den übertriebenen Wünschen nach Steigerung der Rechte und politischen Möglicheiten des Parlaments, wie sie damals die meisten liberalen Zeitgenossen beherrschten, ist damit zum Ausdruck gebracht. Auch dies war ein Grund für die Ablehnung der Oppositionstaktik.

Ob und wie sich die Taktik auswirkte, sollte sich bald zeigen.

---

[1]) „Die Lösung des Konflikts. Eine Mahnung zur Eintracht". — Verfasser ist zwar nicht angegeben, doch ist m. E. kein Zweifel darüber möglich, daß sie von Rößler stammt, zu dessen Ansichten sie bis ins kleinste paßt, Als Ziel wird auch hier u. a. die „Fortbildung der Verfassung" aufgestellt, vgl. damit den Titel der größeren gleich zu nennenden Schrift. — Wie schon oft, so ließ auch diesmal Rößler in der kririschen Situation solche Flugschriften erscheinen.

[2]) Vgl. P. J. XI, S. 92.

[3]) Rößler an Mohl 28. IX. 63, Heyd. S. 175.

[4]) Studien, S. 109 ff.

Sechstes Kapitel. Die Wirkung der Erfolge Bismarcks in der schleswig-holsteinischen Frage auf die liberalen Parteien und die Altliberalen

a) Stimmungen und Parteistellungen vom Beginn des dänischen Krieges bis zum Waffenstillstand

Die Opposition hatte sich also, wie Dehio meint, darauf eingerichtet, den entscheidenden Schlag gegen die Regierung im Augenblick außenpolitischer und kriegerischer Verwirrung zu führen. Die eigentlich innenpolitischen Auseinandersetzungen verlieren darum für die folgende Zeit an Bedeutung. Die Kammerverhandlungen boten immer dasselbe Schauspiel: Die Regierung legte ihren Haushaltsvorschlag und ihr Gesetz vor, Ablehnung durch das Abgeordnetenhaus, Schließung des Landtages. Eine Versteifung der Gegensätze zwischen Regierung und Abgeordnetenhaus fand statt. Unterliegen mußte schließlich das Abgeordnetenhaus, da das breite Volk nichts von den Nachteilen des budgetlosen Regiments merkte. Im Gegenteil, der Wohlstand nahm zu, und Handel und Wandel erfreuten sich fröhlichen Gedeihens.

Noch viel mehr als diese Tatsache war der erste große und sichtbare Erfog in der Bismarckschen Außenpolitik, der dänische Krieg, dazu angetan, den Rückhalt der Abgeordneten im Lande zu erschüttern. Hatte doch Bismarck diesen Krieg ohne, ja zum Teil gegen den Willen der Liberalen geführt. Erhöht wurde diese Verlegenheit bis zur Verwirrung, weil gerade der „Junker" Bismarck mit der Befreiung Schleswig-Holsteins das ausführte, was die Liberalen seit Jahrzehnten gefordert hatten.

Die Stellung der Liberalen war dementsprechend durch zwei Gesichtspunkte bestimmt. Einmal wünschten sie nichts sehnlicher als die Befreiung der Herzogtümer, und zum andern erhob sich für sie die Frage, ob sie diese dem „reaktionären" Ministerium in Preußen anvertrauen wollten. Sie forderten die Lossagung vom Londoner Protokoll und die Einsetzung des Herzogs Friedrich von Augustenburg als rechtmäßigen Nachfolger in Schleswig-Holstein. Besonders der Nationalverein kämpfte dafür. Die Stellung der Fortschrittspartei als seiner „Exekutive" in Preußen war die gleiche. Da Bismarck sich aber weder vom Londoner Protokoll lossagte noch sich für den Herzog Friedrich erklärte, war der Kampf gegen die Schleswig-Holsteinsche Politik Bismarcks für die Liberalen eine klare Notwendigkeit. In diesem Sinne wurde eine Adresse an den König angenommen, in der die Bewilligung der Kriegskredite, um die die Regierung einkam, versprochen wurde, wenn sie sich klar zu den erwähnten nationalen Forderungen der Liberalen bekannte[1]).

[1]) Löwenthal, S. 215/16. Dehio, S. 327, sieht in der Adresse einen Erfolg Sybels „gouvernementaler Opposition".

Für diese Adresse stimmten 207, dagegen 107 Abgeordnete. Ein Drittel der Minderheit stellte der radikale Flügel der Fortschrittspartei dar. Dieser wollte auch den leisesten Schein vermeiden, als ob das Ministerium Bismarck vor der Lösung des Verfassungskampfes irgendein Vertrauen verdiene. — Trotz dieser Meinungsverschiedenheiten[1]) kam es noch lange nicht zum Bruch innerhalb der liberalen Mehrheit. Denn allgemein schenkte man der Person Bismarcks nicht das geringste Vertrauen. Hielt dieser doch am Londoner Protokoll fest. Dazu erinnerte man sich seiner gleichgültig-feindseligen Haltung, die er vor etwa zwölf Jahren in der schleswig-holsteinischen Frage eingenommen hatte. Die Liberalen nahmen daher — durchaus begreiflich — an, daß Bismarck mit der kriegerischen Exekution nichts anderes plane, als Schleswig-Holstein zu erobern und es dann der dänischen Macht erneut zu unterstellen. Diese Auffassung herrschte bis ins Jahr 1864 vor[2]).

Man wird darum wohl behaupten dürfen, daß es der liberalen Mehrheit mit der Adresse gar nicht ernst war. Sie sollte vielmehr nur offenbaren, daß Bismarck sich nicht zu den nationalen Forderungen des Liberalismus bekannte, und den Grund zur Verweigerung der Kredite abgeben. Daß dieser Taktik ein Erfolg nicht beschieden war, weil, wie sich später herausstellte, die günstige Finanzlage des Staates keine Kreditaufnahme notwendig machte, konnte im damaligen Augenblick noch nicht gesehen werden.

Es mag zunächst die Feststellung überraschen, daß die Altliberalen über diese Vorgänge in den ersten Monaten nicht anders urteilten. Haym und Droysen waren wegen der Haltung Bismarcks im Begriffe, den Glauben an Preußen und die Hohenzollern zu verlieren[3]). Die Preußischen Jahrbücher billigten die Haltung der Mehrheit in der Kreditfrage, beklagten dabei den mangelnden Patriotismus des Waldeckschen Kreises[4]) und hofften, daß die Anleihe der Volksvertretung „reellere Gewalt", die auch im Falle des Erfolges zum „ehrenvollen Ausgleich" führen könne, geben würde[5]). Auch auf dieser Seite bestand also die Hoffnung auf einen Umschwung mit Hilfe der Kreditverweigerung, doch sind der Hintergrund und die Motive andere als die der Fortschrittler. (Vgl. oben S. 57, 58.)

---

[1]) Belege für die Kämpfe innerhalb der Opposition: Sybel an Baumgarten 20. XI. 63, Heyd., S. 182. — Twesten an Lipke 23. XI. 63, Heyd., S. 186.

[2]) Sybel an Baumgarten 20. XI. 63, Heyd., S. 182/83. Mommsen an Freytag 2. I. 64, Heyd., S. 207. Twesten an Rathgen 31. I. 64, Heyd., S. 214. — Gb. 1863, IV, S. 445.

[3]) H. an Schöll 20. XII. 63, Hayms Briefw. S. 226. — Droysen an Roßmann 6. XII. 63, Droysens Briefwechsel S. 822; an Ehmk, 30. I. 64, ebd. S. 829: Bismarck ein „unsinniger Jagdjunker". Vgl. an Arndt, 26.—28. XI. 63, ebd. S. 818.

[4]) XII, S. 619.

[5]) ebd. XIII, S. 217.

Bismarcks Politik wurde auch darum abgelehnt, weil er mit Österreich zusammenging und die Hilfe der „volkstümlichen Faktoren", d. h. liberal-nationalen Opposition, die der gegebene Bundesgenosse sei, verschmäht habe[1]). Wenn auch die Preußischen Jahrbücher nicht in die bedingungslose Verurteilung Bismarcks, wie sie die übrigen Liberalen aussprachen, einstimmten, so forderten sie mit diesen auch den Rücktritt Bismarcks, da dessen Politik auch ihnen gefährlich schien. Die Altliberalen suchten aber diese Forderung nicht um jeden Preis und unter Gefährdung des Staates durchzusetzen. Gewiß lag Letzteres nicht in der bewußten und direkten Absicht der Fortschrittspartei; doch konnte ihre Taktik leicht darauf hinauslaufen.

Die Undurchsichtigkeit der politischen Lage wird dadurch gekennzeichnet, daß selbst der große Hasser des Partikularismus, Treitschke, damals für den Herzog eintrat. Dabei leitete ihn gewiß in erster Linie der Wunsch, Schleswig-Holstein den Dänen entrissen zu sehen, also ein nationaler Grund[2]). Als diese sich der Verwirklichung näherten, ließ er den Herzog leichten Herzens fallen.

Eine ähnliche Haltung nahmen sogar die altliberalen Patrioten ein. Zunächst indes bedeutete ihnen der dänische Krieg ein Anlaß zur Freude — darin unterschieden sie sich von allen andern Liberalen —; denn endlich schien die langersehnte außenpolitische Aktion gekommen, die über alle inneren Schwierigkeiten hinwegführen konnte. Sie hatten ja von jeher die Einheit über die Freiheit gestellt, von der diese jene erhofft; auch unter einer konservativen Regierung suchten sie in diesem Sinne zu wirken. So machten sie auch jetzt wieder in den Regierungskreisen ihren Einfluß geltend. Verstimmt waren sie über die Zurückhaltung der Abgeordneten[3]). Bernhardi hoffte schon wieder auf die Spaltung der Fortschrittspartei[4]). Als sie aber zu bemerken glaubten, daß von der Regierung nichts für die liberal-nationalen Wünsche zu erwarten wäre, wurden sie an ihr irre und beschlossen, den Fürsten Hohenzollern, ihren alten Gesinnungsgenossen, herbeizuholen, der beim König gegen Bismarck arbeiten, ja vielleicht diesen verdrängen sollte[5]). Hohenzollern lehnte jedoch ab. Was blieb da den altliberalen Patrioten anders übrig, als sich darauf zu beschränken, mit den übrigen Liberalen für die Einsetzung des Herzogs Friedrich zu kämpfen. In diesem Sinne übernahm Bernhardi eine längere diplomatische Mission nach England. Aber von vornherein erwarteten sie, daß der Herzog seine

---

[1]) ebd., S. 433.

[2]) Tr. an den Vater, 29. XI. 63, Briefe II, S. 305. Einzelheiten bei Hjelholt, Treitschke und Schleswig-Holstein, S. 54 ff.

[3]) Bernhardi V, S. 143/44, 146, 147, 149 ff.

[4]) ebd., S. 161.

[5]) ebd., S. 166 ff. Haym, Duncker, S. 322/23.

Politik in engster Anlehnung an Preußen führe. Als sich dieser später mehr den Mittelstaaten zuwandte, stellten sie ihre Bemühungen ein und entwickelten sich zu seinen Gegnern[1]).

Die Stellung aller Liberalen, abgesehen von Waldecks Gefolgschaft, war also dadurch bestimmt, daß sie zwar an sich gern für die Befreiung der Herzogtümer kämpfen wollten, jedoch dem, wie sie meinten, national unzuverlässigen Ministerium Bismarcks kein Vertrauen schenkten. Darum ging die Opposition gegen Bismarck unvermindert fort. Für deren Schärfe ist die Tatsache bezeichnend, daß selbst die altliberalen Patrioten keine andere Möglichkeit sahen.

Doch sind die erwähnten Vorbehalte nicht zu vergessen. Um diese voll zu würdigen, mag auf die Entwicklung des Nationalvereins hingewiesen werden, der seit 1862 die Reichsverfassung von 1849 propagierte und der durch das Mißtrauen gegen die preußische Regierung immer mehr dazu verleitet wurde, seinem eigentlichen Programm, dessen reapolitisch bedeutsamster Inhalt die Forderung nach der preußischen Führung bildete, untreu zu werden. Die dem preußischen Staate sich ganz verbunden fühlenden Altliberalen dagegen dachten gar nicht daran, von ihrem Glauben an die politische Mission des preußischen Staates das geringste abzulassen.

Der Beginn des Krieges hatte also noch keine tiefergehende Auflockerung der starren Fronten herbeigeführt. Erst der Erfolg des Krieges sollte ihn anbahnen.

b) Der Eindruck des Krieges auf die Liberalen

Als Bismarck sich nach dem siegreich geführten ersten Feldzug vom Londoner Protokoll lossagte, waren zwei Einwände gegen seine Politik fortgefallen. Erstens hatte sich gezeigt, daß Preußen auch ohne die Hilfe, ja gegen den Willen der Liberalen Krieg zu führen imstande war. Der Krieg schien die Notwendigkeit und Rechtfertigung der Heeresreform erwiesen zu haben. Zweitens mußte der nationale Charakter der Bismarckschen Politik anerkannt werden. Es erfolgte auch im Lager der Liberalen der erste Schritt zum Rückzug. Er besteht darin, daß gemäßigte Führer der Opposition die Anerkennung der Heeresreform und des außenpolitischen Erfolges zugestehen wollten, wenn die Regierung das Budgetrecht klar anerkennen würde. Unter dieser Bedingung waren z. B. Twesten und Sybel[2]) zu einer Verständigung mit der Regierung bereit. Gewiß erfolgte das Einlenken der Liberalen und die Anerkennung der Heeresreform nur mit vielen, freilich oft sehr gesuchten Vorbehalten, wenn z. B. festgestellt wurde, daß im Kriege die Zweijährigen und

---

[1]) Bernhardi VI, S. 107 ff.

[2]) Ausführlich darüber Oehio, S. 329 ff. Sybel an Baumgarten 13. VI 64, Heyd. S. 223. S. an Droysen 19. VI. 64, ebd. S. 227. S. an Gneist 28. X. 64, Heyd. S. 231.

Landwehrleute durchaus ihre Pflicht getan hätten[1]) oder Bismarcks Streben, durch äußere Erfolge innere Schwierigkeiten zu beseitigen, moralisch bemängelt wurde, um dann mit Befriedigung festzustellen, daß er praktisch für den liberalen Gegner arbeite[2]). Die Stimmung im Lande dagegen schlug so schnell um, daß die Abgeordneten sich verpflichtet fühlten, bremsend einzugreifen[3]). Von einer Seite wurde die Zahl der Abgeordneten, auf die Bismarck im Falle einer Neuwahl rechnen konnte, auf 100 geschätzt[4]). Da aber die Maßregelungen liberaler Beamter und sonstige Demütigungen fortdauerten, konnte noch keine rechte Begeisterung für die Erfolge der Regierung aufkommen[5]).

Die altliberalen Patrioten waren schneller und bedingungsloser imstande, die Erfolge Bismarcks anzuerkennen und daraus die Folgerungen zu ziehen. Der Gegensatz zwischen ihnen und den gemäßigten Oppositionsführern mag aus einem Briefwechsel Droysen—Sybel ersehen werden. Droysen hob den schon früher ausgesprochenen Standpunkt hervor, daß der Staat Macht sei, und meinte dann ziemlich offen, daß die große Zeit und auch die große Geste von den Abgeordneten fordere, „für diesen Krieg dem Könige ohne Bedingung und Reserve die Mittel zu bieten“[6]). Sybel war, wie oben gezeigt, nicht ganz abgeneigt, konnte aber die vielen unerklärlichen Schachzüge und Windungen Bismarcks nicht verstehen und billigen und gab zu, daß „das Machtinteresse für jeden Staat das erste sein soll. Aber ich meine, daß es nicht das einzige für eine Nation sein darf“.[7]) Der Versuch Droysens, schon jetzt mit Hilfe Sybels eine Verständigung zwischen Regierung und Abgeordnetenhaus anzubahnen, war damit gescheitert. Wie Droysen urteilten natürlich auch dessen Freunde.

Duncker hatte sogar schon mit Bismarck persönliche Fühlung bekommen. In einem Gespräch mit ihm herrschte Übereinstimmung darin, daß eine möglichst enge Verknüpfung Schleswig-Holsteins mit Preußen vorgenommen werden müsse; nur innerhalb dieser Grenzen sei Platz für den Herzog[8]). Genau so urteilte Droysen, der die Verwirklichung seiner alten Forderung nach dem preußisch-deutschen „Dominium maris batici“ in die Nähe gerückt sah[9]). Bis zum Annexionismus war nur ein Schritt.

---

[1]) Sybel an Baumgarten 13. VI. 64, Heyd. S. 224.
[2]) Gb. 1864, III, S. 369/70.
[3]) Sybel an Gneist 9. II. 64, Heyd. S. 217.
[4]) Bernhardi VI, S. 102. — Vgl. S. 116.
[5]) Löwenthal, S. 231/32.
[6]) D. an Sybel 12. VI. 64, Droysens Briefw. S. 843.
[7]) Heyd. S. 228.
[8]) Haym, Duncker, S. 339 ff.
[9]) An Sybel 30. IV. 64, Droysens Briefw. S. 839; an Roßmann 29. IV. 64, ebd. 836.

Der Umschlag kam bei den Preußischen Jahrbüchern um dieselbe Zeit, als die gemäßigten Liberalen innerhalb der Fortschrittspartei ihren ersten Schritt zum Rückzug taten und die altliberalen Patrioten wieder für Preußen zu hoffen anfingen. Die Maikorrespondenz zeigte sich über den Sieg befriedigt, der die Parteidoktrinen zunichte mache. Die Anerkennung der Erfolge entrangen sie sich jedoch nicht so mühsam wie die linksstehenden Liberalen, sondern der militärisch-außenpolitische Erfolg wurde als der Zusammenklang der national-volklichen und militärischen Elemente — bekanntlich das Ideal des Altliberalismus — im bejahenden Sinne gedeutet[1]). Man kann also sagen: Die Fortschrittler rangen sich ihr Ja zu den Bismarckschen Erfolgen nur sehr mühsam ab und machten noch eine Reihe Vorbehalte, von denen besonders die Forderung nach klarer Anerkennung des Budgetrechtes im Vordergrund steht, während die Altliberalen ihr Ja leichter aussprachen und damit zum Angriff vorgingen. Die Erfolge des preußischen Staates betrachteten sie auch als ihre Erfolge.

Doch war von Möglichkeiten zur Parteineubildung noch keine Rede. Die Verhältnisse waren noch zu unübersehbar.

c) Die Annexionsfrage

Die Verwirrung im Lager der liberalen Mehrheit wuchs immer mehr. Die gemäßigten Führer gaben die Parole der Trennung des Kampfes um die Heeresreformfrage von dem Verfassungskampf aus[2]).

Zum offenen Ausbruch kam die Uneinigkeit in der Annexionsfrage. Seit dem Ende des Krieges wurde sie immer heftiger erörtert. Besonders das Jahr 1865, in dem Bismarck und die preußische Regierung mit den Annexionsforderungen immer offener hervortraten und in dem der Gasteiner Vertrag geschlossen wurde, war ausgefüllt mit lebhaften Kämpfen innerhalb der liberalen Mehrheit darüber. Totschweigen konnte sie die Annexionsfrage ja nicht, was sie gern getan hätte[3]).

In Bedrängnis kam besonders der Nationalverein[4]), in dem die Süddeutschen und die Linke mit den Norddeutschen und Gemäßigten sich auseinandersetzten. Der vermittelnden Tätigkeit

---

[1]) XIII, S. 545/46.

[2]) Von der Verwirrung usw. geben besonders die Briefe Kunde: Twesten an Lipke 17. I. 65, Heyd. S. 239. Seydlitz an Sybel 22. II. 65, Heyd. S. 241. Lammers an Böhmert 16. III. 65, Heyd. S. 245. Vgl. Philippson, S. 124. — Baumgarten, S. 194 schießt über das Ziel hinaus, wenn er die Schuld für das Nichtzustandekommen der Verständigung fast einseitig den Abgeordneten zur Last legt. — Doch muß auch er hinterher die durch die Regierung verursachten Schwierigkeiten zugeben.

[3]) Vgl. Gneists Gespräch mit Bernhardi, Bernhardi VI, S. 192.

[4]) Oncken I, S. 648 ff. Mommsen, Miquel, S. 280 ff.

Bennigsens und Miquels gelang es jedoch, auf der Oktoberversammlung 1864 die Gegensätze zu überbrücken. Es kam darauf an, alle Richtungen und Gruppen, die er umfaßte, bei der Stange zu halten. Beruhte doch gerade auf der Vereinigung von Süddeutschen und Norddeutschen mit Demokraten und Liberalen die Existenzberechtigung des Nationalvereins. Das Kompromiß, das besonders den radikalen Elementen Rechnung trug, enthielt eine Verdammung der Bismarckschen Politik und eine Ablehnung der Annexionen. Trotzdem konnte Bennigsen, der selbst ein heftiger Gegner der Annexion war, auf der anderen Seite nicht mehr das Hervordringen von Annexionstendenzen bei seinen norddeutschen Freunden verhindern[1]). Der Zerfall des Nationalvereins bahnte sich an.

In einer ähnlichen Lage befand sich die Fortschrittspartei. Die Freihändlergruppe in ihr legte einen Antrag im Abgeordnetenhause vor, der auf die Annexion hinauslief[2]). Auch andere Politiker der Fortschrittspartei traten für die Annexion ein. Bei ihnen war der preußische Patriotismus das Motiv. Außer Waldeck, der sie nach vollzogenem Krieg auf Grund seiner unitarischen Einstellung forderte, sind besonders Twesten[3]) und Mommsen[4]) zu nennen.

Die Einstellung der fortschrittlichen Annexionsfreunde löste einen Kampf von beträchtlichem Ausmaß im eigenen Lager aus. Sie wurden von anderen Fraktionsgenossen, meist von Radikalen, die am Rechtsstandpunkt festhielten, — andere Radikale wie Waldeck und Schultze-Delitzsch teilten wieder die Annexionswünsche — heftig angegriffen, und es wurde mit der Spaltung der Partei gedroht[5]).

War nun der annexionistisch gesinnte Teil der Fortschrittspartei mit den Ergebnissen, wenn auch nicht mit den Methoden der Bismarckschen Außenpolitik einverstanden, so glaubte er vielfach, seine liberale Gesinnung durch heftige Angriffe auf das innere Regiment vor sich und den übrigen Parteifreunden kund tun zu müssen. Twesten und andere Abgeordnete wollten in der Folgezeit gar nicht mehr in die Haushaltsberatungen eintreten, um durch diese Act von Sabotage den Verfassungskampf aus der Erstarrung herauszuführen[6]).

Für die nationalliberale Parteigeschichte ist bedeutsam, daß die Parole der nationalen Fraktion im September/Oktober 1866: Unter-

---

[1]) Briefwechsel Bennigsen-Böhmert, Oncken I, S. 644. ff.

[2]) Vgl. Schunke, S. 31.

[3]) Offener Brief aus der Nationalzeitung vom 29. IX. 65, Heyd. S. 255 ff.

[4]) Flugschrift „Die Annexion Schleswig-Holsteins" sucht noch das Selbstbestimmungsrecht der Herzogtümer mit dem Recht der Gesamtnation in Einklang zu bringen. Im Offenen Brief aus der Nationalzeitung vom 30. IX. 65, Heyd., S. 253/54 trat er offen für die Bismarcksche Außenpolitik ein.

[5]) Twesten an Lipke 7. X. 65, Heyd., S. 262/63. – Erklärung Freses gegen Twesten 5. X. 65, Heyd., S. 260 ff.

[6]) Twesten an Lipke 17. XII. 65, Heyd., S. 267. Lasker an Oppenheim 24. XI. 65, Heyd., S. 266.

stützung in der auswärtigen, Opposition in der inneren Politik sich im Ansatz schon im Jahre 1864/65 aufzeigen läßt.

Doch war mit dieser Parole im Augenblick nichts anzufangen. Im Gegenteil, sie trug lediglich dazu bei, die Verwirrung im eigenen Lager zu erhöhen. Bismarck legte auf die Unterstützung seiner Politik durch die Liberalen gar keinen Wert. Er hatte erstere ohne äußere Rücksicht auf die öffentliche Meinung durchgeführt, dabei ist klar, daß er auch diesen Faktor irgendwie in seine Berechnungen hineinzog. Ja, man wird sogar sagen dürfen, daß ihm von der Einheitsbewegung das Endziel seiner Politik aufgezwungen wurde, das ihn, der zunächst nur ein Vorkämpfer preußischer Machterweiterung war, zwang, deutsche Politik zu treiben[1]). Das hindert aber nicht, daß einstweilen Fortschrittspartei und Nationalverein durch seine Politik vollkommen mattgesetzt waren[2]).

Anders die Altliberalen. Nach dem früher Gesagten ist anzunehmen, daß sie auch jetzt wieder die Gelegenheit ergriffen, die Verwirrung der übrigen Liberalen zu benutzen, um sie für die eigene Sache und die des preußischen Staates nutzbar zu machen. Sahen wir bereits schon, daß die altliberalen Patrioten die einzigen waren, denen die preußische Aktion gegen Dänemark wirklich ein Anlaß zur vollen Freude war und daß weiter die Altliberalen eher und vorbehaltsloser die Erfolge Bismarcks anerkannten, so gilt das erst recht für den vorliegenden Zusammenhang.

Die Bejahung der Annexion konnte zum Motiv den preußischen Patriotismus oder die Betonung des Primats der Einheit vor der Freiheit haben. Beides traf bei den Altliberalen ganz besonders zu. Zuvor aber hieß es, den innenpolitischen Kampf zu beenden. Diesen Bemühungen entstammt der altliberale Antrag Bonin, der die gesetzliche Aushebungsziffer festgestellt wissen wollte, im übrigen sich aber von der Regierungsvorlage nicht viel unterschied.

Um bei der Anbahnung einer Versöhnung mitzuhelfen, war Bernhardi auf einen Brief Dunckers hin, der die Stimmung in der Fortschrittspartei als geneigt zum Einlenken beschrieb, von seinem Landsitz nach Berlin geeilt[3]). Er suchte seine Parteifreunde zu gewinnen und fand auch Widerhall. Wehrenpfennig bearbeitete den Oppositionsführer Bockum-Dolffs im gleichen Sinne, stieß aber auf Verständnislosigkeit[4]).

Diese Bemühungen scheiterten an der unversöhnlichen Haltung des Abgeordnetenhauses und seines Präsidenten gegen alles, was

---

[1]) Mommsen, Zur Beurteilung der deutschen Einheitsbewegung, S. 541.

[2]) „Eine einzige ungeheure Lähmung der politischen Parteien ging von dem Machtgedanken aus, den Bismarck mit dämonischer Verschlagenheit handhabte", Oncken I, S. 687.

[3]) Bernhardi VI, S. 152/53.

[4]) ebd. S. 180.

nach Aufgabe des verfassungsmäßigen Rechtes aussah, und an der Haltung des Königs und seiner extrem-konservativen Ratgeber (Manteuffel, Prinz Karl), die gar keinen Frieden wünschten[1]). Beides bedingte sich gegenseitig.

Die Altliberalen hatten also wieder einmal zu früh gehofft. Ihre ganze Einstellung hatte ihnen im Gegensatz zur Fortschrittspartei und erst recht zum Nationalverein gestattet, schon jetz über die innenpolitischen Gegensätze hinweg auf eine volle Versöhnung mit der Regierung zu hoffen.

Desto eifriger arbeiteten diese Männer nunmehr für den Annexionsgedanken. Selbstverständlich war er im Laufe der nächsten Monate noch manchen Schwankungen unterworfen. Erst zu Beginn des Jahres 1865 sprach Droysen von der Annexion als einer bestimmt kommenden Tatsache[2]). Alle wurden jedoch darin von keinem geringeren als Treitschke übertroffen. Seine eigene Vergangenheit (vgl. oben S. 8, 18) drängte ihn geradezu dahin, der publizistische Vorkämpfer des Annexionsgedankens zu werden. Tatsächlich war er auch der erste liberale Annexionist; schon im Februar 1864 hätte er am liebsten Schleswig-Holstein mit Preußen vereinigt gesehen[3]). Während des Krieges war sein Gefühl für Preußens Macht und Ehre wieder mächtig geworden. Die Person und die partikularistische Politik des Herzogs Friedrich, die nicht dazu angetan waren, das preußisch-deutsche Empfinden zu stärken, waren neben anderm der Grund um sich von der Augustenburgischen Sache loszusagen[4]).

In seiner bekannten Schrift „Bundesstaat und Einheitsstaat"[5]), deren erste Auflage um diese Zeit erschien, vertrat er einen radikalen Unitarismus, der klar einsah, daß nur die Eroberungen Preußens die Lösung der deutschen Frage ermöglichen und daß die Hoffnung auf eine freiwillige Unterordnung der Staaten unter ein Bundesoberhaupt eine Utopie sei; doch scheute er sich noch, die Forderung nach der Annexion Schleswig-Holsteins offen auszusprechen. Das geschah aber kurz darauf, als er zu Beginn des Jahres 1865 in den

---

[1]) Bernhardi VI, S. 153. 155, 200.

[2]) An Arendt 22. I. 65, Droys. Briefw., S. 862. Vgl. M. Steinhäuser, Karl Franke und Johann Gustav Droysen, S. 825. — Unberechtigt aber dessen Kritik an Anni Meetz, Johann Gustav Droysens politische Tätigkeit in der Schleswig-Holsteinschen Frage, die den Umschwung Droysens zum vollen Annexionismus schon in das Jahr 1864 lege.

[3]) Tr. an Hirzel 14. II. 64, Briefe II, S. 320. Vgl. später Polemik gegen den liberalen Partikularismus, an Mohl 22. XI. 64, ebd. S. 356. An Häußer 23. XI. 64, ebd. S. 362.

[4]) Tr. an den Vater 20. I. 64, Briefe II, S. 316. An Weech 3. XII. 64, ebd. S. 368. — Vgl. Katsch, S. 65 ff, dort weitere Belege, auch für die anderen dort aufgezeigten Gründe: Einfluß Mathys, Ablehnung des liberalen Partikularismus.

[5]) Hist. und polit. Aufsätze II, S. 74 ff.

Preußischen Jahrbüchern offen mit dem Annexionsverlangen hervortrat. Mit diesen sowie mit Haym hatte er sich inzwischen wieder versöhnt[1]). In dem Artikel „Die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage"[2]) führte Treitschke aus, daß das formale Recht des Herzogs gegen das positive Deutschlands zurückzustehen habe. Von allen vorgeschlagenen Lösungen ist die Annexion die beste; auch wird Preußen, das die Befreiung der Herzogtümer durchgeführt hat, sie nicht wieder aufgeben können. Auf jeden Fall ist der Gesichtspunkt der deutschen Einheit vor die Parteiinteressen zu stellen,

Beide Arbeiten Treitschkes verraten ein Nationalgefühl, das, von konstruierten Idealen frei, ganz machtpolitisch und realistisch eingestellt ist.

Ebenso äußerte sich an gleicher Stelle Wehrenpfennig. Nationale Einheit und Machtentfaltung des preußischen Staates fallen zusammen[3]). Er konnte sich dabei nicht enthalten, festzustellen, daß das Land hinsichtlich der Armeereform jetzt da stände, wo die Altliberalen schon 1862 standen[4]). Wie Treitschke, forderte auch er den preußischen Staat und die deutsche Einheit dem Selbstbestimmungsrecht überzuordnen und nicht aus einem verstiegenen Idealismus heraus praktische Gelegenheiten vorübergehen zu lassen[5]). Die vermittelnde Auffassung und zugleich ihr Inhalt kommt in folgenden Worten zum Ausdruck: „Wir müssen lernen, alles in unsern Dienst zu nehmen — was uns gefällt und was uns nicht gefällt — Liberales und Konservatives, den Geist des Bürgertums und des Militärs"[6]). In einem späteren Heft kritisierte der immer ein wenig schulmeisterliche Wehrenpfennig die Liberalen, die immer noch keinen „Sinn für Realitäten, für die Bedingungen einer tatkräftigen Politik und die großen Traditionen der preußischen Geschichte" hätten[7]).

Der Aufsatz Treitschkes erregte großes Aufsehen[8]). Der große publizistische Vorkämpfer des Annexionsgedankens forderte zur klaren Stellungnahme für oder gegen ihn heraus. Rößler erklärte sich für ihn[9]). Er ist übrigens, soweit zu ersehen, der erste Liberale, der in Bismarcks Dienst trat; seit Ostern 1865 arbeitete er für ihn in Hamburg in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit.

---

[1]) Haym an Treitschke 7. VIII. 64, Hayms Briefw., S. 227/28. Einzelheiten bei Hjelholt, S. 69 ff. Mitte 1864 hatte Haym übrigens aus beruflichen Gründen die Redaktion der Preußischen Jahrbücher niedergelegt; der leitende Mann wurde Wehrenpfennig.

[2]) P. J. XV, S. 169 ff. Zehn Jahre deutscher Kämpfe, S. 8 ff.

[3]) P. J. XV, S. 220.

[4]) ebd. S. 214.

[5]) ebd. S. 225.

[6]) ebd. S. 226.

[7]) XV, S. 470.

[8]) Vgl. Hjelholt, S. 91 ff.

[9]) P. J. XV, S. 323.

Auch Moritz Busch wurde durch Treitschkes Artikel für den Annexionsgedanken gewonnen. In den Grenzboten kam seitdem der annexionistische neben G. Freytags gegenteiligem Standpunkt zur Sprache[1]). Freytag war aus prinzipiellen Gründen gegen die Annexion[2]).

Angriffe Freytags gegen die Bismarcksche Außenpolitik waren für Treitschke der Anlaß zu dem Artikel „Die Parteien und die Herzogtümer"[3]) Er richtete hier scharfe Angriffe gegen die Fortschrittspartei und den Nationalverein, denen er Doktrinarismus vorwarf, und er gab eine volle Rechtfertigung der Bismarckschen Außenpolitik, die er aus realpolitischen Gründen bejahte[4]).

Die wuchtige Publizistik Treitschkes und die Freude der Preußischen Jahrbücher über die Entwicklung im preußisch-deutschen Sinne stehen im fühlbaren Gegensatz zu der mehr aus taktischen Gründen als aus freudigem Herzen ausgesprochenen Parole der gemäßigten Fortschrittler. Ihnen war der preußische Staat ja letztlich nur Mittel, nicht wie den Altliberalen auch Zweck an sich.

In demselben Artikel beklagte Treitschke, daß selbst „altliberale Genossen" in der Annexionsfrage noch „Rechtsformalismus und einen falschen Begriff von Konsequenz" zeigen[5]). Es handelt sich besonders um Schwerin und Simson[6]). Simson hielten rechtliche Bedenken vom Annexionsmus zurück, bei Schwerin sträubte sich wohl sein dynastisches Gefühl gegen die Annexion. Diese Männer hatten sogar die Absicht, sich öffentlich von den annexionistischen Preußischen Jahrbüchern loszusagen, wurden aber von Wehrenpfennig und Duncker davon zurückgehalten[7]).

Da der Annexionsstreit sich in allen Parteigruppen gleich stark abspielte, war es nicht möglich, auf der Grundlage einer der bestehenden eine liberale Annexionspartei zu gründen. Daß die altliberale Partei, die sich immer, auch auf dem Höhepunkte des Verfassungskampfes, ein ausgeprägtes Staatsgefühl und Verständnis für die

---

1) Einzelheiten Hjelholt, S. 97 ff.

2) Fr. an Treitschke 14. IX. 65, Dove, Briefw. Freytag—Treitschke, S. 54 ff. Schon am 13. II. 65, Briefe II, S. 382 hatte Treitschke Freytag das Eintreten für die Annexion nahegelegt.

3) Tr. an Busch 1. VIII. 65, Briefe II, S. 407. – P. J. XVI, S. 375 ff. u. Zehn Jahre deutscher Kämpfe, S. 33 ff.

4) Vgl. dazu Katsch, S. 114: „Er hatte die erste Kunst aller Politik gelernt, das Ziel von den Mitteln zu trennen". Als Faktoren, die Treitschkes Wendung zu Bismarck mit beeinflußt haben, nennt sie Mathys Einfluß, Archivstudien u. Beschäftigung mit Cavour, S. 116 ff.

5) S. 53.

6) Wehrenpfennig an Häußer 28. XII. 64, Heyd. S. 234. Haym an Schrader 31. III. 65, Hayms Briefw. S. 234.

7) Treitschke an Weech 15. V. 65, Briefe II, S. 396/97. Haym an Schrader 1. VII. 65, Hayms Briefw. S. 238.

Notwendigkeiten einer Außenpolitik, die den Einheitsgedanken über die Freiheit stellte, bewahrt hatte, dafür hätte gut in Frage kommen können, liegt auf der Hand. Aber der Annexionsstreit tobte ja auch in ihr. Es ist aber auch zu fragen, ob jetzt schon die Parole: „Durch Einheit zur Freiheit . . . an erster Stelle die Sorge um die Gründung des deutschen Staates und dann die Sorge um unsere Rechte und Freiheiten in diesem Staate“[1]) Erfolg gehabt hätte.

Zwar glaubte schon um die Jahreswende 1864/65 der stets unternehmungslustige Haym, daß in Halle wieder die Mittelpartei die Oberhand habe[2]). Doch überzeugten ihn bald die eben erwähnten Umstände, daß an eine neue Parteibildung auf der Grundlage der altliberalen Mitte noch nicht zu denken sei; auch müsse erst der „Abklärungsprozeß“ der öffentlichen Meinung noch weiter schreiten. Wenn Bismarck seine Politik so weiter betreibe, würde sich bei den nächsten Wahlen „eine vernünftige Mittelpartei“ ohne Schwierigkeiten bilden, meinte Haym[3]).

Siebentes Kapitel. Die Zertrümmerung der liberalen Parteien im Jahre 1866 und die Altliberalen

a) Die Stellung zum Parlamentsantrag und deutschen Krieg bis zu den Wahlen am 3. VII. 1866

Die ersten Monate des Jahres 1866 brachten im Abgeordnetenhause heftige Auseinandersetzungen über die Budgetfrage und den Obertribunalsbeschluß vom 29. 1. 1866, der ein Verfahren gegen die Abgeordneten Twesten und Frentzel eröffnete. Dieser Eingriff in die Redefreiheit der Abgeordneten forderte noch einmal den flammenden Protest des gesamten Liberalismus heraus. Die Bedeutung dieser innenpolitischen Streitigkeiten wurde aber bald von der Aufmerksamkeit, welche die außenpolitischen Dinge erforderten, zurückgedrängt. Letztere spielten im Wahlkampfe die Hauptrolle. Die Liberalen hatten zu dem Bismarckschen Parlamentsantrag und zur kriegerischen Auseinandersetzung mit Österreich, die in immer größere Nähe rückte, Stellung zu nehmen.

Wieder einmal war die Lage für die liberalen Parteien sehr eigenartig und schwierig. Abermals schickte sich das „reaktionäre“ Preußen an, liberale Forderungen, das deutsche Parlament und die deutsche Einheit, zu verwirklichen. Auf der anderen Seite stand jedoch das Mißtrauen gegen Bismarck und der Verfassungskampf. Ferner

---

[1]) So der Grundgedanke der 2. Auflage der Treitschkeschen „Historischen und politischen Aufsätze“ nach der Besprechung der P. J. XVI, S. 632.

[2]) H. an Schrader 26. XII. 64, Hayms Briefw., S. 233/34.

[3]) An Schrader 1. VII. 65, ebd. S. 238. Ebenso an Duncker 7. VII. 65, Dunckers Briefwechsel S. 392.

wollte ein großer Teil der Liberalen von einem Kampf Deutscher gegen Deutsche nichts wissen.

Wie sollten sie sich da verhalten?

Die Fortschrittspartei hielt im ganzen unentwegt an ihrem alten Mißtrauen gegen Bismarck fest. Sie nahm den Bismarckschen Parlamentsantrag sehr kühl und ablehnend auf. Die schon früher beobachtete Argumentation, daß ein System, das die Freiheit im Innern unterdrücke, schlecht die deutsche Freiheit herstellen könne, fand sich auch jetzt wieder. Besonders aber beunruhigten das Mißtrauen gegen die rätselhafte Persönlichkeit Bismarcks und sein unverstandenes Handeln, bei dem man vor den größten Überraschungen und Hintergedanken nicht sicher sein konnte, das Gemüt des liberalen Bürgers; daneben trat die Furcht oder doch mindestens die Besorgnis vor dem gleichen direkten Wahlrecht[1]). Erklärlich wird uns diese Haltung durch den in fast vierjährigem Verfassungskampf gegen Bismarck erzeugten Groll.

Dieser Umstand war für den Nationalverein nicht in diesem Maße vorhanden, obwohl er gewiß mit den lebhaftesten Sympathien den Kampf der Fortschrittspartei in Preußen begleitete. Jetzt aber schien doch die Verwirklichung seines Programms nahe, wenn auch gewiß das Mißtrauen gegen Bismarck die größte Zurückhaltung gebot. In diesem Sinne sprach sich die Ausschußsitzung des Nationalvereins vom 13. und 14. Mai aus, wobei abermals die Opposition gegen Bismarck hervorgehoben wurde[2]). Doch begrüßte tatsächlich ein großer Teil Mitglieder den Parlamentsantrag. Wieder waren es auch hier in erster Linie die Bremer; wir dürfen annehmen, daß bei ihnen besonders der Gesichtspunkt der Einheit vom wirtschaftlichen Standort her gesehen eine Rolle spielte[3]). Bennigsen selbst hielt an seinem Mißtrauen gegen Bismarck fest.

---

[1]) Dieser Punkt spielte bei allen Äußerungen der Liberalen über das Wahlrecht in diesen Jahren eine große Rolle. Daß die Altliberalen Gegner des gleichen direkten Wahlrechtes waren, braucht wohl nicht bemerkt zu werden. Bedingungsloser Anhänger war eigentlich nur der demokratische Teil der Fortschrittspartei. — Zu dem Eindruck des Parlamentsantrages auf die Liberalen vgl. Spahn S. 359 ff; Löwenthal, S. 273; Ziekursch, S. 153. Von den Äußerungen der Fortschrittler sei nur Twesten an Lipke 4. IV. 66, Heyd. S. 276 angeführt: „wahrscheinlich, um einen Streitpunkt, eventuell ein Verhandlungs- und Ausgleichsobjekt gegen Österreich zu erhalten"; 23. IV. 66, ebd. S. 277: „Bismarck denkt ohne Zweifel an ein Napoleonisches Regiment mit allgemeinem Stimmrecht und ähnlichen Kunststücken." — Gewiß trafen alle diese Erwägungen einen Teil der Motive, die dem Bismarckschen Parlamentsantrag zu Grunde lagen. Zur Würdigung vgl. Brandenburg, Reichsgründung II, S. 133 ff.

[2]) Oncken I, S. 708/09.

[3]) ebd. S. 693 ff. Böhmert (vgl. oben S. 65, Anmerkung 1) war Handelskammersyndikus in Bremen.

Der Unterschied zwischen ihm und der Gruppe der Altliberalen kommt in einer Unterredung zum Ausdruck, die Bernhardi mit Bennigsen auf Bismarcks Wunsch hatte. Bernhardi selbst hatte den Parlamentsantrag ernst genommen, wenn er auch Bedenken wegen des gleichen direkten Wahlrechtes hatte[1]). Kurz darauf hatte er eine Unterredung mit Bismarck[2]), in der dieser ihn bat, auf Bennigsen und die Liberalen einzuwirken mit dem Ziel, sie von der ehrlichen Absicht seines Parlamentsantrages zu überzeugen; „das bißchen Liberalismus", was sie bei einer Unterstützung seiner Politik zunächst einbüßten, könnten sie später bald nachholen. In der Unterredung mit Bennigsen gelang es Bernhardi nicht, ihn von seiner ablehnenden Haltung gegen Bismarck abzubringen[3]). Bennigsen glaubte daß Bismarck ohne die Zustimmung der „öffentlichen Meinung" keinen Krieg führen könnte, während Bernhardi einen Systemwechsel in diesem Augenblick für geradezu verhängnisvoll hielt. Besser kann wohl der Unterschied zwischen dem Nationalverein (und Fortschrittsliberalismus) nicht zum Ausdruck gebracht werden. Die Antwort Bismarcks auf die Haltung Bennigsens: „Man schießt nicht mit öffentlicher Meinung auf den Feind, sondern mit Pulver und Blei"[4]) dürfte auch Bernhardi unterschrieben haben; sie berührt sich stark mit dem, was er schon vor sechs Jahren Bennigsen entgegnete (vgl. oben S. 11).

Auch Duncker weihte Bismarck in seine Pläne zum Parlamentsantrag ein, damit er auf den Kronprinzen entsprechend einwirken sollte. Duncker leistete Folge, ohne jedoch beim Kronprinzen Verständnis zu finden[5]). Kurz darauf schied er aus dem Dienst des Kronprinzen.

Während des Krieges stellte er sich Bismarck zur Verfügung und wurde zum Zivilkommissar, zuerst in Kassel, dann in Hannover ernannt[6]). Bernhardi hatte schon im Mai für Bismarck eine militärisch-diplomatische Mission nach Italien übernommen[7]).

---

[1]) Bernhardi VI, S. 277.

[2]) ebd. VI, S. 294 ff.

[3]) ebd. S. 298 ff. Oncken I, S. 702 ff.

[4]) Bernhardi VI, S. 304.

[5]) Haym, Duncker, S. 375 ff. Zu dem Werben Bismarcks um die Altliberalen vgl. Spahn, S. 371 ff.; dort wird auch von der Werbung um die „rheinischen Reichsliberalen" berichtet. Sehr zutreffend die Beurteilung dieser Bemühungen Bismarcks durch Spahn, S. 373: Es bleibe dahingestellt, ob es Bismarck jetzt schon auf volle Versöhnung ankam, bestimmt wünschte er seinen Vorschlag öffentlich diskutiert.

[6]) Duncker S. 385 ff.

[7]) Bernhardi VI, S. 326. Kurz vorher hatte sich Bernhandi durch die Ausarbeitung eines Operationsplans gegen Österreich für eine solche Verwendung empfohlen, Bernhardi VI, S. 277 ff.

Die altliberalen Patrioten hatten damit nicht nur Frieden mit Bismarck geschlossen, sondern sich auch zu Mitträgern seiner Politik gemacht.

Dies wurde ihnen um so leicher, weil sie schon an sich den Weg des unmittelbaren Wirkens dem der Propaganda vorzogen (vgl. oben S. 11). Und das war ihnen deshalb möglich, weil sie zum konkreten preußischen Staat ein viel innigeres Verhältnis hatten als die übrigen Liberalen, die ihn letztlich als Mittel zum Zweck benutzen wollten. Die Altliberalen waren darum bereit, ihre liberalen Wünsche zunächst einmal zurückzustellen.

In diesem Zusammenhang sei auch an die Versuche Bismarcks erinnert, zu Beginn des Krieges Treitschkes Feder offiziell für die Kriegspolitik der Regierung zu gewinnen. Sie scheiterten, weil Treitschke sich dazu ohne bestimmte Zusicherungen hinsichtlich der Anerkennung des Budgetrechtes außerstande fühlte; auch könne er besser als unabhängiger Publizist der Regierung dienen, schrieb er an Bismarck[1]). Trotz dieser Bedenken verknüpfte Treitschke nach Kriegsausbruch sein Schicksal mit dem des preußischen Staates. Er nahm seine Entlassung aus dem badischen Staatsdienst und reiste nach Berlin. Am 3. Juli, am Tage von Königgrätz, der innen- und außenpolitisch die Wendung brachte, kam er dort an. Mit Wehrenpfennig übernahm er die Leitung der Preußischen Jahrbücher.

Doch muß berücksichtigt werden, daß diese Männer nur einen Teil des Altliberalen ausmachten. Ihre übrigen Gesinnungsfreunde urteilten zunächst wesentlich anders, und auch diese wieder unter sich verschieden.

Um mit einer kritischen Stellung zu beginnen: Auf Simson machte der Parlamentsantrag keinen Eindruck; die innenpolitische Ablehnung des Systems Bismarcks überwog[2]). Aber was will das besagen, wenn sogar ein Mann wie Treitschke zunächst verblüfft war und sich vor „Erstaunen über diese phantastischen Tollheiten kaum fassen" kann[3]). Die gleiche Skepsis, wenn auch ruhiger vorgetragen, legten die Preußischen Jahrbücher an den Tag. Sie meinten, daß das deutsche Volk für diesen „Napoleonismus" nicht zu haben sei, ohne die Begeisterung des Volkes gehe es nicht[4]).

Haym dagegen nahm die „Wendung Bismarcks zum Liberalismus und Parlamentarismus" ernst, „wie frivol sie erscheint" und baute darauf schon Berechnungen für die Zukunft der liberalen Sache[5]). So schmerzlich es ihm war, daß die liberalen Gedanken,

---

[1]) Tr. an Bismarck 7. VI. 66, Briefe II, S. 475 ff. 14 VI. 66, ebd. S. 480/81.

[2]) Simson, Erinnerungen, S. 361.

[3]) Tr. an Hirzel 25. III. 66, Briefe II, S. 464. Vgl. Katsch, S. 135/36. Treitschke wußte von den Plänen Bismarcks schon aus einer Unterredung mit ihm. Ebd.

[4]) XVII, S. 577.

[5]) H. an Reimer 12. IV. 66, Hayms Briefwechsel S. 244.

die „doch zu gut sind, um bloß als Mittel zum Zweck gebraucht zu werden", von Bismarck benutzt wurden, so war ihm doch zugleich die Aussicht für seine Partei und das Ganze sehr verlockend, „wenn es gelänge, für Preußens Machterweiterung und für die Sache der inneren Freiheit gleichzeitig Nutzen aus den beiderseitigen tollkühnen Anläufen Bismarcks zu ziehen"[1]). Die Preußischen Jahrbücher, die ja von jeher das Programm Freiheit und Macht vertraten, hätten da eine Aufgabe. Aus diesen Äußerungen leuchtet Hayms Verständnis für die Forderung einer realen Politik hervor, die er in eigentümlicher Weise mit seinem Idealismus zu verbinden verstand. Trotzdem er ein Bewußtsein von den Spannungen, ja Gegensätzlichkeiten jener beiden Größen hatte, wußte er sie in eine schöpferische Beziehung zu setzen (vgl. oben S. 9, 54).

Bevor die Preußischen Jahrbücher sich auf ihre eigentliche Haltung wieder besannen, ging Haym in Halle, dem alten Sitz der Altliberalen, zum Angriff vor. Am 26. April erschien eine von ihm verfaßte und veranlaßte „Erklärung"[2]), unterzeichnet von 66 Bürgern, die sich für den Parlamentsantrag und gegen die Friedensforderungen der Fortschrittspartei aussprach: „Wir fühlen uns außerstande, in dieser Lage der Dinge zwischen dem Interesse unseres Staates und dem seiner dermaligen Regierung einen Unterschied zu machen". Trotz der Opposition in der Innenpolitik wurden entschlossen die auswärtigen Ziele der Regierung gebilligt. In Anknüpfung an die einmal gegebenen Machtverhältnisse „stellen wir die Machtfrage nicht über, wohl aber vor die Freiheitsfrage"; denn es ist sicher, daß in dem zu gründenden preußisch-deutschen Staate auch die Freiheit nicht fehlen kann. Denn „Macht und Freiheit Deutschlands" sind die obersten Ziele unseres politischen Wirkens.

Mit anderen Worten: Die Haller Altliberalen wollten die Unterstützung der Regierung nicht von der „Freiheitsfrage", d. h. innenpolitischen Forderungen abhängig machen, wiewohl sie Entgegenkommen von der Regierung dringend wünschten[3]). Eine andere, nicht minder gewichtige Stimme in dem Chor derjenigen, die als Liberale sich zur restlosen Bejahung der Bismarckschen Außenpolitik durchgerungen haben, ist abermals Treitschke. Wir sahen, daß er zunächst den Parlamentsantrag skeptisch beurteilte. Doch faßte er bald erneut Vertrauen zur Bismarckschen Außenpolitik. So schrieb er im Juni für die Preußischen Jahrbücher den Artikel „Der Krieg und die Bundesreform"[4]).

---

[1]) An Duncker 18. IV. 66, ebd. Vgl. dazu die in die gleiche Richtung weisende „Erklärung", von der gleich die Rede sein wird.

[2]) Hayms Briefwechsel S. 244 ff.

[3]) Haym an Duncker 19. V. 66, Dunckers Briefwechsel S. 409/10.

[4]) XVII, S. 677 ff. und Zehn Jahre deutscher Kämpfe, S. 67 ff.

Treitschke gab wieder eine Rechtfertigung der letzten außenpolitischen Schritte Bismarcks. Das Wichtigste war ihm jedoch, den Liberalen die Notwendigkeit der Zustimmung zum Kriege klarzumachen, darum forderte er die restlose Abkehr von den schädlichen Friedenswünschen und begrüßte den von Bismarck durchaus ernstgemeinten Parlamentsantrag. Denn: „Der Kampf um die Macht bricht an, und es wäre der Gipfel der Torheit, wenn das Parlament, das längst ersehnte, jetzt zurückgewiesen, da die einzige Hand, die stark genug ist, es zu verwirklichen, die Krone Preußens, es uns bietet"[1]). Notwendig und erwünscht ist aber eine „entschlossene Änderung des Systems im Innern"[2]), d. h. Anerkennung des Budgetrechtes und Entlassung mißliebiger Minister. Außergewöhnlich bei dem Temperament Treitschkes war sein maßvoller Ton gegen die Fortschrittspartei. Es lag ihm eben an einer Versöhnung der Gegensätze angesichts des drohenden Krieges.

In gleicher Weise beschwor Baumgarten, der ja ähnlich wie Treitschke dem Kreise der preußischen Altliberalen nahestand und mit ihm durch die Preußischen Jahrbücher Beziehungen unterhielt, die norddeutschen Liberalen in einer Flugschrift mit dem bezeichnenden Titel „Partei oder Vaterland", von dem Kampf gegen Bismarck, insbesondere von den Friedensforderungen, die das Übel nur noch verschlimmerten, abzulassen. Er sprach dabei die sichere Erwartung aus, daß Bismarck die Liberalen später auf jeden Fall brauche, auch im Falle eines preußischen Sieges[3]). Gerade das Entgegengesetzte befürchtete die Fortschrittspartei.

Also: Die Altliberalen stellten ganz bewußt den Einheitsgedanken und das Interesse des preußischen Staates über die liberalen Forderungen. Auch sie wünschten Systemänderung — abgesehen von der Gruppe der altliberalen Partioten, die sich jetzt nicht viel um die Innenpolitik kümmerten — aber sie forderten sie nicht.

---

[1]) ebd. S. 79.

[2]) ebd. S. 82.

[3]) Über die in seiner Flugschrift niedergelegten Gedanken führte Baumgarten mit Sybel einen Briefwechsel, mit dem er wohl zugleich das Ziel verfolgte, auf Sybel, der immer noch ein namhafter Oppositionsführer war, einzuwirken. Er gibt uns zugleich interessanten Aufschluß über die Stimmungen maßgebender Liberaler. Sybel (an Baumgarten 14. V. 66, Heyd., S. 284/85) stimmte den Ausführungen Baumgartens (an Sybel 11. V. 66, Heyd., S. 282; 15. V. 66, Heyd., S. 287 ff., vgl. an Twesten 27. V. 66, Heyd., S. 294 ff.) im Grunde zu, glaubte aber, daß im Augenblick bei der skeptischen Stimmung der Wählerschaft diese Erkenntnisse wenig nützen. Vor der Anerkennung des Budgetrechtes sei keine Aussicht auf einen Stimmungsumschlag. — In rückschauender Beurteilung können wir wohl sagen, daß Sybel, der Sprecher des Großbürgertums, die wahre Volksstimmung nicht richtig beurteilt hatte. Ebenso überschätzte Baumgarten die liberalen Kräfte, wenn er meinte, daß nur mit ihrer Hilfe ein erfolgreicher Krieg geführt werden könnte (daher sein ungestümes Mahnen).

Die Fortschrittler dagegen suchten jetzt abermals von ihrer „Taktik“ Gebrauch zu machen[1]). Sie machten im Wahlkampf[2]) ihre Friedensforderungen geltend und gaben die Parole: Kreditverweigerung aus, von Ausnahmen abgesehen, wie z. B. Ziegler, der in Breslau erklärte: In Preußen ist die Demokratie stets, wo die Kriegsfahnen weh'n. Zum Verständnis der von der Fortschrittspartei im allgemeinen angewandten Taktik muß nochmals auf den Glauben an die unbedingte Zusammengehörigkeit des nationalen und liberalen Gedankens in der Vorstellung der Liberalen sowie auf den Glauben, daß tatsächlich ein erfolgreicher Krieg nur mit Hilfe der „öffentlichen Meinung“ geführt werden könne, verwiesen werden. So waren es, wenn man will, gerade nationale Gründe, die den Ruf nach Systemänderung oder Kreditverweigerung erklären. Dasselbe gilt für den Nationalverein, überhaupt für die Einheitsbewegung[3]).

Auch in der politischen Vorstellungswelt der Altliberalen bestand gewiß ein Zusammenhang von Nation und Liberalismus. Doch zogen sie daraus eben andere, entgegengesetzte Folgerungen als die Fortschrittspartei. Es war ihnen unmöglich, auch nur den A n s c h e i n zu erwecken, das Vaterland in der Stunde der Gefahr im Stiche zu lassen.

Daß die Altliberalen im allgemeinen die fortschrittlichen Friedensforderungen ablehnten, ist schon gesagt. Immerhin erfahren wir, daß Gruner, Schwerin und Patow Friedensfreunde waren[4]). Auf ihre Motive sei nicht eingegangen. Als Regierungsmänner von ehemals standen sie sicher ganz von selbst allen Schritten der gegenwärtigen Regierung besonders feindlich gegenüber. — Auf jeden Fall wurde der Gesamteinsatz der altliberalen Partei im Wahlkampf dadurch unmöglich.

Ein weiteres Beispiel für die Uneinigkeit bot eine Wahlbesprechung der Berliner Parteifreunde[5]), Bernhardi hatte hier einen Zusammenstoß mit Lette. Dieser wünschte jetzt noch die zweijährige Dienstzeit als Entgegenkommen der Regierung. Dem wurde natürlich von Bernhardi und andern sehr widersprochen. Lette trennte sich daraufhin von den Altliberalen.

Das Vorgehen Hayms, von dem jetzt die Rede sein soll, stellt sich somit zwar als die Tat eines Einzelnen bzw. einer Gruppe dar; sie verlangt aber trotzdem unsere Aufmerksamkeit.

Haym war sich darüber klar, daß ohne Entgegenkommen Bismarcks in der inneren Politik die Sache der Altliberalen schwerlich Fortschritte machen und die „Erklärung“ keinen Widerhall finden

---

[1]) Dehio, S. 334 ff.
[2]) Die Einzelheiten bei Dehio, ebd. und Spahn, S. 380 ff.
[3]) Vgl. Mommsen, Miquel I, S. 329/30.
[4]) Haym, Duncker, S. 380.
[5]) Bernhardi VI, S. 324 ff.

würde. Besonders gegen Duncker betonte er diese Zweifel[1]). Aber er glaubte vielleicht bei Duncker ein wenig schwarz malen zu müssen, weil ihm dessen vorbehaltsloses Bekenntnis zu Bismarck einer Einschränkung zu bedürfen schien. Die im nächsten Jahr stattfindende Trennung von Duncker wirft schon ihre Schatten voraus.

An seinen Königsberger Parteifreund Schrader schrieb er jedoch zur Haller Erklärung: „Sie hat unzweifelhaft gewirkt" und kündigte ein Programm auf der Grundlage der Erklärung an[2]).

Es erschien am 1. Juni 1866 als Wahlaufruf der „Nationalliberalen Partei"[3]): Prinzipiell will diese am Budgetrecht festhalten; sie hält aber die Friedensforderungen der Fortschrittler für schädlich. Denn erst muß die Existenz des Staates gesichert werden, was nicht ohne Anwendung des Schwertes geschehen kann. Darum dürfen nur Männer gewählt werden, die „ihre Pflicht gegen Preußen nur so verstehen, wie wir sie verstehen, Männer, deren Patriotismus uns ebenso voll verbürgt ist, wie ihre Verfassungstreue."

Haym setzte sich an anderer Stelle für eine „starke liberale Mittelpartei" ein, die „so gut preußisch, so national gesinnt . . . wie die Bismarcksche Politik und doch zugleich durch und durch liberal und unzweifelhaft verfassungstreu" ist[4]).

Für die Beurteilung dieses Wahlaufrufs gilt das schon zur „Erklärung" Gesagte (oben S. 74). Es scheint fast, daß diese „Nationalliberale Partei" die Gründung der eigentlichen um ein Jahr vorausnimmt.

In diesem Wahlkampf stellte der Schritt Hayms und der Haller Altliberalen den beachtlichen Versuch dar, der patriotischen Stimmung im Volke Rechnung zu tragen und sie für die eigene Sache fruchtbar zu machen.

Die übrigen Mitglieder der altliberalen Partei nahmen zwar von diesem Schritt mit Freude Kenntnis, urteilten aber bezüglich der Hoffnung auf die Bildung einer liberalen Mittelpartei vor den Wahlen nicht so optimistisch. Treitschke hielt sie in der Hast der letzten Monate noch nicht für möglich[5]) und lehnte in einem Brief an Baumgarten ab, eine dahingehende Broschüre zu schreiben[6]),

---

[1]) 19. V. 66, Dunckers Briefwechsel S. 409/10.

[2]) 14. V. 66, Heyd. S. 286/87 (das von Heyderhoff angegebene Datum 16. V. 66 ist nach Rosenberg, Hayms Briefwechsel S. 247, Anmerkung 1, falsch); dort auch die interessante Mitteilung, daß die Königsberger vor einem Jahr schon eine altliberale Parteineugründung vornehmen wollten.

[3]) Hayms Briefwechsel S. 248 ff. — Vgl. damit die Aufzeichnung des Wahlredeentwurfs gegen Ende Juni, ebd. S. 252. ff.; dort wird eine volle Rechtfertigung der Bismarckschen Politik gegeben.

[4]) ebd. S. 253.

[5]) Zehn Jahre deutscher Kämpfe, S. 83.

[6]) 13. V. 66, Briefe II, S. 470, Anmerkung 1. — J. Schmidt schrieb eine solche nach den Wahlen selbst.

worum ihn Julian Schmidt gebeten hatte. Auch Droysen hielt die Zeit für noch nicht gekommen[1]).

Trotz der mangelnden Geschlossenheit der altliberalen Partei machten die Berliner Anhänger den nicht ganz aussichtlos erscheinenden Versuch, in die Berliner Wahlkreise einzudringen[2]). Ähnliches geschah in Magdeburg[3]). Also überall gingen die Altliberalen zum Angriff vor.

Der Wahlausfall zeigte deutlich den Umschwung. Die Konservativen, denen ein großer Teil der durch den Krieg in Begeisterung versetzten Bevölkerung ihre Stimme gab, errangen nicht weniger als 123 Sitze; dazu traten 19 Freikonservative. Sie verdreifachten etwa ihre Zahl. Ebenso die Altliberalen, die 26 Sitze errangen. Unter diesen befand sich Haym, dem in Halle bei einer Nachwahl ein Mandat zuteil wurde. Vincke, der ursprünglich dort gewählt war, nahm, an fünf verschiedenen Orten zum Abgeordneten ausersehen, seinen alten Hagener Wahlkreis an. Die beiden Fraktionen der Linken sanken dagegen fast um die Hälfte. Jeder wußte, daß die eigentliche Parteiumbildung noch ausstand. Für unseren Zusammenhang ist die Feststellung wichtig, daß die Altliberalen vor der Wahl schon die Gedanken: Restlose Billigung der Bismarckschen Kriegs- und Außenpolitik und keine strikte Forderung nach der unbedingten, die Wiederkehr eines Verfassungskampfes prinzipiell ausschließenden Sicherstellung des Budgetrechtes — vertraten, die nach der Wahl bei den Indemnitätsberatungen die große Spaltung der Liberalen herbeiführten.

b) Die neue Fraktion der nationalen Partei

Bismarck hatte den Krieg ohne Kreditbewilligung durch das Abgeordnetenhaus führen können. Die Fortschrittspartei kam also abermals nicht in die Lage, von ihrer „Taktik“ Gebrauch machen zu können. Doch wünschte Bismarck aus hier nicht zu erörternden Gründen die Beilegung des Verfassungskampfes. Die Indemnitätsvorlage wurde vorgelegt.

Sie löste bei den Liberalen bekanntlich große Kämpfe aus[4]). Der eine Teil, die Gemäßigten, sah darin eine Anerkennung des Budgetrechtes durch die Regierung und war darum bereit, ihr Indemnität zu erteilen. Die Gegner, die die Erbitterung des Kampfes

---

[1]) D. an Duncker 30. VI. 66, Droysens Briefwechsel S. 870.

[2]) Spahn, S. 387 ff.

[3]) Wehrenpfennig an Duncker 13. VI. 66, Heyd. S. 308.

[4]) Die Einzelheiten der Adreß- und Indemnitätsberatungen und die verschiedenen Stimmungen sind gut von Spahn S. 413 ff. dargestellt.

nicht so schnell vergessen konnten, vermißten Sicherungen für die Folgezeit wie das Ministeranklagerecht. Daß letztere recht hatten, zeigt die Antwort des Königs an den neuen Präsidenten des Abgeordnetenhauses Forckenbeck, als dieser ihm die Adresse überbrachte: Er habe im Konflikt so handeln müssen, wie es geschehen sei, und werde in einem ähnlichen Fall wieder so handeln[1]).

Die Aussprache im Abgeordnetenhause über die Indemnitätsvorlage offenbarte in aller Öffentlichkeit die Gegensätze zwischen den Liberalen. Ihre künftige Spaltung in Nationalliberal und Fortschrittlich trat hier zum erstenmal in Erscheinung.

Der überwältigende Sieg der Indemnitätsfreunde bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß der Liberalismus als ganzer — wir sehen in diesem Augenblick einmal von den Altliberalen ab — das Streben nach der Erweiterung und Sicherung der parlamentarischen Macht aufgegeben hatte. Denn eine Sicherung gegen ein „verfassungswidriges Regiment" war ja nicht erreicht; das Parlament war auch hinfort kein letztlich entscheidender Faktor im Staatsleben[2]).

Damit war ein Teil liberaler Wünsche zu Grabe getragen. Als Ausgleich winkte allerdings die sichere Hoffnung, am Einigungswerk der deutschen Nation mitarbeiten zu können. Hatten sich aber die Liberalen bis jetzt nur die gleichzeitige Verwirklichung der Einheit *und* Freiheit vorstellen können, so sah er sich jetzt auf die Notwendigkeit des Kompromisses verwiesen. Von den Unentwegten wurde die Bereitschaft dazu als „Opportunismus" und „Götzendienst des Erfolgs kritisiert[3]). Daß diese harten Urteile einer geschichtlichen Prüfung nicht standhalten, sofern eine solche die Aufgabe hat, eine politische Entscheidung, die über den Tag hinaus gewirkt und positiv Geschichte gestaltet hat, zu verstehen und zu rechtfertigen, leuchtet ein. Richtig ist an diesem Urteil lediglich die Tatsache, daß hier ein Eindruck wiedergegeben wird, der aus der Anschauung der widerspruchsvollen Haltung im Reden und Handeln von einst und jetzt gewonnen wurde. In der Tat ist die jähe Gesinnungsänderung bei den von der Fortschrittspartei kommenden Nationalliberalen nicht zu leugnen. Ähnliches gilt auch von den Männern des Nationalvereins. Den Verzicht auf den reinen Glauben an die große Bedeutung, die dem Parlament zukomme, die Voranstellung der Einheit vor die Freiheit und die Kompromißbereitschaft hatten sich diese Liberalen mühsam abgerungen.

Ganz anders die *Altliberalen*. Wir sahen, daß sie sich von jeher zu einer maßvollen Auffassung bezüglich der Rechte und Möglichkeiten des Parlaments bekannt hatten. Sie stellten immer den Gedanken der Einheit vor den der Freiheit. Ferner waren sie viel

---

[1]) Ziekursch S. 199.
[2]) Vgl. Brandenburg, Reichsgründung II, S. 207/08.
[3]) Vgl. oben S. 4, Anmerkung 2.

später in den Kampf gegen Bismarck eingetreten, und erst in dem Augenblick, als alle Versöhnungsversuche fehlgeschlagen waren, nach den ersten größeren Erfolgen Bismarcks hatten sie im ehesten den Zugang zu ihm gefunden. Keiner Partei konnte aus all diesen Gründen die Indemnitätserteilung leichter fallen.

Ihre gehobene Stimmung kam in den Reden der beiden Vincke im Abgeordnetenhause zum Ausdruck. Gepriesen wurde der Wille des Königs, der, ohne dazu gezwungen zu sein, die Rechte des Volkes anerkenne. Die Liberalen wurden darauf aufmerksam gemacht, daß sie in einem konkreten Staate leben, der, durch das Schwert zusammengebracht, nur durch dasselbe zusammengehalten werde.

Echte Königstreue, preußisches Staatsbewußtsein und realpolitisches Denken klingt aus diesen Äußerungen heraus. Andererseits ist klar, daß die Behandlung des Unterlegenen von oben herab nicht geeignet ist, ihn zu gewinnen. Besonders Georg von Vinckes ironische Polemik wirkte sehr verletzend. In der Tat dachte man in den Kreisen der altliberalen Abgeordneten jetzt nicht daran, von sich aus eine neue Parteibildung zu befördern oder gar in die Hand zu nehmen. Von einer Fühlungnahme mit den abgesplitterten Fortschrittlern ist nichts festzustellen. Diese waren noch mit sich selbst beschäftigt und in der Auseinandersetzung mit ihren früheren Freunden begriffen. Die Altliberalen hinderte vielleicht ihre „Notabilität", von der gleich die Rede sein wird, an der nötigen Beweglichkeit.

In Artikeln, die Haym für die Magdeburger Zeitung im August-September schrieb, finden sich zwar sehr treffende Betrachtungen über das Verhältnis von Einheit und Freiheit[1]). Die Haltung zur Indemnität erkannte er richtig als den „Prüfstein der Parteien". Aber von einer Hoffnung auf eine Entwicklung der Parteiverhältnisse im altliberalen Sinne findet sich nichts angedeutet. Das will etwas heißen, da sich doch gerade Haym noch vor der Wahl so hoffnungsfreudig gezeigt hatte. In der Fraktion spielte er, der nach eigenem Geständnis zur praktischen Politik kein Verhältnis hatte, keine große Rolle[2]) und hatte wohl schon darum keine Möglichkeit, sein Wollen durchzusetzen.

Von der gleichen Freude über die letzten politischen Geschehnisse war auch Treitschke beherrscht. Er dachte aber zugleich auch an die Zukunft des Liberalismus und hegte die sichere Erwartung, daß die außenpolitischen Erfolge doch den Liberalen zugute kommen

---

[1]) „Nach unserer Auffassung ist die Freiheit die edelste Blüte am Baum des Staates, die nur an einem kräftigen und gesunden Stamm völlig gedeiht", 31. VIII. — Haym, Erinnerungen, S. 295 will diese Artikel vom linken Flügel der Altliberalen geschrieben haben.

[2]) H. an seine Gattin 27. XI. 66, Hayms Briefwechsel S. 258. Vgl. H. an Hirzel 25. VII. 66, ebd. S. 256.

müssen[1]). Auf eine entsprechende Parteibildung hoffte er erst nach der Annexion der eroberten Provinzen, deren Abgeordnete „frisches Blut" in den preußischen Landtag bringen würden[2]). Denselben Standpunkt nahm er noch nach der offenkundigen Spaltung der Fortschrittspartei bei den Indemnitätsverhandlungen ein; erst im neuen Landtag sei die „Bildung einer oder mehrerer national-liberaler Fraktionen" geboten[3]).

Man könnte fragen, warum Treitschke nicht jetzt schon auf der Grundlage der altliberalen Partei die Bildung einer solchen befürwortete. Sollte ihn neben anderen Gründen die „wesentlich aus Notabilitäten, aus Feldherren ohne Heer bestehende Fraktion" der Altliberalen skeptisch gestimmt haben[4])?

So ist es auch wohl zu erklären, daß er zwei altliberalen Flugschriften, die sich mit der Frage der Parteiumbildung befassen, bei Billigung ihres sachlichen Inhalts zurückhaltend gegenüberstand[5]). J. Schmidt polemisierte gegen das juristisch-privatrechtliche Denken, das die Liberalen bis jetzt daran gehindert habe, zu einer vollen Anerkennung der realen Machtverhältnisse im Staate zu gelangen. Um den wahren Liberalismus zu retten, rief er zur Bildung einer neuen Partei auf, damit die Bevölkerung in Zukunft nicht mehr nur zwischen Fortschritt und Konservativen zu wählen brauche. „Soll die größte Tat der preußischen Geschichte nicht ganz in die Hände der Konservativen fallen — was ein schweres Unglück wäre —, so ist es höchste Zeit, daß diejenigen, die an den liberalen Prinzipien festhalten, aber die Einheit und die Größe des Vaterlandes über alles stellen, sich von den vermeintlichen Führern, die nichts verlernt und nichts vergessen haben, ein für allemal lossagen und eine neue Partei bilden."[6]). Kreyßigs Flugschrift hat ähnlichen Inhalt. Sie wollte die Grundlagen für eine „große, gemäßigte und feste national-liberale Partei" herausarbeiten[7]).

---

1) Zehn Jahre deutscher Kämpfe, S. 105: „Ohne eine geregelte Teilnahme der Nation an der Leitung des Staates kann das neue Deutschland nicht bestehen; die Lösung der Einheitsfrage wird auch der Freiheit zugute kommen." P. J. XVIII, S. 106.

2) P. J. XVIII, S. 233 und Zehn Jahre deutscher Kämpfe, S. 150. — Ein weiterer Schritt zum Gouvernementalismus, ebd. S. 152: „Die Entlassung einiger Räte der Krone scheint auch uns wünschenswert; aber der Landtag hat jetzt größere Pflichten zu erfüllen."

3) ebd. S. 157; auch P. J. XVIII, S. 345.

4) ebd. Zehn Jahre deutscher Kämpfe, S. 156.

5) ebd. S. 150, 156 und P. J. XVIII, S. 233. — Es handelt sich um J. Schmidt „Die Notwendigkeit einer neuen Partei" und Kreyßig „Worauf es jetzt ankommt". Beide Verfasser gehörten nicht dem Abgeordnetenhause an.

6) Schmidt, S. 18.

7) Kreyßig, S. 10.

Die Stellung der Altliberalen zu den parteigeschichtlichen Geschehnissen, die die Indemnitätsvorlage auslöste, war also folgende: Die Fraktion verhielt sich untätig, und die Publizistik war sich im Grunde über die Auswertung dieser Geschehnisse auch nicht klar. Über unbestimmte Forderungen kam sie nicht hinaus, Treitschke erwartete die Parteiumbildung erst von der staatlichen Neuordnung her.

Es ist aber zu bedenken, daß es im August-September für die Altliberalen schlecht möglich war, eine für sie günstige Parteiumbildung zu veranlassen. Denn erst einige Wochen nach der Indemnitätsgewährung gaben die fortschrittlichen Indemnitätsfreunde (Michaelis, Twesten, Unruh, Lasker u. a.), wozu sich auch der frühere Altliberale Lette gesellte, in der Öffentlichkeit eine Erklärung ab, in der sie ihre Abstimmung für die Indemnitätsvorlage begründeten[1]. Bemerkenswert ist die Ankündigung, daß sie in der „wachsamen und loyalen Opposition" bezüglich der Innenpolitik an der Seite der „entschieden liberalen Partei" bleiben wollten. Wohl eine Absage an die altliberale Partei könnte man dahinter vermuten, wenn diese ihre Fühler ausgestreckt hätte. Da von solchen Bemühungen aber, soweit wir sehen, nichts zu entdecken ist, erklärt sich die noch mit Widersprüchen behaftete Haltung der Gruppe Michaelis—Twesten am besten aus ihrem Charakter als Übergangspartei; sie hatte sich zwar schon von den früheren Freunden gelöst, jedoch sich noch keine festen eigenen Grundlagen errungen.

Kurz darauf konstituierte sie sich als „neue Fraktion der nationalen Partei." Von früheren Altliberalen beteiligten sich an ihr Lette und Richter. Wie der Name schon zum Ausdruck bringt, wollte diese Fraktion zunächst nur eine Gruppe innerhalb der „nationalen Partei", d. h. in Preußen: der Fortschrittspartei sein. In diesem Sinne erklärte sie auch, daß sie mit der Linken ein „freundschaftliches Verhältnis" wünsche, mit der sie „als zur entschieden liberalen Partei gehörig sich auf gemeinsamem Boden wisse und daß sie an den gemeinsamen Beratungen der liberalen Partei gern teilnehmen werde." Noch einmal ist die Abgrenzung gegen die Altliberalen bemerkenswert.

Diese wurden aber jetzt auf die Vorgänge, die sich links von ihnen abspielten, aufmerksamer.

Duncker übte in der Dezemberkorrespondenz der Preußischen Jahrbücher — sie ist wieder einmal durchsetzt von Bemerkungen über den Machtcharakter des Staates und der Stellung der Parteien zu ihm — an der Zerreißung von innerer und äußerer Politik, Kritik und fragte: „Ist die auswärtige Politik etwas anderes als die nach außen gewandte Kraft des Staates selbst?"[2]. Duncker zeigte auch

[1] Vgl. oben S. 2, Anmerkung 1.

[2] XVIII, S. 704. Verfasserschaft Dunckers, D. an Treitschke 6. XII. 66, Heyd. S. 355.

hier wieder kein Verständnis für die (relative) Eigengesetzlichkeit parteigeschichtlicher Vorgänge. Er sah und beurteilte alles von der Außenpolitik her und forderte einfach, daß die Partei- und Innenpolitik sich danach richte. Auf diese Weise verbaute er sich ständig jede Einflußmöglichkeit auf die Parteien, sogar auf seine eigene.

Wesentlich günstiger über die Abgesplitterten urteilte Baumgarten. Trotzdem die Altliberalen einen anderen Begriff von Innenpolitik haben, könnten sie mit ihnen zusammengehen[1]), meinte er in Verkennung der Sachlage auf beiden Seiten. Treitschke begrüßte mit Baumgarten die neue Fraktion, hielt aber auch mit Duncker ihre Parole für widersinnig und erwartete wie schon früher die Neubildung vom Norddeutschen Parlament her[2]).

Es bestand danach bei den altliberalen Publizisten und führenden Männern außerhalb der Fraktion keine große Neigung, mit der neuen Fraktion zusammenzuarbeiten; umgekehrt gewiß noch viel weniger. Wie steht es damit in der altliberalen Fraktion selbst?

Bei verschiedenen Anlässen zeigte sich, daß sie gespalten war. In der Köln-Mindener Eisenbahnfrage z. B. stimmten Simson, Haym und fünf andere für den Laskerschen Antrag, Vincke und die anderen dagegen für die Regierung[3]). Das Auseinanderfallen der Fraktion wurde aber durch die allgemeine Mißbilligung verhindert, welche die Haltung der Gruppe Michaelis—Twesten wegen ihrer Ablehnung des Geheimfonds der Regierung, den die neue Fraktion gemäß ihrer Oppositionsstellung in innenpolitischen Dingen streichen wollte, von den Altliberalen erfuhr. Haym — und wir dürfen annehmen auch Schwerin, Simson und das „Dutzend anderer", mit dem Haym den linken Flügel der altliberalen Fraktion bildete[4]) — bedauerte diese Tatsache sehr, da er an sich gern mit der Twestenschen Gruppe zusammengehen möchte[5]). Diesen Wunsch verstärkte die

---

[1]) B. an Treitschke 26. X. 66, Heyd, S. 352. — Um diese Zeit erschien in den Preußischen Jahrbüchern (XVIII, S. 455 ff. und 575 ff., auch Hist. und polit. Aufsätze und Reden S. 76 ff.). „Der deutsche Liberalismus. Eine Selbstkritik". Sie gibt zunächst eine geistesgeschichtlich und politisch interessante Rückschau auf den liberalen Geist und seine Auseinandersetzung mit und in der deutschen Geschichte. Dann folgt eine Darstellung und Kritik der politischen Haltung, welche die Liberalen in den letzten Jahren und Jahrzehnten eingenommen hatten. Als Forderung für die Zukunft erscheint am Schluß: „Der Liberalismus muß regierungsfähig werden", S. 214. — Diese Arbeit erregte viel Aufsehen und hat viel zur tieferen Begründung des Nationalliberalismus beigetragen. Vgl. Wehrenpfennig an Baumgarten 7. X. 66, Heyd. S. 347. Marcks in der Einleitung zu „Hist. und polit. Aufsätze und Reden", S. 63.

[2]) P. J. XIX, S. 4/5. Auch Zehn Jahre deutscher Kämpfe, S. 173/74.

[3]) Vgl. Haym an seine Gattin 21. XI. 66, Hayms Briefwechsel S. 257.

[4]) H. an Schrader 8. XII. 66, ebd. S. 262.

[5]) H. an seine Gattin 23. XI. 66, ebd. S. 257.

Verstimmung, die das herrische Auftreten des Fraktionstyrannen Vincke bereitete[1]).

Zu einer großen Meinungsverschiedenheit zwischen Vincke und der Haym-Simson-Schwerinschen Richtung kam es bei der Besprechung des Hayschen Reichstagswahlprogrammentwurfs[2]). Haym hatte in diesem zwar den Primat der Einheit zur Freiheit betont, dann aber „in alter Bundesgenossenschaft“ von denen gesprochen, „die zugleich mit dem nationalen Gedanken die Idee des Rechts und des Fortschritts auf ihre Fahne geschrieben haben.“ Diese Hinneigung zur neuen Fraktion, die auch durch die starre Abgrenzung zur äußersten Linken nicht aufgehoben wurde, erregte den Zorn Vinckes. Als Simson, Schwerin und Bonin für Haym Partei ergriffen, gab er schließlich nach[3]).

So waren die Ereignisse in der Fraktion von dem Zwiespalt zwischen rechtem und linkem Flügel, der im Gegensatz zum ersteren mit der nationalen Fraktion zusammenarbeiten wollte, bestimmt. Naturgemäß konnte dadurch weder die Stoß- und Werbekraft der altliberalen Gruppe gehoben werden.

Haym sah resigniert in die Zukunft und meinte am Ende des Jahres, daß hoffentlich die „Neuliberalen“ vernünftiger werden, nachdem die altliberale Partei versagt und die neue Fraktion, mit der er an sich gern die Mittelpartei gebildet hätte, sich durch ihre unglückliche Trennung von innerer und äußerer Politik und durch ihre Haltung im Abgeordnetenhause als unzuverlässig erwiesen habe[4]).

Es ist für die Schwerfälligkeit der altliberalen „Notabilitäten“ bezeichnend, daß auf ihrer Seite kaum der Versuch gemacht war, eine national-liberale Partei auf der Grundlage der altliberalen zu gründen. Gewiß sind die von außen sich ergebenden Schwierigkeiten zu bedenken; es wurde auf das unsichere Suchen und Tasten hingewiesen, das diese Monate beherrschte. Dennoch kann aber vielleicht doch die Behauptung aufgestellt werden, daß die Altliberalen jetzt ihre große Stunde versäumt hatten. Denn die Verhältnisse lagen für sie denkbar günstig: Der Nationalverein und der Fortschritt waren geschlagen, wenigstens insofern, als sie im Augenblick von sich aus nichts für die Durchsetzung ihrer Ziele tun konnten, sondern sich mit dem begnügen mußten, was das Preußen Bismarcks gewährte. Die einzige liberale Gruppe, die wirklich mit vollem Herzen zu den letzten Geschehnissen und zur Indemnität Ja sagen konnte, waren die Altliberalen. Ihre besondere Stellung im Verfassungskampf und

---

[1]) H. an Schrader 8. XII. 66, ebd. S. 262. — Vgl. Saucken an Simson 15. XII. 66, Heyd. S. 357 stellte auch einen prinzipiellen Unterschied zwischen Vincke und Schwerin-Simson fest.

[2]) Abgedruckt Hayms Briefwechsel S. 258/59.

[3]) Haym an seine Gattin 8. XII. 66, Hayms Briefwechsel S. 260.

[4]) H. an Treitschke 21. XII. 66, ebd. S. 266.

ihr schon früh und ziemlich vorbehaltlos erfolgter Anschluß an die Bismarcksche Politik gab ihnen dazu ein inneres Recht. Als es sich herausgestellt hatte, daß die Kräfte des preußischen Staates im Ernstfalle stärker waren, als die der Liberalen, erfuhren diejenigen von ihnen, die sich am meisten ersteren verbunden fühlten, eine volle Rechtfertigung, in der eine große Erfolgsmöglichkeit für sie lag.

Aber sie rührten sich kaum und ließen auch weiter, wie noch gezeigt wird, die Dinge an sich herankommen, um sich dann mit aller Mühe noch einen Platz zu sichern. Es zeigte sich wieder die oft erwähnte (vgl. oben S. 7, 37) verhängnisvolle Schwäche der Altliberalen. Die „Notabilität" fand und suchte auch kaum den Zugang zu dem, was die liberalen Wähler bewegte. In vornehmer Gelassenheit trieben sie oft eine durchaus achtbare Staatspolitik und nahmen die den Tatsachen entsprechende Haltung ein, versäumten aber bei dem Volke und den übrigen Abgeordneten damit zu werben. Ohne Werbung in der Öffentlichkeit ging es um diese Zeit nicht mehr. Das begriffen ein Droysen, Duncker, Vincke und Bernhardi nicht, die ihre entscheidenden Eindrücke vor 1848 und durch die Ereignisse von 1848 erfahren hatten und aus diesem Grunde auch einer anderen Generation zuzurechnen sind als der Bennigsens und Twestens. Von hier aus versteht sich auch der Übertritt Treitschkes und Wehrenpfennigs zu den Nationalliberalen, von dem gleich die Rede sein wird.

Waren allerdings der altliberalen Partei äußere und unmittelbare Erfolge versagt, so besagt dies noch nichts gegen die mittelbare Wirkung, die die Altliberalen beim Aufbau der Nationalliberalen Partei ausgeübt haben.

Achtes Kapitel. Die Gründung der Nationalliberalen Partei und die Altliberalen.

Auch die neue Fraktion hoffte auf eine für sie günstige Parteiumbildung durch den Zuzug der liberalen Abgeordneten aus den neuen Provinzen und den übrigen nicht preußischen Ländern Norddeutschlands[1]). Letztere kamen diesem Streben sehr entgegen, da sie erstens Fühlung mit ihren Freunden aus dem Nationalverein suchten und zum andern mit solchen Liberalen am Einigungswerk arbeiten wollten, die unter dem Verfassungskampf einen Schlußstrich gezogen hatten. Schon seit September 1866 standen eine Anzahl nicht- und neupreußischer liberaler Abgeordneter mit den Männern der neuen Fraktion in Verbindung und stellten Übereinstimmung in den wichtigsten Fragen fest[2]). Der liberale Wahlausschuß in Hannover

---

[1]) Besonders Lasker und Unruh, Spahn, S. 470.
[2]) Patzig, S. 18/19.

bezeichnete seinen Aufruf als den der „Nationalliberalen Partei Hannovers“. Hier wurde das Wort „Nationalliberal“ zuerst in dem uns geläufigen Sinne gebraucht[1]).

Da die Altliberalen kaum Beziehungen mit dem Nationalverein gepflegt hatten, fehlte ihnen die Verbindung mit den nicht- und neupreußischen Liberalen. Letztere legten, wie erwähnt, auf die engste Fühlung mit der neuen Fraktion den größten Wert. Als Duncker im August 1866 den Vorschlag machte, zu einem Vorparlament einzuladen, lehnten sie es ab, weil Twesten, Unruh usw. damit nicht einverstanden wären[2]). In Schleswig-Holstein dagegen hoffte Treitschke die Anhänger Preußens auf das altliberale Programm festlegen zu können[3]), mußte aber diese Erwartung bald aufgeben, weil angesichts der großen Zahl der „Partikularisten“ eine Zusammenfassung „aller Preußischgesinnten, auch der Reaktionäre“ notwendig war[4]).

Treitschke selbst stand auf der altliberalen Kandidatenliste[5]). Seine Wahl zerschlug sich jedoch. Bernhardis Wahl kam durch Intrigen des konservativen Landrates und der eigenen Partei zu Fall; diese wählte den liberal zuverlässigeren Röpell[6]), nicht den immer konservativer eingestellten Bernhardi. Droysen unterlag im Kolberger Wahlkreis. Man kann allerdings fragen, ob er, der in seinem Schreiben an die Kolberger Wähler[7]) weder konservativ noch liberal, sondern „preußisch, das ist deutsch, deutsch, das ist preußisch“ sein wollte, und liberal nur soweit „wie es das entwickelte Bedürfnis unseres Volkslebens fordert und die Erhaltung des schützenden Daches gestattet“, nicht schon über die Gedanken und Wünsche der damaligen Liberalen, die gerade erst Einfluß auf die Gestaltung des Staatswesens erhalten sollten, hinausgewachsen, oder von dem, was den liberalen Volksteil augenblicklich bewegte, kein richtiges Gefühl mehr hatte. Derselbe Gedanke der unbedingten Voranstellung des nationalen vor dem liberalen Gedanken durchzog auch das Schreiben Dunckers an seine Wähler in Halle[8]). Ein Zeichen dafür, wieweit die altliberalen „Notabilitäten“ die Fühlung mit dem liberalen Volksteile verloren hatten, ist die Tatsache, daß Dunckers

---

[1]) Abgedruckt bei Mommsen-Franz, S. 150/51. Nicht ganz zutreffend die Anmerkung des Herausgebers, daß hier zum erstenmal der Name „Nationalliberale Partei“ gebraucht sei. Wir sahen, daß der Haller Wahlaufruf vom 1. VI. 66 bereits zur Wahl der „Nationalliberalen Partei“ aufforderte, die hier natürlich die altliberale ist.

[2]) D. an Treitschke 23. VI. 67, Heyd S. 383/84.

[3]) Tr. an Baumgarten 14. XII. 66, Briefe III, S. 124/25.

[4]) Tr. an Haym 10. I. 67, ebd. S. 127.

[5]) Haym an Treitschke 18. I. 67, Hayms Briefwechsel, S. 266.

[6]) Bernhardi VII, S. 323 ff.

[7]) Abgedruckt in Droysens Briefwechsel, S. 879 ff.

[8]) Haym, Duncker, S. 403/04. — Vgl. P. J. XIX, S. 229. Duncker schrieb von Februar bis Mai die Korrespondenzen, Haym, Duncker, S. 406.

Wahl nur mit Hilfe der Konservativen gelang, da die Fortschrittler einen eigenen Kandidaten aufstellten[1]). Bei der nächsten Wahl wurde Duncker nicht wieder aufgestellt; der Haller Wahlkreis gehörte seitdem den Nationalliberalen.

Die altliberalen Patrioten und auch noch andere Altliberale waren damit ganz gouvernemental geworden[2]), viel eher als das übrige deutsche Bürgertum.

Die Wahlen zum konstituierenden Norddeutschen Reichstag brachten den Mittelparteien die Mehrheit. Die neu- und nichtpreußischen Liberalen schlossen sich bekanntlich bis auf geringe Ausnahmen mit der neuen Fraktion am 28. 2. 1867 zur „Nationalliberalen Partei" unter dem Vorsitz Bennigsens zusammen[3]). Zu ihr gehörten auch Sybel und Freytag. Die altliberale Fraktion des „Zentrums" umfaßte zunächst 27 Mitglieder, unter ihnen befanden sich auch sächsische Partikularisten konservativer Prägung. Damit war auch in die Reichstagsfraktion die Spannung zwischen dem rechten und dem linken Flügel getragen; die beiden Vincke und Duncker standen natürlich auch auf dem rechten.

Aus all diesen Gründen war der altliberalen Fraktion jeder Einfluß auf die Parteibildung in ihrem Sinne versagt geblieben. Entsprechende Aufforderungen von befreundeter Seite[4]) zu verwirklichen, scheiterten an der Tatsache, daß Bennigsen und die neue Fraktion von den Altliberalen nichts wissen wollten. So blieb denjenigen Altliberalen, denen eine große Mittelpartei am Herzen lag, nichts anderes übrig als Anschluß bei der sich bildenden und bestehenden zu suchen.

Die Spaltung der Altliberalen wurde sofort nach dem Zusammentritt des Norddeutschen Reichstags offenbar. Simson, Schwerin, Röpell und andere schlossen sich der nationalliberalen Fraktion an[5]). Nach den schon geschilderten Auseinandersetzungen der beiden ersten mit Vincke ist dieser Schritt nicht zu verwundern. Simson hatte sich schon seit Weihnachten nach einem anderen Zusammenstoß mit Vincke wegen sachlicher und persönlicher Meinungsverschiedenheiten von diesem getrennt[6]). Als Nationalliberaler wurde Simson mit allen

---

[1]) ebd. S. 404.

[2]) Vgl. Sälter, Bernhardi, S. 130.

[3]) Einzelheiten bei Oncken, Bennigsen II, S. 23 ff.

[4]) Anschütz an Duncker 20. II. 67, Dunckers Briefw. S. 438 war sich zwar über die Schwierigkeiten klar, glaubte aber dennoch, daß die altliberale Partei mehr Aussicht denn je hätte, „wenn sie sich nur einigermaßen verjüngt". Durchaus richtig, nur traf diese Voraussetzung nicht zu.

[5]) Parisius, S. 91.

[6]) Haym, Erinnerungen, S. 297. Haym an Schrader 23. I. 67, Hayms Briefwechsel, S. 267.

liberalen Stimmen zum Präsidenten des Norddeutschen Reichstags gewählt[1]).

Haym selbst hätte am liebsten gesehen, wenn die Altliberalen im Reichstag von vornherein alle mit den Nationalliberalen gegangen wären[2]). Duncker dagegen war bestrebt, die besondere Stellung der Altliberalen auf jeden Fall weiter zu bewahren und griff die Nationalliberale Partei stark an. In für ihn bezeichnender Verkennung der letzten parteigeschichtlichen Ereignisse glaubte er Anfang März noch an die Neubildung der altliberalen Partei, „der einzigen regierungsfähigen Opposition", welche bisher aufgetreten sei.[3]) Die altliberale Partei, meinte er einen Monat später, müsse im Gegensatz zur nationalliberalen mehr darauf bedacht sein, den deutschen Staat zu schaffen als Wert auf die „absolut konstitutionelle Zentralgewalt" zu legen, unbekümmert um die Erhaltung ihres liberalen Rufes[4]). Als ob es darauf für die Liberalen bei der verhältnismäßig entgegenkommenden Haltung Bismarcks, dem an dem Scheitern des Verfassungswerkes und an einem Bruch mit den Nationalliberalen nicht das geringste lag, jetzt angekommen wäre!

Die altliberale Fraktion scheint der Dunckerschen Parole gefolgt zu sein. Sie isolierte sich dadurch in der öffentlichen Meinung und in ihrer Stellung zur Regierung. Dies zeigte sich bei der Beratung über die Militärparagraphen. Das Zentrum stimmte gegen den Bennigsen—Ujestschen (natl.-freikons.) Abänderungsvorschlag im Glauben, im Sinne der Regierung zu stimmen, wußte jedoch nicht, daß diese vorher ihr Einverständnis mit dem Abänderungsvorschlag ausgedrückt hatte[5]). Die Regierung glaubte der „regierungsfähigen" altliberalen Fraktion so sicher zu sein, daß sie über sie hinwegsah[6]).

Haym trat um diese Zeit aus der altliberalen Landtagsfraktion aus[7]). In der Magdeburger Zeitung erklärte er öffentlich seine

---

[1]) Haym deutet die Möglichkeit an, ob nicht bei Simson der Wunsch nach der Präsidentschaft als Motiv für seine Trennung von Vincke mitgespielt habe, an Treitschke 10. III. 67, ebd. S. 269. Indes sind die Beweggründe Simsons, die in seinem ausgesprochenen Rechtsstandpunkt und der Ablehnnng von Vinckes Selbstherrlichkeit zu suchen sind, auch ohne dies Motiv zur Erklärung hinreichend. Ferner ist zu bedenken, daß er schon seit 1862 mit Vincke nie ganz einverstanden war und sich erst im Verlaufe des Krieges 1866 zu Bismarck bekehrte.

[2]) H. an Treitschke 10. III. 67, Hayms Briefw. S. 269. Haym, Erinnerungen, S. 299.

[3]) P. J. XIX, S. 352.

[4]) ebd. S. 477.

[5]) Duncker an Treitschke 23. VI. 67, Heyd., S. 282/83, versucht eine Rechtfertigung der Stellung des Zentrums zu geben.

[6]) Vgl Wehrenpfennig an Treitschke 22. VI. 67, Heyd. S. 386, Anmerkung 1: „Die Tür Bismarcks ist für Bennigsen und Genossen allezeit offen, Duncker dagegen verweist er an seine Unterbeamten."

[7]) H. an seine Gattin 5. V. 67, Hayms Briefw. S. 270. Haym, Erinnerungen, S. 300/01.

Zustimmung zum Nationalliberalismus, unterließ dabei nicht, auf die von ihm vor einem Jahr in Halle gegründete „Nationalliberale Partei" hinzuweisen, und meinte, daß man in Zukunft die Reste der altliberalen Partei lieber „neukonservativ" nennen sollte. Er will in Zukunft für einen gemäßigten Liberalismus auf dem Boden der Nationalliberalen Partei kämpfen[1]).

Wehrenpfennig und besonders Treitschke, die Leiter der Preußischen Jahrbücher, suchten nunmehr auch ein positives Verhältnis zu den Nationalliberalen. Im Artikel „Die Verfassung des norddeutschen Bundes"[2]) begrüßte er trotz mancher Vorbehalte die nationalliberale Partei als den Anfang „zu einer großen regierungsfähigen Mittelpartei mit positivem Programm". Die Preußischen Jahrbücher wollen diesen Prozeß fördern. Er beklagte, daß die altliberalen Freunde eine Partei für sich gebildet haben; denn „die Zeit der kleinen, mehr persönlichen als politischen Fraktionen scheint uns überwunden" und die Mitgliedschaft der konservativen, sächsischen Partikularisten zeigt die altliberale Fraktion in einem bedenklichen Lichte[3]).

Diese Ausführungen richteten sich gegen Duncker, der in der letzten Korrespondenz nicht gerade zur Freude Treitschkes[4]) seinen schroff altliberalen Standpunkt[5]) ausgesprochen hatte. Zur Rechtfertigung berief er sich auf die von uns geschilderte Politik der Altliberalen in den letzten Jahren, die doch letztlich Recht behalten habe, während die der meisten Nationalliberalen dagegen peinlich abfalle. Diese blieben für ihn ein „Torso des Fortschritts". Er hielt es für ausgeschlossen, daß die zu ihnen übergetretenen Altliberalen auf sie mäßigend einwirken könnten.

Der zwischen Duncker und Wehrenpfennig-Treitschke im Altliberalismus ausgefochtene Kampf ist zugleich ein Gegensatz zwischen der alten politischen Generation, die zu ihrer Rechtfertigung auf ihre Taten und Einsichten hinweisen kann, und der jungen, die im Bunde

---

[1]) 1. VI. 67, abgedruckt Hayms Briefwechsel, S. 271/72, Anmerkung 3.

[2]) P. J. XIX, S. 717 ff, Auch Zehn Jahre deutscher Kämpfe, S. 187 ff.

[3]) ebd. S. 193. Das Letztere hat die Abneigung Treitschkes gegen das Zentrum sicher noch gesteigert. — Die Stelle über die altliberale Fraktion hatte ursprünglich noch viel schärfer gelautet und erhielt die vorliegende Fassung erst durch Wehrenpfennig, der zur Abänderung von Treitschke die Ermächtigung bekam, Tr. an Wehrenpfennig 16. V. 67, Briefe III, S. 154, Anmerkung 3. — Mit der Kritik an den Altliberalen wollte Treitschke jedoch nicht die Preußischen Jahrbücher und sich selbst den Nationalliberalen dienstbar machen. Tr. an Duncker 2. VII. 67, Briefe III, S. 161 ff.; 18. V. 67, ebd. S. 152.

[4]) ebd. — Tr. an Wehrenpfennig 17. V. 67, Briefe III, S. 153, Anmerkung 1. Treitschke rechnete ziemlich bestimmt mit der politischen Trennung von Duncker, an Haym, 19. V. 67, ebd.

[5]) Zum folgenden: Dunckers Standpunkt: P. J. XIX, S. 610 ff. — D. an Treitschke 23. VI. 67, Heyd. S. 381 ff. D. an Haym 21. VI. 67. Hayms Briefw. S. 271 ff.

mit den neuen politischen Kräften das deutsche Reich aufbauen wollte. Gewiß hatten Treitschke und andere gegen manchen Punkt des nationalliberalen Programms, das mit der Forderung des vollen Budgetrechtes, der Ministerverantwortlichkeit usw. starke Konzessionen nach links enthielt, starke Bedenken[1]). Sie standen darum wie alle den Nationalliberalen beigetretene Altliberale auf dem rechten Flügel der Partei und trugen als solche das Gut einer abtretenden politischen Generation und Parteigruppe in die neue Zeit und einen neuen Parteikörper hinüber.

Schluß. Die Altliberalen und Nationalliberalen.

Die Behauptung, daß nichts in der Geschichte als gerade Linie verläuft, die sich mit mathematischer Folgerichtigkeit aufzeigen läßt, scheint sich besonders in unserem Fall zu bewahrheiten. Die Altliberalen hatten sich eine Stellung bewahrt, die sie für den Anschluß an Bismarck und für die Mitarbeit im Norddeutschen Bund und späteren Kaiserreich geradezu prädestinierte. Trotzdem erreichten sie mit Mühe und Not den Anschluß an d i e Partei, die, obwohl in erster Linie von solchen Männern gegründet, welche vor 1866 noch heftige Feinde Bismarcks gewesen waren, gerade diejenigen Gedanken vertrat und im Laufe der Entwicklung immer mehr vertreten mußte, welche den Inhalt des altliberalen politischen Denkens gebildet hatten. Nicht die altliberale Partei der Neuen Ära kehrte 1866/67 wieder, sondern eine ganz neue Mittelpartei, die aber ein gut Teil ihrer Kraft und Stützen dem Gedankengut der Altliberalen verdankte.

Hinsichtlich der Stellung der Altliberalen zum Heeres- und Verfassungskampf konnten wir feststellen:

1. Die Altliberalen gingen nur ungern in den Verfassungskampf und führten ihn auch nur mit halbem Herzen. Auf keinen Fall teilten sie die vom Fortschritt an ihn geknüpften Hoffnungen nach Erweiterung der parlamentarischen Macht. Sie waren schon damals die wirklich konstitutionelle Partei, die Mittelpartei.

2. Sie machten in der Innenpolitik mit der Forderung einer Realpolitik ernst, d. h. sie rechneten immer mit den gegebenen Kräfteverhältnissen. Die verschiedenen Kräftegruppierungen in schöpferische Beziehung zueinander zu setzen und zu einem Ausgleich zu führen, schwebte ihnen als Aufgabe der Politik vor. Von hier aus versteht sich auch ihre Bereitschaft zum Kompromiß, die nicht mit Schwäche und Charakterlosigkeit gleichzusetzen ist.

---

[1]) Tr. an Duncker 2. VII. 67, Briefe III, S. 161. — Tr. an Wehrenpfennig 26. VI. 67, ebd. S. 157/58. — Tr. an Baumgarten 9. VII. 67, ebd. S. 158, Anmerkung 1. — Vgl. Baumgarten an Treitschke 8. VII. 67, Heyd. S. 386.

3. Sie waren von jeher bereit, zugunsten der deutschen Einheit ihre liberalen Wünsche zurückzustellen.

All dies hatte seine Wurzeln darin, daß sie mehr als alle andere Liberalen Verständnis für den Machtcharakter des Staates in diesem Falle des preußischen Staates, hatten. Tief im preußischen Staatsgefühl wurzelnd, sahen sie erst von hier aus die Möglichkeit einer fruchtbringenden nationalen und liberalen Politik.

Dem entspricht das Grundgefüge der Nationalliberalen Partei[1]), wie es sich in der Folgezeit immer weiter herausbildete:

1. Entschlossene Abkehr von übertriebenen Wünschen hinsichtlich der Steigerung der parlamentarischen Macht.

2. Die Erkenntnis, daß die liberalen Forderungen nur noch schrittweise auf dem Wege des Kompromisses durchgesetzt werden können.

3. Die Anerkennung des Primats der Einheit vor der Freiheit.

Kurz, der Weg einer mit den Realitäten rechnenden Politik war beschritten. Der staatliche Machtgedanke, der hier nur der preußische sein kann, wurde bejaht; von jetzt an war z. B. für Twesten der preußische Staat nicht mehr nur ein deutscher Staat[2]).

Daß die nationalliberale Partei als die konstitutionelle Mittelpartei ein halbes Jahrhundert im Bunde und in Spannung mit den konservativen Kräften die Geschicke unseres Vaterlandes an entscheidenden Punkten hat mitbestimmen können, verdankt sie gewiß nicht zuletzt dem politischen Gedankengut, das die Altliberalen der Partei auf ihren Weg mitgegeben hatten.

---

[1]) Vgl. Brandenburg, Reichsgründung II, S. 213/14. Ebenso „50 Jahre Nationalliberale Partei“, S. 5 ff.

[1]) Vgl. Ziekursch, S. 200.

Lebenslauf

Ich, Erich Fülling, evangelischer Religion und preußischer Staatsangehörigkeit, wurde am 23. August 1908 in Herne in Westfalen als Sohn des im Jahre 1929 verstorbenen Konrektors Friedrich Fülling geboren. Vier Jahre besuchte ich die Volksschule und vom Jahre 1918 ab das dortige humanistische Gymnasium, an dem ich Ostern 1927 die Reifeprüfung bestand. Die nun folgende Studienzeit brachte ich außer dem S.S. 1929, das ich in Münster, dem W.S. 1930-1931, das ich in Berlin, und dem W.S. 1931/32, das ich zu Hause verlebte, auf der Universität Marburg zu. In den ersten Semestern bildeten die theologischen Fächer, in den darauffolgenden die Philosophie und Geschichte mein Hauptstudiengebiet. Die Anregung zu der vorliegenden Dissertation wurde mir während meines Berliner Aufenthaltes zuteil. Unter der Förderung von Herrn Professor Mommsen hat sie diese Gestalt erhalten. — Am 11. Januar 1933 legte ich die mündliche Doktorprüfung und am 12. und 19. Mai die Staatsprüfung für das höhere Lehramt ab. Seit dem 1. 10. 1933 bin ich als Studienreferendar am Hamelner Reformrealgymnasium beschäftigt.

Meine akademischen Lehrer, denen allen ich mich zu großem Dank verpflichtet fühle, waren in Marburg: Bultmann, Fahrner, Fascher, Frank, Franz, Häpke, Helm, Hermelink, Krüger, Mahnke, Manyc, Maurer, Mommsen, Niebergall, Otto, Premerstein, Rehmke, von Soden, Stengel; Münster: Eitel, Grimm, Grützmacher, Koppelmann, Stefanski, Wätjen; Berlin: Brackmann, Fabricius, Haake, Marcks, R. Seeberg, Titius.